

Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 10 • Sommer 2026

Preis: 2 Euro / 2 CHF

Was unsere Partei kennzeichnet:

Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Workers of the world unite!



Inhalt:

Editorial.....	4
Das Scheitern des Chavismus und das Banditentum der imperialistischen Mächte	6
Die iranische Entwicklung in der marxistischen Perspektive	13
Kriegswirtschaft und revolutionäre Perspektive.....	18
Die Militarisierung der US-Wirtschaft	27
Wie die Demokratien eine neue Qualität der Repression exerzieren.....	39
Partei und gewerkschaftliche Intervention	43
Über den Baustreik in der Schweiz im Herbst 2025	49
Bericht aus Italien: Für Millionen von Arbeitern sind die Tarifverträge ausgelaufen – auch bei Amazon	52
Der Frontalangriff auf die Arbeiterklasse bei Volkswagen – warum sich Verzicht nicht lohnt und Widerstand notwendig ist	60
Aus dem Parteileben	62

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde im Text die generische („männliche“) Form gewählt, nichtsdestoweniger beziehen sich die Angaben auf Angehörige aller Geschlechter.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

diese neue Ausgabe unserer deutschsprachigen Zeitschrift erscheint, nachdem das Jahr mit einem US-imperialistischen Piratenakt in Venezuela begonnen hatte und während der israelisch-amerikanische Angriffskrieg auf den Iran den gesamten Nahen Osten in Brand setzt. Der amerikanisch dominierte Kriegskapitalismus hat eine rasante Entwicklung eingeschlagen. Es ist die weltweite Wirtschaftskrise, die ihn treibt. Bedarf es noch eines Beweises für die historische Überholtheit des kapitalistischen Systems? Auch wer nicht gewohnt ist, in historischen Dimensionen zu denken und dem die marxistischen Kategorien fremd sind, spürt, dass das, was der Kapitalismus an gesellschaftlicher Stabilität anbieten konnte, seinem Endpunkt entgegen geht. Der historisch überholte Kapitalismus hat jedes progressive Entwicklungspotential verloren und seine Ideologie ist zu einer leeren Hülle verkommen. Würden gestern von den „westlichen Demokratien“ noch demokratische Freiheiten und Frauenrechte ins Feld geführt, um z.B. die iranische Entwicklung in die gewünschte Richtung zu lenken, erklärt Trump heute offen, er wolle mit seinem Angriffskrieg auf den Iran denselben „in die Steinzeit zurückbomben“.

Wir analysieren in zwei Artikeln dieser Zeitschrift am Beispiel Deutschlands und der USA die zwangsläufige und konkrete Entwicklung der imperialistischen Regime zur Kriegswirtschaft. Eine Entwicklung, die nicht nur staatsdirigistische ökonomische sondern auch repressive politische Auswirkungen hat, wie wir beispielhaft im Artikel „Wie die Demokratien eine neue Qualität der Repression exerzieren“ aufzeigen.

Die aktuelle Dynamik ist für uns eine Bestätigung des invarianten Marxismus, der sowohl den Niedergang des Kapitalismus wissenschaftlich erklärt, als auch den Weg des proletarischen Klassenkampfes zur Zerschlagung der bürgerlichen Diktatur und zur Abschaffung von Lohnarbeit und Warenproduktion gezeichnet hat.

Diese Dynamik schafft gleichzeitig die Risse, in denen wir wieder wirkungsmächtig werden können. Wir berichten in dieser Ausgabe u.a. vom Wiederaufflammen der Arbeiterkämpfe im Iran, die jetzt zwischen den Kriegsfronten zerrieben, aber Morgen als Teil des weltweiten proletarischen Klassenkampfes hoffentlich um so stärker wieder aufflammen werden. Es ist für uns nichts Neues, dass diese Kämpfe in den von der Krise am stärksten betroffenen und gleichzeitig schwächsten Kettengliedern des imperialistischen Weltsystems als erstes ausbrechen. Es ist unsere Aufgabe, das internationale Wiedererwachen des proletarischen Klassenkampfes zu fördern und jegliche Parteinahme für irgendeine kriegerische Seite, die von diversen Sozialchauvinisten mit den bürgerlichen Ideologien von „nationaler Selbstbestimmung“ oder „demokratischen Freiheiten“ souffliert wird, zurückzuweisen.

Wir kämpfen nicht für die Vollendung der bürgerlichen Gesellschaft und die Rekonstruktion ihrer anachronistischen Gleichheitsversprechen, sondern für ihre Beseitigung. Unser einziges Ziel ist die weltweite proletarische Revolution, die alleine zur Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung führen kann und nicht die verlogene bürgerliche oder feministische „Revolution“.

Nicht nur in Europa wird die unter dem zunehmenden Druck der Krise stehende Arbeiterklasse durch den Staatsapparat, seine Medien, Parteien und Gewerkschaften auf den Krieg eingeschworen. Noch viel zu selten führen die Angriffe der Bourgeoisie zu kollektivem Widerstand. Wir berichten in dieser Ausgabe von den weitergehenden Angriffen auf die Arbeiter bei VW und über dynamische Streikaktionen im Rahmen der letzten Tarifauseinandersetzungen in der Schweizer Baubranche.

Das zunehmende Interesse an unseren Positionen und unsere systematische und prinzipienfeste Arbeit haben in letzter Zeit auch zu einer Vergrößerung unserer organisatorischen Basis geführt. So hat sich

z.B. in der Schweiz eine neue Sektion unserer Partei formiert und auch in Frankreich einwickelt sich mit dem Organ cahiers internationalistes wieder unsere systematische Parteiarbeit.

Angesichts der Dramatik der aktuellen Entwicklung, in der imperialistischer Krieg und wirtschaftliche Krise eine unlösbare Symbiose eingegangen sind und die – wie wir schon lange analysiert haben – den Weg zum Dritten Weltkrieg eingeschlagen hat, ist das Wiedererwachen der Arbeiterklasse überfällig. Die seit einem Jahrhundert herrschende konterrevolutionäre Phase hat zwar die proletarische Klassenideologie nicht zerschlagen können, die von der Kommunistischen Linken erfolgreich verteidigt wurde (wir waren übrigens die Einzigen, die damals in der Lage waren, die stalinistische Konterrevolution richtig zu analysieren), aber sie hat die kämpferische Formierung der Arbeiterklasse durch die ideologischen und organisatorischen Fesseln des Opportunismus nachhaltig verhindert. Das Wiedererwachen der Arbeiterklasse aus der konterrevolutionären Phase erfordert den konsequenten Kampf der Arbeiter ohne Rücksicht auf die ökonomischen und politischen Anforderungen „ihrer“ Ausbeuterstaaten. Es erfordert die internationale Formierung ihrer Klassenpartei. Dieser Weg ist mühsam und kann nicht abgekürzt werden durch Improvisationen und taktische Feinessen, die nur in den Sumpf des Opportunismus führen. Wir drucken in dieser Ausgabe unser Referat zur gewerkschaftlichen Arbeit ab, das auf einem Treffen von Gewerkschaftsaktivisten letzten Sommer in Zürich gehalten wurde. Auch wenn wir sprunghafte Entwicklungen erwarten, können wir uns auf diese nur durch unsere planmäßige Arbeit vorbereiten. In diesem Sinne ist der Weg unserer systematischen Parteiarbeit vorgezeichnet: Die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik. Vorwärts!



www.internationalcommunistparty.org

Das Scheitern des Chavismus und das Banditentum der imperialistischen Mächte

Mit der willkürlichen Entführung des missliebigen amtierenden venezuelanischen Staatschefs Maduro hat der US-Imperialismus das neue Jahr mit einer Kriegserklärung gestartet. Die Erklärung des Bundeskanzlers Merz, dem die völkerrechtliche Einordnung „zu komplex“ ist, kann als Armutszeugnis interpretiert werden, in Wirklichkeit zeigt sie jedoch die völlig funktionale Instrumentalisierung des Völkerrechts durch alle bürgerlichen Politiker. Für uns ist jedoch seit jeher klar, dass alle bürgerlichen Institutionen und Normen von der UNO bis zum Völkerrecht keinen positiven Bezugspunkt darstellen können, sondern im Wesentlichen der Aufteilung der Welt durch die mächtigsten imperialistischen Staaten und Blöcke dienen.

Trump hat diesen Angriff zunächst noch in aller Ausführlichkeit mit dem Krieg gegen Drogen begründet, inzwischen ist aber selbst dem Dümmersten klar, dass es hier um Erdöl und Rohstoffe sowie um die Aufrechterhaltung der weltweiten Vorherrschaft der USA, vor allem gegen die Konkurrenz aus Russland und China, geht. Des Weiteren wurden mehrere russische Ölfrachter um Venezuela herum durch die USA entführt, was einen Akt der Piraterie darstellt.

Russland und China hatten enge Partnerschaften mit Venezuela geknüpft, um das Öl und ggf. weitere Rohstoffe fördern zu können und um einen Fuß auf dem Kontinent zu haben. China hatte beispielsweise Kredite in Höhe von 100 Mrd. Dollar gegeben, von denen noch mindestens 10 Mrd. offen sind. Dennoch ist von beiden Ländern aus bisher jenseits von Verurteilungen der US-Aggressionen und Drohungen nicht viel passiert. Das liegt zum Einen daran, dass Venezuela trotz aller Unkenrufe von „anti-russischen“ Propagandisten im Westen keine so große Relevanz für Russland und China hat und die Verringerung des Einflusses zu verschmerzen ist. Denn in der Tat gehen Analysten davon aus, dass sich die beiden Großmächte nicht vollständig aus dem lateinamerikanischen Land zurückziehen werden, sondern lediglich vorerst der Konfrontation mit den USA aus dem Weg gehen. Einen direkten militärischen Zusammenstoß können sich Russland und China nicht leisten und keines der beiden Länder ist derzeit in der Lage, auf dem Seeweg über solch eine Entfernung gegen die Überlegenheit der USA zu bestehen. Wer also glaubt, dass dieser Konflikt der direkte Auslöser des 3. Weltkrieges sein wird, ist auf dem Holzweg, aber er ist ein weiteres Puzzlestück in Richtung weltweites Gemetzel – am 29. Januar, kurz nach dem Kidnapping-Vorfall, haben China und Russland in einem Videotelefonat betont, dass sie ihre Verteidigungsbeziehungen stärken wollen, um Risiken entgegenzuwirken.

Inzwischen gibt es erste Verträge zwischen den USA und Venezuela, was die Ausbeutung von Erdöl und anderen Rohstoffen, z.B. Gold betrifft. So wurde bereits Erdöl im Wert von insgesamt 500 Millionen Dollar verkauft, davon verblieben 200 Millionen bei den Vereinigten Staaten. Kurzfristig ist aber nicht zu erwarten, dass die venezolanischen Rohstoffe eine große Rolle für die USA spielen werden, zumal für deren Ausbeutung hohe Investitionen und ein langer Atem notwendig sind. Der US-Präsident Trump hat einen 100 Milliarden Dollar teuren Wiederaufbauplan vorgelegt, der bei den US-Erdölkonzernen auf wenig Begeisterung stößt. Die venezolanische Regierung hingegen ist zu fast jedem Deal bereit, der dazu beitragen kann, die schweren wirtschaftlichen Probleme des Landes wenigstens zu verringern, weswegen es aktuell wenig Widerstand gegen die US-Intervention gibt und die Rohstoffe Venezuelas bereitwillig den US-Konzernen aushändigt werden.



Proteste gegen die US-Interventionen sind oft mit falschen Sozialismus-Vorstellungen verbunden.

Auf der anderen Seite sind viele Menschen aus dem linksbürgerlichen Milieu von der US-Aggression, vor allem deshalb so empört, weil sie große Illusionen in das chavistische Projekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ haben. Dabei ist die „bolivarische Revolution“, nichts anderes, als eine bürgerliche Regierungsvariante, die es relativ gut schafft, die „kulturelle Identität“ der venezolanischen Bevölkerung auszudrücken (und diese insoweit auch besser integriert) und deshalb in offenen Konflikt mit der US-freundlichen alten bürgerlichen Elite geraten ist. Im Gegensatz dazu wird die Maduro-Regierung sowohl von der alten venezolanischen Elite als auch vom Westen als diktatorisch gebrandmarkt und man inszeniert sich als Verteidiger vermeintlicher demokratischer Freiheitswerte. Hier verhält es sich aber genauso wie mit dem Völkerrecht: man ist dafür, wenn es den eigenen Interessen nutzt, man ist dagegen, wenn es ihnen schadet!



Die 3 bürgerlichen Revolutionäre von links: Hugo Chavez, Simon Bolivar und Nicolás Maduro.

Wir wollen deshalb an dieser Stelle noch einmal eine genauere Einschätzung des „Chavismus“ geben und uns mit der Politik sowohl von Hugo Chávez als auch von Nicolás Maduro und der aktuellen Präsidentin Delcy Rodríguez auseinandersetzen.

Die Faszination und die Basis des Chavismus

Bis Chávez 1998 zum Präsidenten gewählt wurde, herrschten in Venezuela die alten Eliten, die eng mit der US-Bourgeoisie verbunden waren und vom Ölreichtum des Landes profitierten. Auf der anderen Seite war die breite Masse der Bevölkerung arm und viele waren marginalisiert – vom Rohstoffreichtum des Landes konnte die Normalbevölkerung nicht profitieren. Sinnbildlich für die Lebenssituation der Bevölkerung waren die Barrios (Außenbezirke oder Suburbs) auf den Hügeln rund um die Hauptstadt Caracas. Illegal errichtete Baracken und selbstgebaute Backsteinhäuser, oft ohne oder mit improvisierter sanitärer Infrastruktur (Strom, Wasser, Müllabfuhr usw.), dienten der verarmten Bevölkerung als Wohnraum. Häufige Polizeikontrollen und -Razzien und die gesellschaftliche Ausgrenzung prägten den Alltag der Barrio-Bevölkerung. Aufgrund der extrem schwierigen Lebenssituation des Proletariats (hohe Inflation, steigende Armut, sinkende Reallöhne) und einer Erhöhung der Benzin- und Transportpreise sowie anderer neoliberaler „Reformen“ durch den damals neu gewählten Präsidenten Carlos Andrés Pérez kam es zu einem breiten proletarischen Aufstand in Venezuela. Am bekanntesten war der sogenannte Caracazo-Aufstand vom 27. Februar 1989: die Proletarier aus den Barrios von Caracas kamen die Hügel herunter und belagerten die Hauptstadt. Es gab massive Proteste und Geschäfte wurden geplündert, um an Lebensmittel zu kommen. Die Eliten verkrochen sich vor Angst in ihre befestigten Villen und Stadtviertel. Dabei gingen Polizei und Militär sehr brutal gegen Demonstranten vor – Berichten zufolge wurden dabei tausende Proletarier umgebracht.

In dieser Zeit gab es bereits proletarische Basisinitiativen, um eine grundlegende Infrastruktur in den Barrios und den anderen proletarischen Wohnvierteln gewährleisten zu können (z.B. Nachbarschaftskomitees – comités de vecinos), um sich gegen die Gewalt des Staates zur Wehr setzen zu können sowie unterschiedliche gewerkschaftliche Strukturen.

In der stark polarisierten venezolanischen Gesellschaft konnte sich der charismatische Hugo Chávez, der nach einem gescheiterten Putschversuch als Offizier kurze Zeit im Gefängnis verbrachte, als Präsidentschaftskandidat leicht als Heilsbringer für eine „gerechtere Welt“ initiieren. Für viele Menschen

aus den armen proletarischen Massen war er eine Gallionsfigur, mit der man sich selber identifizieren konnte, da er nicht von den alten Eliten kam, sondern von vielen als „einer von uns“ wahrgenommen wurde, der nicht aus einer reichen Familie kam, sondern „Kontakt zur Arbeiterklasse“ hatte. Er spürte, was die Menschen bewegte und sprach deren Sprache.

Nach seinem Amtsantritt schaffte er sich eine soziale, politische und kulturelle Basis und wurde für manche fast zu einem Heiligen: durch soziale Reformen (Zugang zu Bildung und Universitäten für einen breiteren Teil der Bevölkerung, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und zunächst eine Steigerung des Lebensstandards der proletarischen Bevölkerung), die kulturelle Integration der zuvor marginalisierten Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, die Unterstützung von Stadtteilinitiativen und die Schaffung einer neuen Bourgeoisie v.a. durch einen Umbau des staatlich kontrollierten Erdölsektors. Das alles vernebelte für viele sein zutiefst bürgerliches Programm.

Das politische Programm des Chavismus

2017 schrieben wir bereits: „Aber schauen wir uns die Grundpfeiler dieses ‘Sozialismus’ einmal genauer an...

Zunächst einmal sollte die Feststellung zu denken geben, dass die beiden zentralen Ideen des venezolanischen Führers keineswegs aus seiner eigenen Feder stammen.

Der Bolivarismus ist, wie man leicht verstehen kann, die aktualisierte (aber nicht allzu sehr) Wiederaufnahme der Ideologie von Simón Bolívar, der als echter bürgerlicher Revolutionär im frühen 19. Jahrhundert versuchte, einen großen lateinamerikanischen Staat zu gründen, um einen echten fortgeschrittenen Kapitalismus in Südamerika zu etablieren. In der aktuellen Version handelt es sich lediglich um ein Bündnis zwischen verschiedenen Staaten: also um eine weitaus rückständigere Form als der authentische Bolivarismus.

Wenn wir dann unseren Blick auf den ‘Sozialismus des 21. Jahrhunderts’ richten, stellen wir schnell fest, dass dessen Theoretiker kein anderer ist als der deutsche Soziologe und Wissenschaftler (der jedoch seit langem in Mexiko lebt) Heinz Dieterich. Dieser hat in größter theoretischer Verwirrung und aus kleinbürgerlichen linken Positionen heraus sein Credo auf vier Punkten aufgebaut, die seinem Konzept des ‘Sozialismus’ Substanz verleihen sollen:

- 1) Wirtschaftliche Gleichwertigkeit, die auf der Marxschen Werttheorie basieren und demokratisch von denen bestimmt werden soll, die den Wert direkt schaffen, anstatt von den Prinzipien der Marktwirtschaft;*
- 2) Mehrheitsdemokratie, die Volksabstimmungen nutzt, um über wichtige Fragen zu entscheiden, die die gesamte Gesellschaft betreffen;*
- 3) Direkte Basisdemokratie, die auf demokratischen Institutionen als legitimen Vertretern der gemeinsamen Interessen der Mehrheit der Bürger basiert, mit einem angemessenen Schutz der Rechte von Minderheiten;*
- 4) Das kritische, verantwortungsbewusste Subjekt, das auf rationale, ethische und ästhetisch selbstbestimmte Weise Bürger ist.*

Natürlich sollte all dies nicht durch einen revolutionären, gewalttätigen und diktatorischen Akt erreicht werden, sondern durch die Durchdringung der demokratischen Institutionen: Das Wachstum des kollektiven und populären Bewusstseins würde so zum Ziel des ‘Sozialismus des 21. Jahrhunderts’ führen (eine Prise Gramsci passt zu allem, wie Petersilie)...

Aber riecht dieser ‘Sozialismus des 21. Jahrhunderts’ in dieser Form nicht ein wenig nach Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts?“



Chavez schaffte es mit seiner charismatischen Art, breite Teile der Bevölkerung zu begeistern.

Chávez schaffte es gut, sich politisch zu verkaufen. Mit seinem Projekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und dem Begriff der „bolivari-schen Revolution“ scharte er viele Anhänger und Unterstützer um sich, auch innerhalb der bürgerlichen Linken in Europa. Was sich für viele nach einem verkürzten Weg zum Kommunismus anhöre, war von Anfang an nichts anderes als ein sozialdemokratisches Reformprogramm vollgepackt mit pseudorevolutionären und absurden Illusionen – wie der oben genannte Punkt 1, wonach die kapitalistische Wirtschaft „*demokratisch [...] bestimmt werden soll [...] anstatt von*

den Prinzipien der Marktwirtschaft“ – also ein „guter“ Kapitalismus, in dem die ihm inhärente Verwertungs- und Profitlogik durch etwas Demokratie ausgemerzt wird. Nicht umsonst wurde viel mit religiösen Symboliken z.B. von Jesus gearbeitet, um sich als Anwalt der Armen zu inszenieren. Ja, es gab anfangs konkrete soziale Verbesserungen durch eine Umverteilung eines kleinen Teils der enormen Ölgewinne, die aber nicht darauf abzielten, das kapitalistische System, welches ja gerade für die schlechte Lebenssituation der Proletarier verantwortlich ist, zu überwinden (oder wenigstens darauf hinzuarbeiten). Die sozialen Verbesserungen dienten dazu, den enormen Unmut vor allem der armen Teile des Proletariats zu kanalisieren, ohne dabei die Löhne anzuheben, und unsere Klasse durch soziale und politische Teilhabe besser ins System zu integrieren – ein typisch sozialdemokratisches Programm.

Ganz im Sinne bürgerlicher Sozialromantiker kam diese Regierung durch eine „legitime demokratische Wahl“ an die Macht – völlig unblutig, verfassungsgemäß, ohne eine Revolution und einen Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ohne die grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Enteignung der herrschenden Klasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Es war eine Regierung des „Volkes“ (und somit eine des Kapitals).

Bereits vor dem Amtsantritt von Chávez existierten unterschiedliche soziale Initiativen wie die Nachbarschaftsgruppen (Asociaciones de Vecinos), colectivos, die teils auch militant für einen Zugang zu Land und Wohnraum kämpften sowie gewerkschaftliche Strukturen und Organisationen z.B. in der Stahl- und Aluminiumindustrie. Während seiner Präsidentschaft wurde die Gründung von sozialen Initiativen wie den consejo comunal (Kommunalversammlung) und comuna (zur lokalen Selbstverwaltung) sowie colectivos staatlich gefördert, so dass diese häufig auch finanziell vom Staat abhängig waren. Auch innerhalb einiger größerer Betriebe wurden die Arbeiter am Management beteiligt – über Kooperativen, Verstaatlichung oder die Einführung von demokratischer Mitbestimmung. Ein weiterer Versuch bestand darin, die Abhängigkeit von Lebensmittelpimporten durch die Schaffung von cooperativas agrarias (Agrarkooperativen) und empresas de propiedad social (kollektive Betriebe) zu reduzieren. Und außerdem sollte die Abhängigkeit von der Ölindustrie zu verringert werden.

Chávez' letzter Slogan lautete: „Kommune oder nichts!“. Das war aber nichts als Propaganda, denn den Kommunen fehlte die Autonomie vom Staat, und die Beteiligung der Arbeiterklasse wurde lediglich ausgeübt, um die Beschlüsse der Zentralregierung zu bestätigen. Mit anderen Worten: Zentralisierte und demokratische Praktiken wurden verfestigt, statt diese aufzubrechen.

All dies führte aber nicht dazu – wie vom Chávez-Regime propagiert – den Arbeitern die Kontrolle über die Produktion in die Hände zu geben oder gar einen schrittweisen Übergang zum Sozialismus zu ermöglichen. Die Produktion fand weiterhin unter kapitalistischen Bedingungen statt – mit all den entsprechenden Folgen – und daran ändert weder die Einführung von demokratischen Taschenspieler-

tricks, die Beteiligung des Staates oder eine Änderung der Eigentümer irgendetwas. Im Gegenteil dienen gerade Instrumente des Co-Managements, die wir aus Europa nur zu gut kennen (man denke an die Betriebsräte in Deutschland) dazu, die Arbeiterklasse noch besser für die Kapitalinteressen einzubinden und zu integrieren. Und auch sogenannte „selbstverwaltete“ Fabriken, wie wir sie beispielsweise aus Argentinien kennen (z.B. Zanon), bringen zwar den Beweis, dass die Arbeiter die Produktion auch ohne Kapitalisten fortsetzen können, führen aber letztendlich zu einer Selbstausbeutung unter kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen für den Markt.



Nucleo proletario clasista – eine proletarische Gruppe kämpft für höhere Löhne.

Stattdessen entstand eine neue Bourgeoisie die sogenannte Boli-Bourgeoisie (Boli steht für boliviarisch). Die ökonomische Basis war die hohe Korruption aber auch die Bevorzugung regierungsnaher Personengruppen und von Teilen des Militärs, die dazu führte, dass diese sich in der Ölindustrie, in der Bauindustrie, im Handel, im Bank- und Wechselwesen, im Bergbau usw. eine goldene Nase verdienten und ihre neuen Privilegien selbstverständlich auch zu verteidigen suchten.

Auch in den „guten“ Zeiten, als die Öleinnahmen noch hoch waren und der Staat leichter soziale Zugeständnisse machen konnte, um unsere Klasse zu befrieden, gab es bereits Arbeitskämpfe und staatliche Repression:

„(14. März 2008) Guayana. Am Freitagmorgen wurden streikende Arbeiter aus Sidor, die sich auf der Straße von Alcasa nach Sidor befanden und auf die mögliche Ankunft des Arbeitsministers warteten, um gegen die fehlende Lösung ihrer vertraglichen Forderungen zu protestieren, Opfer eines heftigen Angriffs der Nationalgarde.

Diese Operation wurde von einer großen Anzahl von Offizieren der Nationalgarde (GN) durchgeführt, die laut Berichten vom Einsatzort in drei spezialisierten Truppentransportfahrzeugen zum Einsatzort gebracht wurden.

Ohne Vorwarnung oder Vermittlung trafen sie ein und begannen, die Fahrzeuge der Arbeiter mit Gewehrkolben anzugreifen, Scheiben einzuschlagen und die Karosserien zu beschädigen. Außerdem setzten sie unberechtigterweise Tränengas und Gummigeschosse ein. Etwa zwanzig Fahrzeuge wurden beschädigt und mehrere Arbeiter durch diese exzessive Gewalt verletzt.

Unter den Verletzten befanden sich auch Gewerkschaftsführer von SUTISS. José Rodríguez Acarigua wurde ins Bein geschossen und erlitt Schürfwunden am Kopf. Unter anderem wurden auch José Luis Alcoser und Yuli Hernández festgenommen.

Angesichts dieser Repression riefen die Arbeiter empört: ‘Wo ist der Sozialismus der Regierung?! Ist Sozialismus Repression? Ist das die revolutionäre Nationalgarde?’“ (<https://www.aporrea.org/actualidad/n110785.html>)

Oder ein weiteres Beispiel:

„Die Gewerkschaftsführer Stalin Pérez Borges, Ismael Hernández, José Barreto, José Meléndez, Cristian Pereira, Vilma Vivas, Marco García, Scarlet Di Yesi, Edgar Caldera, Marcos Tulio Díaz, Richard Mambel, Alexis Polanco, Raúl Román und Elismar Rojas von der CCURA-Fraktion der UNT (Nationale Arbeiterunion) haben in einer öffentlichen Erklärung die Repressionen und Verhaftungen von Arbeitern und Führungskräften von Sanitarios Maracay verurteilt...

Wir verurteilen aufs Schärfste die repressiven und kriminellen Maßnahmen, denen die Arbeiter von Sanitarios Maracay heute ausgesetzt waren. Sie waren auf dem Weg nach Caracas, um gemeinsam mit anderen von Arbeitern übernommenen und mitverwalteten Unternehmen an einer Demonstration teilzunehmen und ihre Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle zu fordern.

Als sie Maracay verließen, wurden sie auf der Autobahn von der Polizei des Bundesstaates Aragua abgefangen. Diese hinderte sie gemeinsam mit der Nationalgarde daran, ihr legitimes Recht auf Protest auszuüben.

Schlimmer noch: Sie wurden von diesen Kräften repressiv behandelt, und eine Gruppe von fast 20 Arbeitern befindet sich weiterhin in der Stadt La Victoria in Haft, wohin sie später verlegt wurden.“
(<https://www.aporrea.org/actualidad/n93805.html>)

Und wie abzusehen war, gerieten die chavistischen Programme, die zu einer Zeit hoher Erdölpreise und entsprechender Einnahmen eingeführt wurden, nach einigen Jahren aufgrund sinkender Preise und wirtschaftlichen Drucks aus den USA unter Druck, sodass das Land in eine schwere Krise geriet und sich die Lebensbedingungen fast der gesamten Bevölkerung dramatisch verschlechterten. Es gab eine gewaltige Inflation – der IWF ging im Jahr 2018 von einer Million Prozent aus! Infolgedessen fand eine enorme Migration statt, etwa 8 Millionen Menschen oder bis zu 25 Prozent der Bevölkerung.

Aber noch einmal: für uns geht es darum, sich auf die Seite der venezolanischen Proletarier zu stellen. Dies bedeutet, ihre Klasseninteressen zu verteidigen und das internationale Proletariat zu vereinen. Stattdessen ist es vor allem die Kleinbourgeoisie, die sich hier hinter den Fahnen des Vaterlandes versammelt, und der eine Proletarisierung droht, die sie wie die Hölle fürchtet und deshalb mit allen Mitteln versucht, den Status quo zu retten und zu verteidigen.

Wenn wir uns aber die Situation des venezolanischen Proletariats anschauen, so sehen wir zunächst zu Beginn von Chávez' Amtszeit eine Stagnation der Löhne. Später dann leidet unsere Klasse unter einem Rückgang der Reallöhne und einer steigenden Armut vor allem auch verursacht durch die schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme des Landes wie bereits beschrieben.

Maduro als Insolvenzverwalter des Chavismus

Ist die Regierung in Venezuela noch „links“? Seit dem Amtsantritt von Maduro nach dem Tod von Chávez hat sich die Situation für die Arbeiterklasse weiter verschlechtert. Das liegt aber nicht an dessen mangelnder Kompetenz, wie viele bürgerliche Linke gerne glauben würden, sondern an dem gescheiterten Politikkonzept des Chavismus. In Zeiten hoher Ölpreise war noch Geld für ein paar wenige (gemessen am Ölreichtum des Landes!) soziale Wohltaten vorhanden, während ein Großteil der Ölrente anderswo „verschwand“. Maduro kam die „undankbare“ Rolle zuteil, das Proletariat auf den harten Boden des Kapitalismus in der Krise zurückzuholen – und damit verschärfte sich auch die Repression gegen die Arbeiterklasse.

Die bürgerliche Linke ignoriert die Tatsache, dass Venezuela eine Regierung hat, die in der Krise fast dieselben Wirtschafts- und Politikrezepte wie die „Rechten“ anwendet, nur eben mit vermeintlich „linker“ Rhetorik. Aufgrund von „geopolitischen Erwägungen“ eines vermeintlich „linken Antiimperialismus“ und der „linken“ Rhetorik des Chavismus wird dann von der venezolanischen Arbeiterklasse verlangt, stillzuhalten und existenzielle Opfer in Kauf zu nehmen.

So hat die Regierung – mit dem Dekret 2792 vom 11. Oktober 2018 – Tarifverträge außer Kraft gesetzt und die Löhne durch den Staat festgesetzt und gesenkt. Die Aufstellung von Forderungen und deren Durchsetzung durch Streiks wurde hierdurch ad absurdum geführt, soweit diese nicht komplett verboten wurden. Somit wurde das Mobilisierungsrecht der Arbeiterklasse stark eingeschränkt. Dazu wurde die Gründung und Legalisierung neuer Gewerkschaften behindert und Gewerkschafter, die diese Prak-



Freiheit für die Gewerkschaftsdelegierten Leonardo Azócar und Daniel Romero.

tiken kritisieren oder einfach nur eine Lohnerhöhung und Krankenversicherung fordern, verfolgt und inhaftiert. So geschehen in Siderúrgica del Orinoco (Sidor), dem größten Stahlunternehmen Venezuelas: Nachdem die Proletarier zwischen Juni und Juli 2023 für höhere Löhne und Sozialleistungen demonstriert hatten, wurden sie Opfer massiver Repression. Die Gewerkschaftsdelegierten Leonardo Azócar und Daniel Romero wurden zu Haftstrafen verurteilt.

Dennoch gibt es auch Erfolge des Industrieproletariats (April 2022) und der Lehrerschaft (Mai–August 2022), bei denen die Regierung vertragliche und gesetzliche

Verpflichtungen in Bezug auf die Anhebung der Löhne einhalten und neue Gehaltsstufen festlegen musste. Zum ersten Mal seit vielen Jahren tritt eine soziale Bewegung, mit massenhaftem Einfluss in Erscheinung, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Dies bedeutete außerdem einen qualitativen Bruch mit dem Einfluss der Bürokratie der regierungsfreundlichen CBST (Central Bolivariana Socialista de Trabajadores) und der alten CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela) und zeigte darüber hinaus, dass es nicht stimmte, dass kein Geld vorhanden sei, um die Lohnverpflichtungen zu erfüllen und die Löhne anzuheben. Die Bezugspunkte von bürgerlich „links“ und „rechts“ werden für die Basis der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter zunehmend zu leeren Begriffen. Entscheidend wird, ob man sich für oder gegen deren grundlegende Interessen (Lohn, Arbeitsbedingungen, erworbene Rechte, Tarifverträge, Gewerkschaftsfreiheit, Arbeitsplatzsicherheit) positioniert und die Tatsache, dass die vermeintlich linke Regierung auch diese Arbeitskämpfe mit Repression überzog.

In Venezuela geht es im Kern darum, welcher Teil der herrschenden Klasse – die alte, verkommene Oligarchenbourgeoisie (die von den spanischen Besatzern abstammende Criolla-Bourgeoisie) oder die neue, mit dem bolivarianischen Militär verbundenen Boli-Bourgeoisie – das Ölgeschäft kontrolliert und von den daraus finanzierten Staatsaufträgen profitiert.

Maduros Politik zielte darauf ab, beide Teile wieder miteinander zu versöhnen. Auch Delcy Rodríguez, die nach Maduros Entführung durch die USA zur Nachfolgerin bestimmt wurde, setzt diese Politik fort und strebt insbesondere nach einer Versöhnung mit den USA und nach guten Geschäften mit deren Konzernen, indem sie ihnen Venezuelas Rohstoffe aushändigt.

Aber wir schrieben bereits im Juli 2017: „Das Problem ist immer dasselbe, es gibt keine Abkürzung und keine Alternative: Nur die offene und gewaltsame Konfrontation zwischen den antagonistischen Klassen des Kapitals (Bourgeoisie und Proletariat) kann als Geburtshelferin der zukünftigen Geschichte fungieren. Weiterhin den kleinbürgerlichen Illusionen zu folgen und damit die unfähige und überflüssige Bourgeoisie dieses beginnenden Jahrtausends zu unterstützen, bedeutet, immer schneller auf eine Katastrophe für die gesamte Menschheit zuzusteuern.“

Die iranische Entwicklung in der marxistischen Perspektive

Vortrag von unserer Veranstaltung am 26.02.2026

Im Zentrum der weltweiten Spannungen steht heute wieder der Iran, der zum Jahresanfang von einer Welle von Streiks und militanten Massenprotesten erschüttert wurde, auf die das Mullah-Regime mit brutalstem Terror antwortete. Diese Region, die schon seit weit über 100 Jahren ein Zentrum imperialistischer Rivalitäten, erst zwischen dem zaristischen Russland, dem britischen Empire, dem deutschen Reich und den USA und heute zwischen dem amerikanischen und dem chinesisch dominierten Imperialismus darstellt, ist zugleich das schwächste Glied in der imperialistischen Kette. Der in der Linken vorherrschende geopolitische Blick, der vor allem diese Rivalitäten betrachtet und teilweise sogar von einer antiimperialistischen Widerstandsfront phantasiert, ignoriert genauso die klassenpolitische Realität, wie die Apostel von „Freiheit, Demokratie und Menschenrechten“, die jetzt sogar wieder den Schah für sich entdeckt haben.

Dieser oberflächlichen politisch-ideologischen Betrachtungsweise, die sich zwischen Ersatzdiplomatie und Empörungsspektakel bewegt, wollen wir die historisch-materialistische, die marxistische Betrachtungsweise entgegenstellen, deren Grundkoordinaten wir im Folgenden darlegen.

Die marxistische Theorie

Ausgehend vom historischen Materialismus haben Marx und Engels 1848 im Kommunistischen Manifest den expansiven und modernisierenden Charakter des kapitalistischen Systems beschrieben, das *„alle Nationen zwingt, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen“*. Dass diese Entwicklung kein Freiheitsfest war, wie die kolonialistischen Apologeten bis heute behaupten, sondern sie *„mit einem jähen wirtschaftlichen und kulturellen Ruin der Völker erkaufte [wurde], die den ganzen Jammer und alle Schrecken zweier Zeitalter: der traditionellen naturalwirtschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und der modernsten raffiniertesten kapitalistischen Ausbeutung, auf einmal auszukosten haben“*, stellte Rosa Luxemburg 1916 in ihrer „Junius-Broschüre“ fest, um auszuführen: *„Nur als materielle Vorbedingung für die Aufhebung der Kapitalherrschaft, für die Abschaffung der Klassengesellschaft überhaupt trugen die Werke des kapitalistischen Siegeszuges in der Welt den Stempel des Fortschritts im weiteren geschichtlichen Sinne.“*

Dieses dialektische Verständnis der historischen Entwicklung betrifft auch das politische Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie und dessen demokratischer Ideologie. Es bildet eine zentrale Grundlage der kommunistischen Strategie und Taktik und steht bis heute im Zentrum der opportunistischen Verfälschungen. Jegliche Unterstützung der Bourgeoisie durch das Proletariat muss dessen eigener Klassenentwicklung in ökonomischer und politischer Hinsicht untergeordnet sein. Schon in der Hochzeit der bürgerlichen Revolution in Europa hatten Marx und Engels nicht von einer friedlichen demokratischen Entwicklung unter der Herrschaft der Bourgeoisie geträumt, sondern vom bewaffneten Proletariat gefordert, *„solche Bedingungen zu diktieren, dass die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Untergangs in sich trägt und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird.“* (Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten, 1850) Lenin wendete mit den Bolschewiki 1917 diese Theorie der doppelten Revolution meisterhaft an. Seine revolutionäre und internationalistische Haltung beruhte auf dem Verständnis der historisch-geographischen Determiniertheit des proletarischen Klassenkampfes. In seiner Verteidigung des Marxismus betrachtete er die weltweit unterschiedlichen politisch-ökonomischen Ausgangslagen in ihrer Wechselwirkung unter dem Druck universeller Gesetzmäßigkeiten. *„Die Opportunisten waren noch des Lobes voll darüber, dass unter der ‘Demokratie’ ‘sozialer Frieden’ herrsche und Stürme nicht notwendig seien, als in Asien ein neuer Herd der heftigsten Wirbelstürme entstand. Auf die russische Revolution [von 1905] folgten die türkische, die persische, die chinesische. Wir leben*

heute gerade in der Epoche dieser Stürme und ihrer 'Rückwirkungen' auf Europa.“, schrieb Lenin während der „friedlichen“ Entwicklung am Vorabend des Ersten imperialistischen Weltkrieges (Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, 1913). Gleichzeitig sah er, wie die jungen Bourgeoisien, die von einem gleichberechtigten Beitritt zum kapitalistischen Weltmarkt träumten, ihre zunehmende Angst vor dem Proletariat mit einer ideologischen Fesselung desselben verbanden: *„Die asiatischen [bürgerlichen] Revolutionen haben uns die gleiche Charakterlosigkeit und Niedertracht des Liberalismus gezeigt, die gleiche außerordentliche Bedeutung der Selbständigkeit der demokratischen Massen, die gleiche deutliche Abgrenzung des Proletariats von jeglicher Bourgeoisie. Wer nach den Erfahrungen sowohl Europas als auch Asiens von einer nicht klassegebundenen Politik und einem nicht klassegebundenen Sozialismus spricht, der verdient einfach in einen Käfig gesperrt und neben irgendeinem australischen Känguru zur Schau gestellt zu werden.“* (ebenda) Es blieb dem Stalinismus vorbehalten die Etappentheorie und den Frontismus in der kommunistischen Bewegung eingeführt und damit das Proletariat der Bourgeoisie untergeordnet zu haben.

Mit dem Ende der im Gefolge der siegreichen chinesischen Revolution entstandenen antiimperialistischen Welle, als dessen Merkmal wir 1979 die weltweite Proletarisierung und die Einreihung der jungen Bourgeoisien in die international herrschende Ordnung sahen, war die Phase der doppelten Revolutionen und der Stück gemeinsamen Weges von Proletariat und Bourgeoisie weltweit vorbei. Die von uns damals für den Nahen Osten definierten noch unerfüllten bürgerlichen Aufgaben wie die rechtliche Gleichheit von Frauen und nationalen Minderheiten, sind fortan nur noch im Rahmen der proletarischen Weltrevolution zu lösen.

Die iranische Entwicklung

Die geschichtliche Entwicklung des geographisch und kulturell zerklüfteten Iran oblag seit jeher einer Zentralmacht, von der Engels 1857 schrieb: *„In Persien wurde der asiatischen Barbarei das europäische System der Militärorganisation aufgepfropft.“* (Persien – China, Artikel für die New-York Daily Tribune) Der Großvater des jetzt wieder in Teheran an die Macht strebenden Reza Pahlavi, der ehemalige Kosakenoffizier Reza Khan, wurde Anfang der 1920er Jahre als Statthalter des englischen Imperialismus etabliert. Nachdem dessen Zusammenarbeit mit dem deutschen Faschismus (den er als „Arier“ für eine adäquate Modernisierungsdiktatur hielt) allerdings zur alliierten Besetzung des Iran während des Zweiten Weltkrieges und zur Absetzung dieses unzuverlässigen Kantonisten geführt hatte, übernahm sein Vater Mohammad Reza Pahlavi 1941 diese Statthalterrolle im Interesse des US-Imperialismus bis zu seinem Sturz 1979.

Die für die umfanglich Eingliederung des Iran in den Weltmarkt notwendige Auflösung der feudalen Strukturen stand im Zentrum der sog. „weißen Revolution“, die Mohammad Reza Pahlavi in den 1960er Jahren durchführte. Es handelte sich im Kern um eine „bürgerliche Revolution“ von oben, die allerdings statt auf ein eigenständiges nationales Entwicklungspotential auf die Fortführung der parasitären und vom Imperialismus abhängigen Herrschaft der korrupten Pahlavi-Monarchie orientierte. Die Großgrundbesitzer wurden entschädigt, während die Bauern gezielt der Verarmung Preis gegeben wurden. In einer mehrteiligen Untersuchung über die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran schrieben wir 1979: *„Sozial gesehen bedeutet die 'weiße Revolution' in ihrem Ergebnis also nicht die Schaffung von bäuerlichem Kleineigentum, sondern die Abschaffung aller Fesseln, welche die Bauernschaft an den Boden binden. Dieser Prozess, der die unaufhaltsame Verelendung und Enteignung der eben Kleineigentümer gewordenen Bauern herbeiführt, ist zugleich ein Prozess der*



Iranische Ölarbeiter streiken 1978.



Die Familie des brutal regierenden Schahs Mohammad Reza Pahlavi.

Konzentration der Agrarproduktion und des Landbesitzes auf kapitalistischer Grundlage.“ (KP 20, S.32) Es war der Staat selbst, der in Allianz mit den ehemaligen Feudalherren Industriebetriebe v.a. im Konsumgüterbereich gründete und die Form der realen Subsumtion der neuen Proletarier unter die kapitalistische Herrschaft prägte: „Die alten despotischen Verhältnisse zwischen dem Feudalherren, dem Beamten und dem Gendarmen auf der einen Seite und dem schlimmer als Vieh behandelten Bauern auf der anderen wurden, so wie sie waren, auf die Industrie übertragen – Feudalherr und Beamte hatten sich in Kapitalisten verwandelt und der Arbeiter arbeitete unter der Kontrolle des Gendarmen. Es gab im Iran eine einzige ‘Gewerkschaft’, die Bestandteil des Staatsapparates war und deren Führer vom Savak [Geheimdienst des Schah-Regimes] ernannt wurden. In den Großbetrieben wurde praktisch unter Aufsicht des Savak gearbeitet (z.B. im Stahlwerk Arymehr 3000 – 3500 Arbeiter und 500 Savak-Agenten).“ (KP 24, S.14)

Die wesentliche Funktion der mit dem Staatsapparat verschmolzenen iranischen Bourgeoisie war allerdings die des Händlers und Vermittlers für den Weltmarkt und ihr Markenzeichen die Verwendung der Erdölrente für Korruption und Waffenkäufe. Wir schrieben damals, dass das Schah-Regime die Erdölrente benutzt, „um eine Vermittler- und Spekulantbourgeoisie, dieser neben der Armee zweiten Stütze des Satrapenstaates des Imperialismus, hochzupäppeln“ (KP 20, S.33), und wir werden im Folgenden sehen, dass die heutigen Mechanismen des Mullah-Regimes ähnlich sind.

Die junge iranische Arbeiterklasse ist von Anfang an kämpferisch auf die geschichtliche Bühne getreten. Seit Anfang der 1970er Jahre kam es immer wieder zu größeren Streikbewegungen. „1972 Streik in der Rambler Automobilfabrik gegen die innerbetrieblichen Polizeieinheiten. 1973 1500 Kattunfabrikarbeiter, 4000 Raffineriearbeiter in Abadan (erneuter Streik im Oktober), Bergleute von Scharudh, bei Persi in Teheran (in dessen Verlauf die Direktion in Brand gesteckt wurde), 1974 Motorenfabrik in Täbris, Streik mit Strassenschlacht in Khavar, 1975 Textilarbeiterstreiks, 1976 Textilarbeiter und Bergleute von Kerman.“ (KP 24, S.14) Immer wieder richteten sich diese Kämpfe auch gegen die ihr begegnende staatliche Repression und die zunehmende politische Unterdrückung durch das Schah-Regime.

Die junge iranische Arbeiterklasse ist von Anfang an kämpferisch auf die geschichtliche Bühne getreten. Seit Anfang der 1970er Jahre kam es immer wieder zu größeren Streikbewegungen. „1972 Streik in der Rambler Automobilfabrik gegen die innerbetrieblichen Polizeieinheiten. 1973 1500 Kattunfabrikarbeiter, 4000 Raffineriearbeiter in Abadan (erneuter Streik im Oktober), Bergleute von Scharudh, bei Persi in Teheran (in dessen Verlauf die Direktion in Brand gesteckt wurde), 1974 Motorenfabrik in Täbris, Streik mit Strassenschlacht in Khavar, 1975 Textilarbeiterstreiks, 1976 Textilarbeiter und Bergleute von Kerman.“ (KP 24, S.14) Immer wieder richteten sich diese Kämpfe auch gegen die ihr begegnende staatliche Repression und die zunehmende politische Unterdrückung durch das Schah-Regime.

Auch wenn der Schah „weltlich“ ausgerichtet war, stützte der Klerus als einzige zugelassene Machtinstanz neben dem von der Savak kontrollierten Staatsapparat das Regime durch das schiitische Sozialsystem und die religiöse Abstumpfung der Massen. Erst als Korruption und parasitäre Vernutzung des gesellschaftlichen Reichtums eine zunehmende Dysfunktionalität dieses System hervorgerufen und zu einer Unzufriedenheit von Teilen der Bourgeoisie geführt haben, die für eine quasi Demokratisierung der Pfründe eintrat, ging der Klerus als deren Interessenvertreter (v.a. der Basaris) in Opposition zum Schah. Allerdings war diese Opposition Anfangs moderat, wollte die Schah-Herrschaft nur demokratisieren und die Macht des Staates über die aufbegehrenden Volksmassen und v.a. die erwachte Arbeiterklasse erhalten. Sie wurde im Februar 1979 durch die Dynamik der Massenbewegung und vor allem die Streiks in der Erdölindustrie unter Druck gesetzt. Über diese Entwicklung schrieben wir im September 1979: „Die Bedrohung die dieser Aufstand für alle (Schahanhänger, Klerus, bürgerliche Opposition) bedeutete, bewirkte die Einigung, die man vorher nicht hatte erzielen können: Die Regierungsübernahme erfolgte bekanntlich friedlich als Regierungsübergabe im Einvernehmen zwischen Generälen / Bakhtiar [Premierminister Bachtiar] einerseits und Khomeini / Bazargan andererseits. Dem Volk wurde verboten, Armee, Polizei und Savak anzugreifen, und seit Februar ist das Kernproblem der neuen Regierung gerade die Wiederherstellung der Armee. [...] In der Tat haben die



Anhänger der „islamischen Revolution“.

Arbeiter, sieht man von Lohnerhöhungen in der Erdöl-industrie ab, von der neuen Regierung keine soziale Forderung erfüllt bekommen; bestätigt bekommen haben sie aber seit dem Machtwechsel, dass sie Wasserträger ihrer neuen Unterdrücker waren. Khomeini forderte sofort den Abbruch des langen Generalstreiks, setzte ihn durch und erklärt seitdem sämtliche Arbeiterkämpfe für antirevolutionär und gottlos.“ (Die islamische Revolution lässt ihren Schleier fallen, Proletarier Nr.5, Sept. / Okt. 1979) Die soziale Unterdrückung wurde im neuen Regime durch eine brutale Unterdrückung der Frauen ergänzt, die Unterdrückung nationaler Minderheiten wurde nahtlos fortgesetzt.

Zur historischen Einschätzung der „islamischen Revolution“ schrieben wir schon im März 1979: *„Man wähnt sich als Hüter des schiitischen Islam, ist aber in Wirklichkeit nur Instrument der Verwandlung des Islam in einen religiösen Überbau des Kapitals. Man wähnt sich als Nationalist, ist aber in Wirklichkeit Instrument einer Anpassung seiner Nation an eine vollzogene Entwicklung der Weltwirtschaft. [...] Man rühmt sich einer langen Gegnerschaft zum Schah, ist aber in Wirklichkeit dessen Erbe und Testamentsvollstrecker.“* (KP 21, S.52)

Die Unterordnung des Proletariats unter den „demokratischen Kampf“ hatte fatale Folgen gezeitigt. Grund war das Fehlen einer eigenen Klassenpartei bzw. der dadurch seine umfassende Wirkungsmacht entfaltende Opportunismus. Dieser wirkte u.a. durch die damals moskauhörige und heute immer noch aktive Tudeh-Partei, die 1941 formell als Nachfolgepartei der verbotenen KP Iran gegründet wurde. Neben den außenpolitischen Interessen des sich damals sozialistisch maskierenden russischen Imperialismus, der ein amivalentes Verhältnis zum Schah hatte (der z.B. Ehrendoktor einiger Ostblockuniversitäten war) und v.a. allem auf eine „eigenständige“, „antiimperialistische“ Entwicklung des Iran im geopolitischen Machtkampf hoffte (allerdings schon damals gegenüber den Chinesen ins Hintertreffen geriet), war es die Ersetzung des marxistischen Konzeptes der doppelten Revolution durch ein Etappenmodell. Das Proletariat sollte der Bourgeoisie bei der Durchführung der bürgerlichen Revolution assistieren. Dementsprechend behauptete die Tudeh-Partei 1979, dass die Mullahs eine progressive Kraft für den Iran wären. Die Anbiederung ging so weit, dass der damalige Tudeh-Generalsekretär Kianouri erklärte: *„Ich glaube, dass es keine allzu großen Unterschiede zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus einerseits und dem sozialen Inhalt des Islam andererseits gibt.“* (Interview mit Newsweek vom 29.01.79) Das Ergebnis dieser Unterstützung der Mullahs als Vertreter der vermeintlich nationalen Bourgeoisie war die Zerschlagung der Partei durch die neuen Machthaber, die Ermordung und Vertreibung ihrer Mitglieder. Die heute weitgehend aus dem Exil operierende Tudeh-Partei hat aus dieser fatalen klassenkollaborationistischen Politik allerdings nichts gelernt und orientiert wieder auf *„die Errichtung einer nationalen und volksdemokratischen Übergangsregierung“* (Navid Shomali, internationaler Sekretär im ZK der Tudeh-Partei am 20.01.26 im JW-Interview) – Der Verrat an der proletarischen Klassenautonomie diesmal also mit den sich langsam von den Mullahs abwendenden Teilen der Bourgeoisie, die sich allerdings gerade wieder den USA annähern, deren militärische Unterstützung nicht wenige iranische-kurdische Oppositionsgruppen erhoffen. Ein Karussell imperialistischer Verrätereien am Proletariat...

Die aktuelle Situation

Das in den 1980er Jahren etablierte iranische Regime, das sich sowohl durch den antiproletarischen Terror der Revolutionsgarden als auch einen islamischen Sozialstaat auszeichnet und immer Teil des kapitalistischen Weltmarktes geblieben ist, sich auch nie von dessen Institutionen wie dem IWF abge-

koppelt hat, ist durch die Embargo- und Kriegspolitik des westlichen Imperialismus besonders stark von der weltweiten kapitalistischen Krise betroffen. Und es reagiert, wie alle kapitalistischen Regime reagieren, mit einer autoritären Sparpolitik, Sozialkürzungen und Lohnraub bei gleichzeitigem Aufblühen von Schattenunternehmen und Oligarchen der Embargoumgehungsökonomie bzw. des militärisch-industriellen Komplexes der Revolutionsgarden. Diese Ökonomie setzt keine Dynamik für eine „nationale“ ökonomische Entwicklung frei, sondern nutzt die Einkünfte aus Erdölrente und Waffenexport für den parasitären Konsum. So investieren die Vermittler der Erdölverkäufe an China ihre Gewinne lieber in Immobilien im Ausland und füttern die Revolutionsgarden mit ihrer wirtschaftlichen Aktivität das eigene Klientel, während das Land wirtschaftlich verfällt.

Die Krisenpolitik des iranischen Regimes ist begleitet von zunehmender Unterdrückung von Frauen und nationalen Minderheiten. Bezeichnenderweise ist ein Gesicht dieser Strukturpolitik der iranische Wirtschaftsminister Ali Madanizadeh, der seine Qualifikation nicht in islamischen Seminaren, sondern an der als Hort des Neoliberalismus bekannten University of Chicago erhalten hat. Die sozialen Angriffe haben in den letzten Jahren zu einem Anwachsen von Arbeiterkämpfen geführt, die im letzten Dezember zu Massenstreiks, Betriebsbesetzungen und Rätebildungen führten. Sie führen auch zu einer Erosion in der sozialen Basis des Regimes, den Basaris und dem Fußvolk der Revolutionsgarden aus den Armenvierteln.

Die Deregulierung des Devisenhandels im Interesse der Oligarchen und Schattenunternehmen der Embargoumgehungsökonomie hatte Ende 2025 zu einem drastischen Werteverfall der Landeswährung Rial geführt, der auch den Schwarzmarkt durcheinander wirbelte und die Basaris auf die Straße trieb. Damit wurden jetzt auch die eher religiös-konservativen Teile der Bourgeoisie, die sich vorher z.B. den v.a. von der urbanen Jugend getragenen Protesten gegen Frauenunterdrückung und für politische Freiheiten verweigert hatten, auf die Straße getrieben. Schon davor hatte es allerdings Streiks in der Erdölindustrie wegen nicht ausgezahlter Löhne gegeben, in Shagedan streikten Anfang Dezember Stahlarbeiter, in Arak wurden während der Streiks die Betriebe besetzt und auch als Rückzugsort vor dem Terror der Revolutionsgarden genutzt. Diese massive Zunahme von Arbeiterkämpfen wird bezeichnenderweise in den westlichen Medien kaum erwähnt, die nur das Bild einer für die Regime-Change-Pläne des Imperialismus kompatiblen demokratischen Volksbewegung zeichnen. Schon im letzten Jahr war es zu einem landesweiten Streik von LKW-Fahrern, von denen nicht wenige einen migrantischen (afghanischen) Hintergrund haben, gekommen. Das Regime reagierte u.a. mit rassistischer Hetze, wie es überhaupt die Diskriminierung nationaler Minderheiten als Machtmittel einsetzt. In dieser Hetze, die sich direkt gegen die multiethnische Arbeiterklasse richtet, ist sie sich bezeichnenderweise mit der pro-westliche Pahlavi-Opposition einig. Die Kämpfe der Arbeiter wenden sich gegen die zunehmende Verarmung (90% der Erwerbsbevölkerung in prekären Arbeitsverhältnissen, 40% unter der Armutsgrenze). Diese kämpferische Formierung der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen der Krisenpolitik des islamischen Regimes, muss ihre eigene Radikalität entwickeln. Es war die Arbeiterklasse im Iran, die mit ihren Kämpfen Ende der 1970er Jahre zum Sturz des Schah-Regimes geführt hat und die heute den Kampf zum Sturz des Mullah-Regimes führen muss. Sie darf sich dabei nicht von der demagogischen westlichen Demokratiebewegung einverleiben lassen, wie sie sich damals fatalerweise der islamischen „Volksbewegung“ unterworfen hat. Die iranische Klassenbewegung muss

sich als Teil der weltweiten Arbeiterbewegung auf dem Weg zur proletarischen Revolution entwickeln und darf nicht zum Fußvolk für die anachronistische bürgerliche Demokratie werden. Hierfür benötigt sie ihr eigenes Programm, ihre eigene Strategie und Taktik und ihre Organisation, kurzum ihre Partei. Die Bedingungen dafür werden nicht allein im Iran, sondern international geschaffen, durch die Entwicklung der Internationalen Kommunistischen Partei.



Streik in der Öl- und Gasindustrie 2024.

Kriegswirtschaft und revolutionäre Perspektive

Der US-Imperialismus ist mit einem Knall in das neue Jahr gestartet. Die mit dem Kidnappen des venezolanischen Präsidenten scheinbar revitalisierte Monroe-Doktrin aus dem 19. Jahrhundert hat - außer beim deutschen Bundeskanzler, für den das alles „zu komplex“ ist - zu vielfältigen Bewertungen und Interpretationen geführt: Konzentrieren sich die USA jetzt auf die alte Kanonenbootpolitik vor der eigenen Haustür und zeigt dies sogar eine realistische Positionierung in der neuen multipolaren Weltordnung? Oder agieren die USA nur wie ein den alten Reflexen folgender tollwütiger Hund im Kampf gegen den eigenen Abstieg? Historische Analogien lassen sich gut für politische Propaganda, aber oftmals wenig für notwendige politisch-ökonomische Analysen zu Rate ziehen. So auch die Monroe-Doktrin, die am Anfang der eigenständigen Etablierung als kapitalistische Macht, noch vor der - mit dem Niedergang der alten Kolonialmächte verbundenen - imperialistischen Zentralität der USA entwickelt wurde. Eine weitere, auch in der Linken weit verbreitete Analogie ist, die aktuelle Situation mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gleichzusetzen, die ein Neuverteilungskrieg sich unterschiedlich entwickelnder kapitalistischen Staaten war. Für den Marxismus war der Erste Weltkrieg ein Symptom für die historische Überholtheit des Kapitalismus, der sein „friedliches“ Expansionspotential verloren hatte. Es war natürlich nicht der „Endpunkt“ der kapitalistischen Entwicklung, wie es einige Verflacher des Marxismus - wider jeglichem Verständnis nicht nur für die chinesische Entwicklung der letzten Jahrzehnte - heute immer noch behaupten. Der Kapitalismus hatte vor dem Ersten Weltkrieg den kapitalistischen Weltmarkt geschaffen, aber noch nicht die warenförmige Durchdringung der Welt durchgesetzt. Dieses bedurfte der national-revolutionären Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, deren Höhepunkt die in ihrem sozialen Kern bürgerliche Revolution in China war. Während der Erste Weltkrieg auf der gleichzeitigen Expansion der großen kapitalistischen Staaten beruhte, in welcher der von ihnen geschaffene Weltmarkt selbst diese neue Form der Konkurrenz annahm, war der Zweite Weltkrieg ein Produkt der entwickelten kapitalistischen Krise, die mit einer Regression des Weltmarktzusammenhangs einherging. Die heutige Situation von Protektionismus und staatswirtschaftlichem Dirigismus erinnert viel mehr an die totalitären Akkumulationsregime vor dem Zweiten Weltkrieg, die bezeichnenderweise ihre technisch-ideologischen Wurzeln in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges hatten, als an die Zeit vor 1914.

Wir wollen im Folgenden das ökonomische Wesen der Kriegswirtschaft am historischen Beispiel darstellen und dabei von der aktuellen politischen und ökonomischen Situation des deutschen Imperialismus ausgehen.

Die mit dem Ende der erweiterten Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg in den 1970er Jahren wieder einsetzende wirtschaftliche Krisenentwicklung führte zu vielfältigen Angriffen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats. Als Ersatz für die „Dividende des sozialen Friedens“ etablierte der Staat in den 1980er Jahren eine neoliberale Agenda der sozialen Verwahrlosung. Mit der Annektion der DDR konnte der deutsche Imperialismus die Ende der 1980er Jahre immer größer werdende Wirtschaftskrise hinausschieben und v.a. ein ideologisches Siegesgeschrei anstimmen. Allerdings war natürlich auch die Wiedererwachte deutsche Großmachtsucht nicht in der Lage, die weitere kapitalistische Krisenentwicklung aufzuhalten, sondern konnte nur versuchen, ihre Folgen für das Kapital zu minimieren und in die EU zu externalisieren (hier seien nur die Stichworte „Harz IV“ und „Grie-



Die Jugend als Kanonenfutter für imperialistische Kriege.

chenlandkrise“ genannt). Der nach 1990 auf niedrigen Löhnen / gesenkten Reproduktionskosten beruhende und durch günstige russische Energieversorgung unterstützte exportorientierte Akkumulationszyklus des deutschen Imperialismus ist angesichts der veränderten imperialistischen Kräfteverhältnisse an sein Ende gekommen. Während die Kapitalinvestitionen auf Grund mangelnder Gewinnerwartungen zurückgehen, nimmt die Staatsverschuldung zu und die finanzielle Basis des Staates ab. Vor der antieuropäischen und in ihrem Stoß antideutschen Offensive des US-Imperialismus (siehe unseren Artikel 'Wer greift Europa an?') versuchte der deutsche Imperialismus mit einem sog. „Green New Deal“ eine umfassende politische

Transformation, die neue Technologien durchsetzen und neuen Konsum ankurbeln sowie seine internationale Wettbewerbssituation als grüner Pionier mit Hilfe international gültiger Nachhaltigkeitszertifizierungen verbessern sollte. Doch es war nicht nur Trump, der den „Stinkefinger“ zeigte. Der 2019 verkündete „Green New Deal“ wurde durch die chinesische Konkurrenz und den 2022 offen ausbrechenden Ukrainekrieg unter Druck gesetzt und scheiterte an dessen ökonomischen Folgen und der Stimmung in der Bevölkerung, was auch den Niedergang der grünen Ideologen zur Folge hatte, die ihn sogar noch als Krieg gegen die Repräsentanten der fossilen Energie führen wollten.

Nach dem Scheitern dieses „grünen“ strategischen Konzepts, besteht das Neue erklärtermaßen in der Orientierung auf eine Aufrüstungskonjunktur. Ursula von der Leyen, die 2019 den „grünen Deal der EU“ verkündet hatte, kündigt sechs Jahre später eine „Ära der Aufrüstung“ an und der hochdotierte EVP-Chef Weber forderte im März letzten Jahres gleich eine Umstellung der Wirtschaft in der EU auf „Kriegswirtschaft“. Es verwundert nicht, dass der Chef des deutschen Rüstungskonzerns Hensoldt Oliver Dörre ihm mit der Erklärung „Rüstungsausgaben sind ein gigantisches Konjunkturprogramm“ sekundierte. Während die deutsche Wirtschaftsministerin Katherina Reiche angesichts zunehmender Rüstungsausgaben von einer „wirtschaftlichen und technologischen Chance für Deutschland“ spricht, unterstützt auch der DGB die militärische Konversion und das damit verbundene Infrastrukturprogramm: „*Mit dem 100 Milliarden schweren Sondervermögen kann die soziale und physische Infrastruktur unseres Landes modernisiert und die Konjunkturflaute überwunden werden*“, behauptete z.B. der DGB-Chefvolkswirt Dierk Hirschel im Mai 2025. Was hier von seinen Vertretern propagiert wird, ist das klassische Konzept der Kriegswirtschaft, dem sich der deutsche Imperialismus schon zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg verschrieben hatte. Es ist der Versuch vor dem Hintergrund einer engeren ökonomischen Basis durch Senkung der proletarischen Reproduktionskosten und auf Kosten des kleinen Kapitals eine von der konsumptiven Bedarfskonjunktur abgenabelte staatliche Investitionskonjunktur zu initialisieren. Also eine Konjunktur, deren Profitrealisierung auf keinen erweiterten Markt angewiesen, sondern durch den Staat garantiert ist und auf einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums beruht. Der Staat übernimmt die Investitionen, die aufgrund mangelnder Profiterwartungen „privatkapitalistisch“ nicht erfolgen und die Rüstungsprodukte erscheinen nicht auf dem Markt, dessen mangelnde Aufnahmefähigkeit ja gerade das Symptom der Krise ist, wodurch inflationistische Verzerrungen verhindert werden.

Es war die Pioniertat des Faschismus, eine solche Wirtschaftskonjunktur durch die endgültige Niederwerfung der Arbeiterbewegung und die Zusammenfassung des Kapitals unter einem Kommando durchgesetzt zu haben. Der deutsche Imperialismus litt vor hundert Jahren nicht nur an den Folgen seiner Niederlage im ersten imperialistischen Weltverteilungskrieg. Seine kapitalistische Rationalisie-



Staatliche Rüstungsausgaben sollen die Wirtschaft ankurbeln, sind aber nicht nachhaltig.



Die NS-Kriegswirtschaft dient heute wieder als Vorbild.

Die Kriegswirtschaftsoffensive der 1920er Jahre hatte zu hochproduktiven, aber vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 1929/1930 größtenteils brachliegenden Produktionskapazitäten geführt, wodurch die kapitalistischen Investitionskapazitäten paralytisch waren. In dieser Situation war die kapitalistische Herrschaft weniger von der sozialdemokratisch und stalinistisch domestizierten Arbeiterbewegung bedroht, auch wenn zu dieser Zeit die Arbeiterkämpfe zunahm, als von dem Ende des Akkumulationszyklus. Und dies war übrigens keine rein deutsche Erscheinung. Zeitgleich mit der Absegnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz im Deutschen Reichstag, ermächtigte der amerikanische Kongress im März 1933 den neuen Präsidenten Roosevelt zur autoritären Durchsetzung wirtschaftsdirigistischer Maßnahmen. Dieser erste erklärte „New Deal“ begann mit der Lenkung der Wirtschaft durch eine „National Recovery Administration“ (NRA), die von den Kriegswirtschaftsstrategen des Ersten Weltkrieges geleitet wurde. So war die im Juni 1933 gegründete NRA dem „War Industries Board“ von 1917 nachgebildet, mit der damals die gesamte US-Wirtschaft der Kriegsführung unterstellt worden war. Ihre Aufgabe war die Aufstellung und Überwachung von Pro-

duktions- und Preisgrenzen der amerikanischen Industrie. In offener Bezugnahme auf den italienischen Faschismus wurden mit dem „New Deal“ dann auch eine direkte staatliche Investitionstätigkeit durchgeführt.

Ursächlich für die im entwickelten Kapitalismus gewachsenen Gestaltungsaufgaben des Staates ist der vom Marxismus analysierte Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung. Der kapitalistische Rahmen ist für die Entwicklung der Produktivkräfte zu eng geworden. Die finanzkapitalistisch dirigierte Monopolbildung hat die Möglichkeiten einer systemimmanenten zyklischen Entwicklung von Profitsteigerung und Kapitalliquidation (die sog. „Selbstreinigungskräfte des Marktes“) gesprengt. Um die Kapitalherrschaft auch über ihre Grenzen zu erhalten, ist der Staat gezwungen Teile ihrer Funktionsweise zu überwinden. Der Nationalsozialismus verwendete den Ausdruck „Sozialismus“, dementsprechend nicht nur zur Desorientierung der Arbeiterbewegung, sondern war auch Ausdruck der etatistischen Adaption des „Sozialismus“, die von der revisionistischen Sozialdemokratie vorbereitet worden war. Hier sei eine Buchveröffentlichung des nationalsozialistischen Wirtschaftsjournalisten Ernst Samhaber – der bezeichnenderweise 1946 erster Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ wurde – von 1941 angeführt. Unter dem Titel „Wirtschaftsformen 1914 – 1940“ analysiert er nüchtern, sachlich und pragmatisch die Wirtschaftspolitik der USA, Russlands, Frankreichs und Englands und lobt die deutsche Kriegswirtschaft: *„Im Sommer 1934 übernahm der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums und schuf den 'Neuen Plan'. [...] Solange die kapitalistische Rentabilitätsberechnung ausschlaggebend war, konnte allerdings der Neue Plan nicht durchgeführt werden. In der 'harmonischen' Weltwirtschaft der Vorkriegszeit war der Preis dafür entscheidend gewesen, welcher wirtschaftlichen Betätigung der einzelne sich hingeben sollte. Das Wasser der wirtschaftlichen Betätigung floss gewissermaßen entsprechend dem Preisstand bergab. Die Rolle der Schwerkraft in der Natur vertrat der Eigennutz in der Wirtschaft. [...] Das hatte sich geändert. [...] So sehr der Nationalsozialismus die Wirtschaftsführer bereits innerlich umgestaltet haben mochte, er kam ohne eine weitverzweigte Bürokratie nicht aus, die durch planmäßige Lenkung die natürliche des Eigennutzes ersetzen mußte. [...] Durch die Gleichschaltung der Wirtschaft in den ersten Jahren des Nationalsozialismus und durch die Ausrichtung im Sinne des Vierjahresplanes waren die Voraussetzungen für die moderne Form der Ausrüstung gegeben.“* (Samtheber, Die neuen Wirtschaftsformen. Berlin, Paul Neff, 1941, S.189 ff.)

Was von den Nationalsozialisten als nationales Wohlstandsprogramm verkauft wurde, war in Wirklichkeit ein gigantischer Raubzug gegen die eigene Bevölkerung und v.a. die Arbeiterklasse, die unter das Regime der absoluten Mehrwertabpressung gestellt wurde. Der emigrierte Linkssozialist Fritz Sternberg beschrieb die wirtschaftliche Situation in seiner 1935 in Amsterdam erschienenen Analyse „Der Faschismus an der Macht“: *„Die künstliche Steigerung der Produktion war erreicht worden durch Aufrüstung und öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm; die Unternehmer investierten nicht; die Kreditmärkte stagnierten völlig. Der Bestand an echten Handelswechslern der Reichsbank ging zurück, in gleicher Weise die Bilanzen der Großbanken. Der Binnenmarkt schrumpfte zusammen, da ein neuer Lohnraub eingesetzt hatte, und die neueingestellten Arbeiter kaum so viel verdienen, wie sie vorher Unterstützung bekamen; die Lage der städtischen Mittelschichten verschlechterte sich, da die Umsätze zurückgingen...“* (Sternberg, Der Faschismus an der Macht. Amsterdam, Contact, 1935, S.174)



Die Panzerproduktion lief im 3. Reich auf Hochtouren.

Der faschistische deutsche Imperialismus betrieb erklärtermaßen eine „Kanonen statt Butter“-Politik. Von 1933 – 1937 hatte sich die Produktionsmittelerzeugung fast verdreifacht, während die Konsumgüterproduktion preisbereinigt stagnierte. Da die v.a. mit der absoluten Mehrwertabpressung geschaffenen Kapazitäten der kapitalistischen Abteilung 1 (Produktionsmittel) nicht zur erweiterten Reproduktion der Abteilung 2 (Konsumtionsmittel) nutzbar gemacht werden konnten, weil die absolute Mehrwertabpressung einer konsumtiven Markterweiterung im Wege stand, verabsolutierte die Kriegswirtschaft die schon in der normalen kapitalistischen Reproduktion angelegten Krisentendenzen. Diese Krisentendenzen beruhen u.a. darauf, dass es immer wieder zu Disproportionen zwischen den beiden Abteilungen kommt, wie Karl Marx schon im Kapital analysiert hat, wo er auch bezüglich der Unterkonsumtion als einer wesentlichen Krisenursache (neben dem Fall der Profitrate als der zentralen) feststellte: *„Die Konsumtion steht gerade dann gewöhnlich in der höchsten Blüte, teils weil ein industrieller Kapitalist eine Reihenfolge anderer in Bewegung setzt, teils weil die von ihnen beschäftigten Arbeiter, vollauf beschäftigt, mehr als gewöhnlich auszugeben haben. Mit dem Einkommen der Kapitalisten nimmt ebenfalls ihre Ausgabe zu. Außerdem findet, wie wir gesehen haben (Buch II, Abschn. III), eine beständige Zirkulation statt zwischen konstantem und konstantem Kapital (auch abgesehen von der beschleunigten Akkumulation), die insofern zunächst unabhängig ist von der individuellen Konsumtion, als sie nie in dieselbe eingeht, die aber doch durch sie definitiv begrenzt ist, indem die Produktion von konstantem Kapital nie seiner selbst wegen stattfindet, sondern nur weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionssphären, deren Produkte in die individuelle Konsumtion eingehen.“* (Kapital Bd.3, MEW 25, S.316 f.) Die hohe organische Zusammensetzung des entwickelten kapitalistischen Produktionsprozesses, die immer größere technische Investitionen erfordert um immer weniger Arbeiter auszubeuten, führt mit einem Sinken der Profitrate zu einer Verringerung der kapitalistischen Investitionsmotivation und einer dementsprechend notwendigen staatlichen Substituierung, die allerdings die vorhandene Unterkonsumtion nicht überwinden kann. Wie schon beschrieben, wurde diese mit der Steigerung der Produktion nichtreproduktiver Güter sogar verschärft. Allerdings wurde mit der kriegswirtschaftlichen Orientierung auf eine Krisenlösung durch Raub und Vernichtung der letztendlich unlösbare Widerspruch eines solchen Akkumulationsmodells nur antizipiert. Und gerade diese Kriegsperspektive wirkte damals synchronisierend auf alle imperialistischen Staaten.

Der mit der marxistischen Theorie vertraute Alfred Sohn-Rethel, der vor seiner Emigration aus Berlin 1935 selbst in den deutschen wirtschaftspolitischen Kreisen unterwegs war, beschrieb diese Entwick-



Deutschland bereitet sich auf den Krieg vor.

lung in einem damaligen Aufsatz über den Charakter der faschistischen Konjunktur mit Bezug auf den Roosevelt'schen New Deal: „In Amerika wurde die Krise 1933 nur auf dem Wege der staatlichen Zwangsmobilisierung des privaten Kapitals überwunden, durch inflatorische Vorwegnahme seiner Betätigung, und es scheint nicht, daß die amerikanische Prosperität diese Staatsinitiative entbehren könnte. Wenn umgekehrt das Privatkapital der Roosevelt-Administration auch diese Schattenfolge verweigert, tritt auch in Amerika die Alternative zwischen dem Eintritt in die Krise oder dem Ab-sprung in eine absolute, rein staatsinflatorische Investitionskonjunktur ein. Tatsächlich ist aber diese Alternative sowohl in England wie in Amerika be-

reits entschieden. Man will sich in beiden Ländern für die erwartete Krise nicht mehr auf den Mechanismus ihrer ökonomischen Überwindung von der Seite der konsumtiven Bedarfsnachfrage verlassen, sondern will sie durch Rüstungsproduktion und aufgesparte öffentliche Arbeit abfangen.“ (Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus. Wagenbach, Berlin, 1992, S.136 f.) Die Tatsache, dass 1937 die Arbeitslosigkeit in den USA fast wieder das Niveau von vor dem New Deal erreicht hatte, machte auch dort die Notwendigkeit der Überwindung der Wirtschaftskrise durch eine Rüstungskonjunktur und letztendlich den Krieg deutlich. Und tatsächlich haben die USA erst durch den Zweiten Weltkrieg die Wirtschaftskrise überwunden und sind auf den Trümmern der imperialistischen Konkurrenz zur führenden imperialistischen Macht aufgestiegen, deren Erhaltungsversuch durch einen neuen großen Krieg ihr Schicksal zu sein scheint.

Eine vor dem Hintergrund der kriegswirtschaftlichen Konkurrenz der imperialistischen Staaten auch für heute interessante Frage ist, inwieweit der staatsdefizitären Hochrüstungspolitik durch Rüstungsexport Luft verschafft werden kann. Auch heute hofft die deutsche Regierung neben den positiven Effekten der subventionierten militärischen Forschung und „Dual-Use-Güter“-Produktion auf Profitrealisierung durch Rüstungsexporte. Angesichts der absoluten Dominanz der amerikanischen Kriegsindustrie versucht der deutsche Imperialismus hierfür seine europäische Machtposition zu nutzen. So wurde z.B. ein EU-Rüstungsprogramm SAFE mit über 150 Milliarden Euro aufgelegt, das Rüstungskredite an EU-Staaten zum Kauf europäischer Rüstungsgüter vergibt. Marktvorteile, die er früher durch „Nachhaltigkeitszertifizierung“ organisieren wollte, erhofft der deutsche Imperialismus sich jetzt im Rüstungsgeschäft, wodurch die Konkurrenz zu Frankreich erhöht wird. Es ist schon eine kuriose Fußnote, wenn die EU-Mittel, die für die zu den Akten gelegt grüne Transformation bzw. die Kohäsionsfonds zur Angleichung der Lebensverhältnisse vorgesehen waren, jetzt in den Rüstungssektor verschoben und die Rüstungsinvestitionen der Europäischen Investitionsbank als „nachhaltig“ bewertet werden. Der schon zitierte Sohn-Rethel schrieb angesichts der mit der Ernennung Hermann Görings zum Leiter des Vierjahresplan-Direktoriums 1936 sinnbildlich gewordenen Symbiose des ökonomischen Regiments der Bourgeoisie mit der NS-Partei und -Staatsbürokratie in einem Artikel über „Rüstungsökonomie und Zweiter Vierjahresplan“: „Schon gleich zu Beginn der massiven Aufrüstung Anfang 1934 war von Schacht vorgesehen worden, daß die Rüstungsindustrie, wenn sie einmal fertig wäre, durch ihren Export das an Devisen wieder einbringen sollte, was ihr Aufbau verschlungen hatte. [...] Allgemein gilt somit: die Größe des industriellen Kriegspotentials, das ein moderner Staat sich leisten und, vor allem, welches er nach einer Fertigstellung durchhalten kann, hängt ab von der Größe seines Exportspielraums für Kriegsmaterial. Hat er wie England ein ganzes Commonwealth oder wie Frankreich ein ganzes Bündnissystem oder wie Amerika einen ganzen Kontinent mit Rüstungsmaterial zu beliefern, so kann er ein größeres Potential auf längere Zeit friedlich durchhalten, als wenn er keine

solche festen Kunden hat: Er muß Außenkriege anstiften, um sich den Absatz erst zu schaffen.“ (ebenda, S.116) Hier dürften die heutigen amerikanischen Fußstapfen allerdings etwas zu Groß für den deutschen Imperialismus sein und eine alimentierte Ukraine wird ihm keine profitable Zukunft bringen können. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß die Bundesregierung in der Kriegsrhetorik zwar Vollgas gibt, aber in der Kriegspolitik noch mit angezogener Handbremse fährt. Das Kriegsgetöse dient dem deutschen Imperialismus heute vor allem zur Legitimierung einer wirtschaftlichen Orientierung, die auf die absolute Mehrwertaneignung zusteuert. Offen erklärte z.B. Mercedes-Chef Ola Källenius im Februar 2026, dass die „Deutschen wieder mehr arbeiten“ sollen: *„Deutschland habe mit die höchsten Arbeitskosten der Welt. Jahrelang habe man das mit gesteigerter Produktivität wettmachen können, doch das reiche nicht mehr.“* (zitiert nach Berliner Zeitung vom 9. Februar)

Mit der angekündigten „größten konventionellen Armee“ will er seine Hegemonie in der EU gegen Frankreich durchsetzen. So blass bis an die Peinlichkeitsgrenze das heutige politische Personal des deutschen Imperialismus auch ist, weiß es um die Notwendigkeit der Kriegsfähigmachung angesichts des zunehmend militärisch ausgetragenen kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Und die neuen Charaktermasken werden den Anforderungen entsprechen kommen.

In den 1930er Jahren war die Kriegswirtschaft eine selbsterfüllende ökonomische Prophezeiung geworden. Der Kapitalismus kann mit ihm widersprechenden Mechanismen operieren, aber die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten kann er nicht aus der Welt schaffen. Die deutsche Kriegswirtschaft war 1938 *„mit der Verzehrung des ganzen aus der Arbeit der Vergangenheit akkumulierten Reichtums am absoluten Ende angelangt“* (Sohn-Rethel, S.153). Da es keine Rückkehr zur relativen Mehrwertproduktion und konsumbezogenen Investitionen gab, blieb nur die Expansion. Die dahingehende wirtschaftlichen Situation Deutschlands beschrieb der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze in seinem umfangreichen Werk *„Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus“*: *„... die deutsche Zahlungsbilanz hatte in den ersten Wochen des Jahres 1938 ein außerordentlich düsteres Bild abgegeben. Die seit 1936 eingezogenen privaten Devisenbestände waren mittlerweile fast aufgebraucht, und auch mit dem Aufschwung im Export, der die Zahlungsbilanz noch über das Jahr 1937 hinweg gerettet hatte, war es vorbei. Als es in der ersten Jahreshälfte 1938 zum Einbruch der Weltwirtschaft kam, sank der Welthandel um 20 Prozent. Seit Januar 1938 war die Reichsbank mit einem beträchtlichen monatlichen Handelsdefizit konfrontiert. (...) Bei einer Sitzung der Vierjahresplanbehörde am 10. Februar 1938 war noch die Rede von Einschränkungen im Privatverbrauch und sogar von Kürzungen bei Projekten gewesen, denen das Regime höchste Priorität zuschrieb. (...) Ungeachtet Görings bombastischer Rhetorik spielten Geld und Preis im 'Dritten Reich' noch immer eine Rolle. Sogar im Falle der Stahlindustrie, die ja inzwischen umfassenden Befehls- und Kontrollsystemen unterlag, wurden Transaktionen als Geldgeschäfte abgewickelt. Und da die private Eigentümerschaft noch immer die Norm war, war Profit auch nach wie vor der Motor, der zur Produktion antrieb. So betrachtet war das Problem, vor dem die Reichsbehörden nun standen, ein klassisches Problem der Wirtschaftspolitik. Wie ließ sich das Nachfragevolumen so regeln, dass die wesentlichen Rüstungs- und Autarkieprioritäten erfüllt werden konnten und zugleich sichergestellt war, dass das Land nicht in eine Inflation schliddern würde.“* (Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*. München, Siedler, 2007, S. 291ff.) Die unlösbaren Wirtschaftsprobleme wurden mit dem Krieg „gelöst“. Die Kriegswirtschaft war selbst ein Katalysator des Krieges geworden. Eine aktuelle Bestätigung dessen zeigt auch die kriegswirtschaftliche Entwicklung in Russland, die inzwischen fast die Hälfte seiner staatlichen Ausgaben verschlingt. Um das zu finanzieren, erhöhte Moskau z.B.



Die Kriegswirtschaft in Russland.

Anfang dieses Jahres die Mehrwertsteuer und saugt mit relativ hoch verzinsten Staatsanleihen das vorhandene private Vermögen ein, was die Schuldenlast des Staates an die Grenzen führt und nebenbei die Abhängigkeit von China erhöht. Die Berliner Zeitung berichtete in einem Hintergrundartikel im November letzten Jahres: *„Das Wirtschaftswachstum der Jahre 2023 und 2024 war das Ergebnis massiver Staatsausgaben und der Ausweitung der Kriegswirtschaft, womit sich strukturelle Schwächen vorübergehend überdecken ließen. Die Verteidigungsausgaben stabilisierten Beschäftigung, steigerten aber nicht die Produktivität. Gleichzeitig wuchsen die Schulden, die Zinslast nahm zu, und der schwache Rubel verteuerte die Importe. 2025 markiert den Übergang zu einer Phase der Stagnation, welche jederzeit in Stagflation, also kaum Wachstum bei steigenden Preisen, kippen könnte. Das Wachstum liegt dank staatlicher Aufträge bei rund einem Prozent. Die offiziell niedrige Arbeitslosigkeit täuscht: Mehr als zwei Millionen Arbeitskräfte fehlen in zivilen Sektoren, sie sind in der Rüstungsproduktion oder an der Front gebunden.“* (Berliner Zeitung vom 5.11.2025, S.17)



Auch dem russischen Imperialismus geht es nicht um die Befreiung seiner Landsleute, sondern um die ökonomische Verwertung der annektierten Gebiete. Und er muss die Früchte seiner militärischen Tätigkeit ernten, bevor ihre ökonomischen Krisenfolgen durchschlagen – notfalls auch durch einen „Deal“ mit dem US-Imperialismus. Damals wie heute gilt, dass nur das Proletariat den Krieg verhindern oder beenden kann, indem es seine historische revolutionäre Mission erfüllt.

2. Revolutionäre Perspektive

Wir haben am Beispiel der Kriegswirtschaft gesehen, dass der Kapitalismus ein flexibles System ist, das aber seine systemischen Grenzen nicht überwinden kann. Das Ersetzen der freien Konkurrenz durch das finanzkapitalistische Monopol und der politischen Demokratie durch die Diktatur hatte Lenin für das imperialistische Stadium des Kapitalismus schon während des Ersten Weltkrieges analysiert. Der liberale, freiheitliche Kapitalismus ist ein Anachronismus geworden, der nur noch für die Propaganda taugt. Der moderne Kapitalismus erfordert neben der politisch unterdrückenden, die wirtschaftlich dirigierende Rolle des Staates. Diese fand im Faschismus den Höhepunkt ihrer Durchsetzung. Gegen die antifaschistische Darstellung des Faschismus als rückwärtsgewandtes Regime, stellte unsere politische Strömung 1947 fest, dass *„der deutsche Kapitalismus – der beim erstaunlichen Experiment der hypermodernen kapitalistischen Form, die Rückwirkungen der bürgerlichen Ökonomie zu kontrollieren und zu beherrschen, am besten abgeschnitten und den vollkommensten Typus des modernen Staates verwirklicht hat“* (Prometeo Nr.6, März/April 1947). Und sie beschrieb vorausschauend die modernisierende Rolle des Faschismus für das kapitalistische System: *„Der heutige Krieg ist von den Faschisten verloren, aber vom Faschismus gewonnen worden. Trotz breitester Anstimmung des Lobgesangs auf die Demokratie wird die kapitalistische Welt, nachdem sie die Integrität und historische Kontinuität ihrer mächtigsten Staatsformationen auch aus dieser furchtbaren Situation hinübergerettet hat, eine weitere gewaltige Anstrengung zur Beherrschung der ihnen bedrohlich gegenüberstehenden Kräfte unternehmen und ein immer rigideres Überwachungsorgan schaffen, um die wirtschaftlichen Prozesse zu kontrollieren und eine Autonomie jedweder sozialen und politischen Bewegung, die es wagen könnte, die bestehende Ordnung zu stören, zu paralisieren. So wie die legitimistischen Sieger [die Anhänger der adeligen Bourbonen] über Napoleon das Sozial- und Rechtsgefüge des neuen französischen Regimes übernehmen mussten, so werden auch die Sieger über die Faschisten und Nazis in einem mehr oder minder kurzen bzw. eindeutigen Prozess die Notwendigkeit anerkennen (auch wenn*

terminierung dieses Kampfes hervorgehoben (ein „System von Beziehungen zwischen den tatsächlichen Zuständen und ihren wahrscheinlichen Entwicklungen“). Das Proletariats ist von seiner Entstehung mit der modernen Warenform bis zu seinem Verschwinden mit der Auslöschung derselben mit seiner Klassenbewegung ein Motor des historischen Fortschritts. Das bedeutete auch die Unterstützung der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Frühphase bei der Durchsetzung des Kapitalismus. Diese Phase war allerdings mit der imperialistischen Epoche erst in den Metropolen und dann weltweit abgeschlossen. Der Kapitalismus vollzieht seine Entwicklung mit Hilfe seines Staates und über sein Verfallsdatum hinaus. Bordiga stellte 1946 fest: *„Die Entwicklung der kapitalistischen Welt und ihrer Ordnung setzt sich in zentralistischer, totalitärer und ‘faschistischer’ Richtung durch, und diese Richtung ist der einzige reformistische Aspekt der bürgerlichen Ordnung und Herrschaft geworden“, und fragte rhetorisch: „Soll die proletarische Bewegung also angesichts dessen ihre Kräfte mit dieser Bewegung zusammenschließen?“* „Nein. Es ist nicht möglich, „den Sozialismus im unweigerlichen Vormarsch des kapitalistischen Etatismus sozusagen einschieben zu können“ und es ist eine „Illusion, dass es wieder bürgerliche, auf dem Boden des Gesetzes stehende Institutionen geben werde, in die man legal eindringen könne“: *„Der Kapitalismus, dialektische Voraussetzung des Sozialismus, bedarf keiner Hilfe mehr, weder um zu entstehen (indem er seine revolutionäre Diktatur errichtet) noch um sich zu entwickeln (durch seine liberalen und demokratischen Gesellschaftseinrichtungen).“* (ebenda) Die einzige anstehende Aufgabe des Proletariats ist die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Abschaffung der Warenform mit der Diktatur des Proletariats!

„Reagierte die Bewegung der Arbeiterklasse schon unzureichend auf die Einflüsterungen der bürgerlichen Propaganda, die ausschließlich darauf gerichtet war, den imperialistischen Ersten Weltkrieg als Konflikt zwischen zwei Ideologien und als zwei verschiedene Schicksalswege der modernen Welt erscheinen zu lassen, so ist sie der analogen, den Zweiten Weltkrieg verbrämenden Propaganda auf beiden Seiten der Front noch mehr auf den Leim gegangen. Für die Zukunft der revolutionären Internationale ist es unerlässlich, die kritische proletarische Position zur Funktion des Krieges wiederherzustellen.“ (Prometeo Nr. 6, März / April 1947) Der imperialistische Krieg ist sowohl Ausdruck eines an die Grenzen seiner Entwicklung gestoßenen Kapitalismus, als auch der Endpunkt reformistischer Entwicklungsmöglichkeiten des Proletariats. Jegliche Reform ist zur Konterrevolution geworden, genauso wie jeder konsequente proletarische Klassenkampf den Weg zur Revolution freimachen kann. Die Revolutionäre müssen diese einzig mögliche revolutionäre Perspektive antizipieren und dem zwangsläufig zunehmenden sozialen Überlebenskampf der Klasse eine revolutionär-defätistische Stoßrichtung geben. Kein politisches Bündnis mit - geschweige denn eine Unterordnung unter - die von der Krise in Bewegung getriebene kleine Bourgeoisie. Keine Rücksichtnahme auf die Akkumulationsanforderungen des „eigenen“ Kapitalismus. Zurückweisen jeglicher institutionellen Vermittlungsversuche durch parlamentarische Parteien und Staatsgewerkschaften. Aufkündigung des nationalen Friedens und Aufnahme des Klassenkrieges. Das muss die Stoßrichtung des proletarischen Klassenkampfes auf dem Weg zur revolutionären Beseitigung des Kriegssystems sein!

(*) Er richtete sich dabei sowohl gegen theoretische „Modernisierungen“ der Exilfraktion der „italienischen“ kommunistischen Linken, die unter den Einfluss des Rätekommunismus geraten waren, als auch den Trotzismus: *„Die Trotzisten berufen sich heute zwar auf die Wiederherstellung jener Grundsätze, doch haben sie nicht klar und eindeutig jene Faktoren zurückgewiesen, die diese Grundsätze zersetzten und auf das - fälschlich als bolschewistisch und leninistisch bezeichnete - ‘Herumtaktieren’ zurückzuführen sind.“* (Prometeo Nr.1, Juli 1946). Als Ergebnis längerer theoretischer Auseinandersetzungen mit dem modernisierenden Opportunismus in der Internationalistischen Kommunistischen Partei entstand schließlich 1952 mit der Zeitschrift „il programma comunista“ die Internationale Kommunistische Partei.

Die Militarisierung der US-Wirtschaft

Zusammenfassung eines Berichts von unserer Generalversammlung am 1./2. November 2025

Einleitung

Das Ziel dieser Arbeit ist es nicht, die Tendenz zum Weltkrieg in der gegenwärtigen Phase des Imperialismus aufzudecken oder zu beweisen. Die Tendenz zum Krieg haben wir Schritt für Schritt in ihrer Entwicklung verstanden und analysiert, seit jeher, zum Trotz all derer, die uns vorwerfen, alte Dinge zu wiederholen – eine historische Arbeit, stets auf der Höhe der Zeit und vorausschauend, die nur unsere Partei zu leisten vermochte und die zeigt, wie sich die Tendenz zum Krieg und die Militarisierung der Wirtschaft heute in ihrer sich ständig wandelnden Form manifestieren, innerhalb substanzieller, unveränderlicher Determinanten. In der Praxis bedeutet dies, aufzuzeigen, an welchem Punkt wir uns im Hinblick auf eine bekannte Entwicklung befinden.

Seit dem Beginn der Nachkriegszeit nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir in unzähligen Artikeln die Tendenz zum Dritten Weltkrieg vorweggenommen und somit die aktuelle Entwicklung analysiert, die heute die klügsten Köpfe und Thinktanks im Dienste des Kapitals verblüfft und überrascht. Um nur ein Beispiel unter vielen zu nennen: Als wir kürzlich einen Artikel wiederaufgriffen, der vor 36 Jahren geschrieben wurde und der so wirkt, als stamme er aus der heutigen Zeit, schrieben wir: *„In den letzten Jahrzehnten hat die Phase der Kapitalakkumulationskrise, die auf die Expansionsphase folgte, die aus dem zweiten verheerenden inner-imperialistischen Konflikt hervorging, ihren unregelmäßigen Wechsel zwischen Pseudo-Aufschwüngen und weitaus konkreteren Einbrüchen (der bedeutendste war der von 2008) fortgesetzt und damit die tiefgreifenden Ursachen der imperialistischen Auseinandersetzungen verstärkt, die sich anschicken, einen neuen, notwendigen inner-imperialistischen Konflikt hervorzubringen, der für das Überleben der kapitalistischen Produktionsweise notwendig ist“.*

Um also den Schluss vorwegzunehmen: Was wir heute in den USA beobachten, ist genau ein Prozess der Mobilisierung des herrschenden Imperialismus, der Militarisierung der Wirtschaft und des direkten Eingreifens des Staates, um für die herrschende Klasse die Notwendigkeit zu definieren, sich auf den Kampf um die Aufteilung der Welt vorzubereiten – und zwar in neuen Formen, die dialektisch die Substanz bestätigen, die durch wirtschaftliche Tendenzen und Gesetze bestimmt wird, die mehr als ein Jahrhundert alt sind.

Als Ausgangspunkt für die Analyse der Formen dieser Militarisierung knüpfen wir daher an einige grundlegende und prinzipielle Definitionen an. Was ist Imperialismus? Welche Funktion hat der bürgerliche Staat in dieser Phase? Imperialismus: *„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen*

Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“

„Der Imperialismus, d. h. der Monopolkapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine endgültige Reife erreicht hat, zeichnet sich aufgrund seiner wesentlichen wirtschaftlichen Merkmale durch eine weitaus geringere Liebe zum Frieden und zur Freiheit sowie durch eine stärkere und allgemeine Entwicklung des Militarismus aus.“



Rüstungsproduktion und Waffenhandel in den USA.

Funktion des kapitalistischen Staates in der imperialistischen Endphase, d. h. der allgemeinen Entwicklung des Militarismus, die dem Zusammenstoß um die Aufteilung der Welt vorausgeht.

Wir haben den Faschismus – und zwar nicht nur den italienischen – stets als ein typisches und modernes Produkt des Imperialismus definiert, das sich nicht durch seine besondere Ideologie auszeichnet – die er nie gepflegt und entwickelt hat –, sondern durch zwei konkrete operative Funktionen:

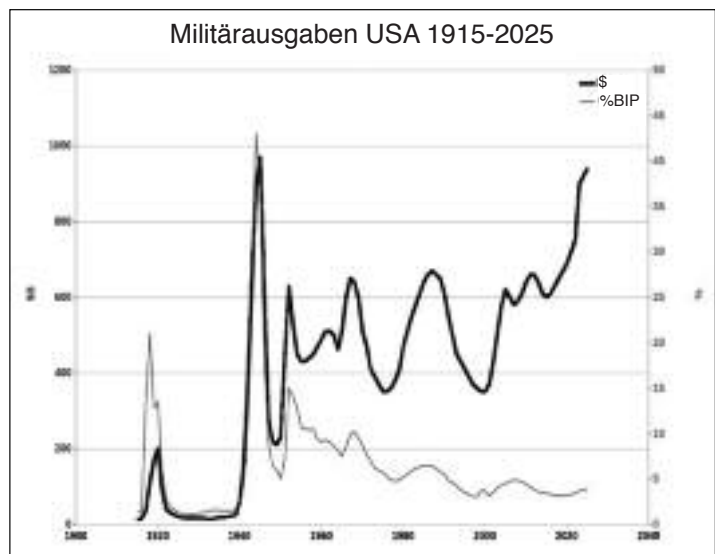
- 1) Angriff auf die unabhängigen und revolutionären proletarischen Organisationen;
- 2) Disziplinierung des nationalen Kapitals zur Vorbereitung auf den Krieg.

Zum Abschluss dieses einleitenden Teils zitieren wir aus einem Artikel, der in der Ausgabe Nr. 13/1950 auf den Seiten unseres damaligen Organs erschien: „*Der höchste Ausdruck staatlicher Autorität ist das Militär; der Krieg gegen moderne Armeen und mit modernen Mitteln (und an etwas anderes ist nicht zu denken) erfordert eine Organisation mit einem Höchstmaß an zentraler Einheit, absoluter Disziplin und hierarchischer Autorität. [...] Vor einem Jahrhundert ist die Zeit der bürgerlich-idealistischen Vorstellung von einem Krieg vergangen, der aus einem glühenden Ideal der Massen entstand und von barfüßigen, nur mit Wut bewaffneten Söhnen geführt wurde. Im Krieg erreichen die Methoden der Organisation und der zentralen Planung ihren höchsten Gipfel. [...] Der Krieg wird von den großen Zentren geführt, die über ein immenses Netz an technischen und wirtschaftlichen Ressourcen verfügen, von immer mächtigeren Zentren; und das ist die tragische Lehre der letzten Zeit. [...] Wenn es ein soziales Phänomen gibt, das niemals spontan sein wird, dann ist es der Krieg, vor allem der moderne Krieg. In ihm erreicht eine Handvoll Herrscher den Gipfel der Manipulation passiver, unbewusster, mechanisierter Massen in einem Netz, das jede Tendenz zur Eigeninitiative zerstört und die Menschen zu so vielen mörderischen Robotern reduziert. Prinzipiell können wir Marxisten nicht ausschließen, dass man für die Entwicklung der Revolution auch zu diesen harten, verhassten Mitteln greifen müsste, wie der Staatsmacht und dem mit militärischen Gliederungen geführten Krieg. [...] Der Krieg als positives und grundlegendes historisches Phänomen kann nicht ignoriert und ausgemerzt werden, ebenso wenig wie der demokratische Kretinismus den gewaltsamen Zusammenprall der Klassen beseitigen und ausmerzen kann: Man muss daher seinen historischen Verlauf betrachten, nicht ausgehend von moralischen Verherrlichungen, sondern mit der marxistischen Methode des Determinismus“.*

Heute in den USA

Wir erheben sicherlich nicht den Anspruch, heute festzustellen, wie viele Jahre es noch bis zum Ausbruch des Dritten Weltkriegs dauert, aber wir können quantitative und qualitative Instrumente zur Unterstützung einer deterministischen und dialektischen Analyse nutzen, um eine Tendenz mit immer größerer Genauigkeit aufzuzeigen.

Befinden wir uns in einer Situation am Vorabend eines Krieges, d. h. ist die aktuelle Lage vergleichbar mit der Kriegswirtschaft, die dem Ersten und Zweiten Weltkrieg (im Folgen-



den WW1 und WW2) vorausging? Um erste Anhaltspunkte für diese Antwort zu liefern, betrachten wir zunächst die historische Entwicklung der Rüstungsausgaben in den USA (Anschließend folgen Analysen zur Lage anderer Staaten), sowohl in absoluten Zahlen (normalisiert auf das Jahr 2023, d. h. mit Zahlen, die auf den Dollarwert von 2023 umgerechnet wurden) als auch in Prozent des BIP.

Im Jahr 2024 gaben die Vereinigten Staaten mehr als 900 Milliarden Dollar für Verteidigung aus (nach einer zurückhaltenden Schätzung des SIPRI), was 37 % der weltweiten Militärausgaben entspricht. Wie wir sehen können, fallen die Spitzenwerte und Höchststände mit den beiden Weltkriegen, den Kriegen in Korea und Vietnam, der Endphase des „Kalten Krieges“ und dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ seit 2001 zusammen, also dem Krieg um die Aufteilung und Aneignung von Rohstoffen und deren Handelswegen im Nahen Osten (Irak, Afghanistan, Iran, Syrien usw.). Mit einem Aufwärtstrend im letzten Jahrzehnt, der uns jedoch, ausgedrückt in absoluten Werten von Milliarden Dollar, keinen Eindruck von der tatsächlichen wirtschaftlichen und militärischen Zerstörungskraft der USA vermittelt. Denn obwohl sich die aktuellen jährlichen Ausgaben in Milliarden Dollar den Werten des Zweiten Weltkriegs (GM2) annähern, war der Anteil des BIP, der in Rüstungsausgaben investiert wurde, bei den früheren Kriegseinsätzen (GM1, GM2, Korea und Vietnam) deutlich höher. Zudem ist das aktuelle BIP der USA vor allem finanzieller und nicht industrieller Natur, was das Missverhältnis zwischen einem extrem hohen BIP und den im Vergleich zu den gleichen Parametern im Zweiten Weltkrieg relativ geringen Militärausgaben erklärt. Auch wenn die aktuellen Werte der US-Militärausgaben in Milliarden Dollar mit denen der Jahre des Zweiten Weltkriegs vergleichbar sind, reichen diese Zahlen heute nicht aus, um einen Konflikt von globalem Ausmaß zu tragen, und zwar bei einem höheren Niveau der Kapitalakkumulation und einer weltweiten Verbreitung des Kapitalismus. Einem höheren Niveau der Kapitalakkumulation und einer größeren weltweiten Verbreitung des kapitalistischen Systems entsprechen ein größerer Bedarf an Rüstung und Zerstörung. Wie können wir also erkennen, ob wir uns tatsächlich im Aufwärtstrend jener Höchststände und Spitzen befinden, die den Vorabend eines bewaffneten Krieges kennzeichnen? Um den Trend zu verstehen, ist es auch hilfreich, das Wachstum der weltweiten Ausgaben in den letzten Jahren zu vergleichen und zu sehen, wie sich die Hierarchien und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschafts- und Militärmächten verändert haben. Analysieren wir nun im Detail die Ausgaben und die verschiedenen strategischen Sektoren, um zu verstehen, ob die USA heute kriegsbereit sind und wie sich der Staat rüstet. Wir hätten gerne eine eingehende Untersuchung Sektor für Sektor durchgeführt, mussten diese Idee jedoch aufgeben, da die Arbeit zu umfangreich geworden wäre; wir werden daher hier die Zusammenfassungen der wesentlichen Punkte wiedergeben. Unsere vorherige Arbeit zu den US-Rüstungsausgaben stammt aus dem Jahr 2014. Damals schien es, als seien die US-Ausgaben rückläufig und der Abstand zu den direkten Konkurrenten würde sich verringern. Das heißt, die USA behielten zwar stets ihre Führungsposition, doch die Konkurrenten wuchsen auch bei den Rüstungsausgaben schneller. Unsere Schlussfolgerungen lauteten damals: *„Während der gesamten Zeit der 1990er Jahre, in der Russland unter den Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs litt, konnten die USA ihre Militärausgaben senken: Es gelang ihnen sogar, sich in den Golfkriegen zu engagieren und diese größtenteils von ihren Verbündeten bezahlen zu lassen. Erst seit 2001 ist im Zusammenhang mit dem sogenannten ‘Krieg gegen den Terrorismus’ ein neuer Aufwärtstrend zu verzeichnen. Tatsächlich hängt dieser Anstieg mit der Rezession vor den Anschlägen vom 11. September zusammen sowie mit dem Auftreten neuer Konkurrenten um die Kontrolle strategisch wichtiger Gebiete in Bezug auf Handel und Energieressourcen: Osteuropa, Naher Osten, Südwestpazifik und Ost-*



Mit einer nationalistischen Ideologie treibt Trump die Entwicklung der Kriegswirtschaft massiv voran.

sogar, sich in den Golfkriegen zu engagieren und diese größtenteils von ihren Verbündeten bezahlen zu lassen. Erst seit 2001 ist im Zusammenhang mit dem sogenannten ‘Krieg gegen den Terrorismus’ ein neuer Aufwärtstrend zu verzeichnen. Tatsächlich hängt dieser Anstieg mit der Rezession vor den Anschlägen vom 11. September zusammen sowie mit dem Auftreten neuer Konkurrenten um die Kontrolle strategisch wichtiger Gebiete in Bezug auf Handel und Energieressourcen: Osteuropa, Naher Osten, Südwestpazifik und Ost-

Ranking	2014	Ausgaben 2014 (USD 2022)	2023	Ausgaben 2023 (USD 2022)	Wachstum 2014-2023
1	USA	\$756 Mrd	USA	\$916 Mrd	+21.2%
2	China	\$253 Mrd	China	\$296 Mrd	+17.0%
3	Russland	\$127 Mrd	Russland	\$109 Mrd	+25.0%
4	Saudi Arabien	\$106 Mrd	Indien	\$83.6 Mrd	+47.1%
5	Frankreich	\$62.3 Mrd	Saudi Arabien	\$75.8 Mrd	-28.5%
6	England	\$61.8 Mrd	England	\$74.9 Mrd	+21.2%
7	Deutschland	\$48.8 Mrd	Deutschland	\$66.8 Mrd	+36.9%
8	Japan	\$46.6 Mrd	Ukraine	\$64.8 Mrd	+1250.0%
9	Indien	\$56.8 Mrd	Frankreich	\$61.3 Mrd	-1.6%
10	Südkorea	\$36.6 Mrd	Italien	\$35.1 Mrd	+20.6%

Die Top 10 der weltweiten Militärausgaben: 2014 im Vergleich zu 2023

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)

asien. Seit Jahren sind die USA an diesen drei strategischen Fronten engagiert und müssen sich mit Konkurrenten auseinandersetzen, die ihre Militärausgaben erhöhen: China, Russland, Iran und Indien. [...] Zudem befinden sich die USA in einer Übergangsphase und verlagern ihre Truppen von der eurasischen und nahöstlichen Front in den Südwestpazifik“. Wir werden nun sehen, wie es trotz des scheinbaren Rückgangs der Militärausgaben während der demokratischen und vorgeblich pazifistischen Phase Obamas Mitte des letzten Jahrzehnts im letzten Jahrzehnt zu einem erheblichen Anstieg gekommen ist.

Viele Jahre lang, von den frühen 2000er Jahren bis etwa 2015, stiegen die chinesischen Militärausgaben im zweistelligen Bereich, also deutlich schneller als die der USA. Auch für 2024 zeichnet sich ein ähnlicher Trend ab: China erhöht seine Militärausgaben um 7,2 %, die USA um 3,3 %. Dies hatte bereits vor zehn Jahren den Eindruck einer raschen Aufholjagd erweckt. Doch nun hat sich diese Wachstumsrate Chinas verlangsamt, was es den USA ermöglicht, den Abstand bei den Ausgaben wieder zu vergrößern. Selbst wenn man die Ausgaben Chinas, Russlands und Indiens zusammenrechnet, die einen konkurrierenden imperialistischen Pol zu den USA bilden könnten, bleiben ihre gesamten Militärausgaben weit hinter denen des dominierenden Imperialismus zurück. Betrachtet man also die absoluten Ausgabenwerte, so scheint es, als habe China seinen Rückstand gegenüber den USA in Bezug auf die Militärmacht vergrößert, doch muss man die Höhe der Ausgaben genauer und auch in ihrer Qualität analysieren. Der größte Ausgabenposten im US-Haushalt entfällt nach wie vor auf die rund tausend Stützpunkte weltweit; China baut seine militärischen Kapazitäten (Schiffe, Flugzeuge, Raketen) in einem viel schnelleren Tempo aus als die USA, obwohl es weniger ausgibt, da die Produktion in China deutlich kostengünstiger ist als in den USA. Beide Imperialismen möchten die gesamte Produktionskette strategischer Sektoren im eigenen Land behalten, die oft vollständig verstaatlicht sind oder zumindest unter starker staatlicher Kontrolle stehen, wie beispielsweise der militärische Schiffbau.

Doch während China bereits in der Lage ist, alles im eigenen Land zu produzieren – Stahl, Turbinen, Elektronik, Raketen –, sind die USA von globalen Lieferanten für Rohstoffe und Halbfertigprodukte abhängig, was zu Engpässen und langen Lieferzeiten führt. Arbeitskräfte und Materialien kosten in China deutlich weniger: So kostet beispielsweise ein chinesischer Zerstörer vom Typ 055 etwa 920 Millionen Dollar, während ein amerikanischer Zerstörer vom Typ Arleigh Burke Flight III zwischen 3 und 4 Milliarden Dollar kostet... Zudem hat die Notwendigkeit der USA, den militärischen Produktionssektor vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, seit Jahrzehnten regelrechte Monopole geschaf-



Gefallene US-Soldaten.

fen, was zu einem enormen Kostenanstieg geführt hat. Die chinesische Regierung beschließt, eine Flotte zu bauen, und tut dies, ohne die langwierigen bürokratischen und budgetären Auseinandersetzungen des amerikanischen Kongresses.

Die USA orientieren sich erst jetzt an einem staatlichen Entscheidungsmodell, das die Militarisierung regelt, was die Produktion beschleunigen und vereinfachen dürfte. China erzielt mit einem etwa dreimal geringeren Budget „mehr für sein Geld“ (mehr Wert pro Dollar). Wir werden sehen, dass die derzeitige Grenze der USA in der schwachen heimischen Industriebasis liegt, und genau diese Lücke versuchen sie zu schließen, was ihnen jedoch nicht in kurzer Zeit gelingen wird. Wir fragen uns also: Was hat die US-Militärausgaben in den letzten 10 Jahren in die Höhe getrieben, entgegen dem, was 2014 noch zu erwarten schien? Die Ursache liegt im Wesentlichen in der Verschärfung der Krise von 2008, aus der man nie herausgekommen ist, und damit im Ende der Phase der sogenannten „Globalisierung“, insbesondere nachdem die Pandemie die strategischen Schwächen eines global integrierten Produktionssystems aufgezeigt hat. Ein

weiterer Aspekt, auf den wir bereits in der Arbeit von 2014 hingewiesen hatten, ist der enorme Ausgabenposten im Zusammenhang mit den rund tausend US-Stützpunkten weltweit, die die derzeitige Regierung zwar zu rationalisieren versucht, die aber immer noch fast ein Viertel des Budgets des Verteidigungsministeriums (heute bekanntlich Kriegsministerium) ausmachen. Der Plan zur Rationalisierung der Militärstützpunkte wird natürlich durch die Verschärfung der Spannungen und Kriege gerade an den neuralgischen Punkten der Konfrontation zwischen den Imperialismen bestimmt, die in der oben erwähnten Analyse von 2014 aufgezeigt wurden: Osteuropa, der Nahe Osten und vor allem Südostasien sowie der Südwestpazifik. Darüber hinaus ist der Raketenabwehrschild – für den heute von notwendigen Investitionen zwischen 500 Milliarden Dollar und einer Billion die Rede ist und es sich somit um ein Projekt handelt, das niemals enden und ständig aktualisiert werden wird – nur ein Beispiel für die Notwendigkeit des kapitalistischen Staates, in der Militarisierung die Lösung für den tendenziellen Fall der durchschnittlichen Profitrate der „friedlichen“ Industrieproduktion zu finden. Neben den traditionellen strategischen Rohstoffen (Stahl, Aluminium), einem Sektor, in dem die USA Schwierigkeiten haben, unabhängig zu werden, sind inzwischen andere Sektoren aufgetaucht, die die Lage des herrschenden Imperialismus verschärfen und konkret die unausweichlichen Bedürfnisse des nationalen Kapitals und damit dessen künftiges Handeln bestimmen: Chips und damit verbundene Rohstoffe (Seltene Erden und kritische Rohstoffe), Cloud und Software, Raketentechnik, Drohnen, Künstliche Intelligenz. Aus energetischer Sicht müssen die Vereinigten Staaten auf fossile Brennstoffe zurückgreifen, wobei sie in großem Umfang auf Fracking setzen, was ihnen zwar bis 2050 Unabhängigkeit sichern könnte, jedoch zu sehr hohen Förderkosten; zudem ist das US-Kriegsministerium der weltweit größte Ölverbraucher.

Notwendigkeit eines qualitativen Sprungs bei den US-Militärausgaben

Um die jüngste Beschleunigung der US-Militärausgaben und die Militarisierung der Wirtschaft zu verstehen – mit einer immer größeren und direkteren Rolle des Staates als Disziplinierungsinstanz –, muss man von der Feststellung ausgehen, dass seine industrielle Basis erheblichen Einschränkungen unterliegt, was eine Folge des typischen reifen Kapitalismus ist, der in seiner monopolistischen und finanziellen Phase die Produktion ins Ausland verlagert ... nur um dann festzustellen, dass dies seine militärischen Fähigkeiten schwächt! Das Center for Strategic and International Studies (CSIS) – einer der einflussreichsten und meistbeachteten Thinktanks der Bourgeoisie – und die RAND Corporation



Der US-Militärapparat bereitet neue Kriege vor.

haben mehrere Studien veröffentlicht, die warnen: Die Vereinigten Staaten haben die industrielle und personelle Kapazität verloren, einen langwierigen Krieg in großem Maßstab zu führen. Der ehemalige Kommandeur der U.S. Army Europe, General Ben Hodges, hat öffentlich erklärt, dass die NATO nicht auf einen groß angelegten Krieg vorbereitet sei und dass die Frage der Massenmobilisierung diskutiert werden müsse. Ein weiteres Forschungszentrum, das Center for Strategic and Budgetary Assessments (CSBA), hat eine Studie veröffentlicht, die von Robert O. Work, dem ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister

der Vereinigten Staaten, verfasst wurde und den Titel trägt: „The Empty Bunker. The Complex and Enduring Challenges of Defense Munitions Industrial Base“ (Der leere Bunker. Die komplexen und anhaltenden Herausforderungen der industriellen Basis für Verteidigungsmunition). All diese Studien kommen zu denselben Schlussfolgerungen, ebenso wie eine Reihe von Kriegssimulationen im Pazifik das Problem für die USA auf dramatische Weise aufgezeigt haben. Kernpunkte der Studien sind die Simulationen eines Konflikts um Taiwan (2023): Die Simulationen kamen zu dem Ergebnis, dass selbst in einem Szenario eines „Sieges“ der USA die menschlichen und materiellen Verluste katastrophal wären. Die Studie betont, dass es keine Produktionslinie gibt, die diese materiellen Verluste rechtzeitig ersetzen könnte. So beträgt beispielsweise die jährliche Produktion von Anti-Schiffs-Raketen (LRASM) nur wenige hundert Einheiten, doch in einem solchen Krieg wären diese innerhalb von zwei Wochen aufgebraucht. Vor allem ist die industrielle Kapazität das Problem: Alle Berichte heben beispielsweise hervor, dass China Kriegsschiffe fünfmal so schnell produziert wie die USA und Raketen hundertmal so schnell. Die amerikanische industrielle Basis ist zu langsam und zu klein. Zusammenfassend warnt das CSIS: „Wir können die erste Schlacht gewinnen, aber wir werden den Krieg verlieren, weil uns die Vorräte ausgehen.“ Auch die Luftüberlegenheit ist nicht mehr garantiert: In einem Szenario im Südchinesischen Meer wären US-Luftwaffenstützpunkte (wie Kadena in Japan) anfällig für massive Angriffe mit chinesischen ballistischen Raketen und Marschflugkörpern; die Landbahnen würden zerstört und die Flugzeuge am Boden vernichtet. Bei einem Konflikt im Südostpazifik wären die langen Versorgungslinien die „Achillesferse“ der USA. Frachtschiffe und Nachschub sind leichte Ziele für die riesige chinesische U-Boot-Flotte. Wenn die amerikanischen Bestände an Langstreckenraketen und Präzisionsmunition (PGM, JASSM, LRASM, Tomahawk) in einem hochintensiven Konflikt tatsächlich weniger als eine Woche reichen würden, würde es bei der derzeitigen Produktion Jahre dauern, sie wieder aufzufüllen. In den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten hätten die USA bereits ein Drittel ihrer Vorräte aufgebraucht. Das sind die wahren Gründe für das Streben nach einem Waffenstillstand an der ukrainischen und der nahöstlichen Front!

Die Aussagen von General Hodges runden das Bild ab und konzentrieren sich dabei auf den europäischen Raum und das Konzept der Mobilisierung. Die NATO ist nicht auf einen groß angelegten Krieg vorbereitet: Hodges erklärt, dass die NATO auf kleine Aufstandsbekämpfungsmissionen (wie in Afghanistan) optimiert sei, nicht jedoch auf einen konventionellen Großkrieg gegen Russland. Das Problem liegt in der kriegsrelevanten Industrieproduktion sowie in der logistischen und massiven Mobilisierung. Zusammenfassend warnt Hodges: „Unsere technologische Überlegenheit ist nutzlos, wenn wir unsere Streitkräfte nicht rechtzeitig und am richtigen Ort aufstellen und versorgen können. Wir müssen wieder lernen, Krieg in großem Maßstab zu führen“. Der darin zum Ausdruck gebrachte Gedanke ist sehr einfach: Die Fähigkeit, mehr Artillerie, Drohnen, Raketen und gepanzerte Fahrzeuge als der Gegner zu produzieren, wird langfristig den Ausgang des Konflikts entscheiden. Der Westen muss „die Produktion von Munition und Ausrüstung beschleunigen, als befänden wir uns im Krieg, denn das tun



wir“. Außerdem: Hodges hat hervorgehoben, dass Russland seine Wirtschaft auf Kriegsfuß gestellt hat, während die NATO-Länder dies noch nicht getan haben... Die USA beginnen also erst jetzt zu begreifen, dass die nächsten Kriege keine regionalen sein werden, wie jene im Irak, in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Libyen, der Ukraine, dem Libanon... Und sie haben erkannt, dass sie nicht über einen Industriemassstab verfügen, der für einen groß angelegten und langwierigen imperialistischen Konflikt geeignet ist. Weitere strategische Sektoren, in denen die USA den Verlust ihres industriellen Apparats hinnehmen müssen, sind der Drohnenbau und damit die Chips, die mittlerweile für jede Waffe und somit für die Künstliche Intelligenz unverzichtbar sind – Chips wiederum sind von Seltenen Erden und kritischen Materialien abhängig, bei denen China 90 % der Raffinerieanlagen besitzt. Bislang galt die Gewinnung und Raffination von Seltenen Erden nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten als wenig attraktiver Sektor mit geringen Gewinnspannen. Nun greift der Staat direkt ein, um die Produktion anzukurbeln, und bezieht auch große Investmentfonds

mit ein. Der aussagekräftige Vergleich zwischen imperialistischen Polen, der einen Trend aufzeigen kann, findet nicht zwischen den derzeit im Einsatz befindlichen Flotten – ob See- oder Luftflotten – statt, sondern zwischen den Fabriken und Produktionskapazitäten. Und die chinesischen Fabriken für Schiffe, Flugzeuge, Raketen und Drohnen sind zahlreicher, schneller und flexibler als die amerikanischen, unabhängiger, d. h. weniger abhängig von Lieferungen aus dem Ausland. Die qualitative Überlegenheit der USA (eine F-35 ist besser als eine J-20) zählt wenig, wenn sie von Hunderten von Drohnen und Tausenden von Raketen überschattet wird, die in wenigen Monaten produziert werden.

Die Verstaatlichung der Kriegswirtschaft in den USA

Man versteht daher besser, warum sich die USA – aus übergeordneter Sicht und im Hinblick auf die Propaganda des „freien Marktes“ – in Richtung eines Kriegsstaatismus und eines fast autarken Protektionismus bewegen. Im Jahr 2023 veröffentlichte das Pentagon eine explizite nationale Industriestrategie: die „National Defense Industrial Strategy“: Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird eingeräumt, dass der Markt allein nicht ausreicht und dass der Staat lenken und planen muss. Die Säulen sind: Schaffung von Reservekapazitäten („Surge Capacity“) und strategischen Vorräten an kritischen Materialien, Unterstützung mehrerer Lieferanten zur Vermeidung von „Single Points of Failure“, beispielsweise in vielen strategischen Sektoren wie dem Schiffbau und der Luft- und Raumfahrt. Doch der Staat tut noch viel mehr.

Der Anfang wurde bereits unter der demokratischen Regierung von Biden gemacht: mit dem Chip Act, der einen regelrechten direkten staatlichen Eingriff in die Wirtschaft darstellt, um eine nationale Chipindustrie zu fördern, und der auch die Unabhängigkeit bei der Rohstoffversorgung vorsieht. Es handelt sich jedoch um äußerst kostspielige Projekte in der Größenordnung von Hunderten von Milliarden Dollar und mit langen Umsetzungszeiten (etwa 10 Jahre). Dies ist ein sehr wichtiger Indikator: Mindestens 10 Jahre lang werden die USA bei der Herstellung von Mikrochips weiterhin von China abhängig sein. Eine ähnliche Maßnahme ist der Inflation Reduction Act, mit dem der Staat – trotz des Namens der Maßnahme – in Wirklichkeit die Versorgung mit alternativen Energien, beispielsweise Lithium, subventioniert und regelt (das Pentagon ist der größte Energieverbraucher in den USA). Unter Trump wurde sogar auf den Defense Production Act zurückgegriffen, ein Gesetz aus der Zeit des Koreakriegs, das es den USA erlaubt, den heiligen „freien Markt“ auszusetzen und dem Staat die direkte Finanzierung kriegsstrategischer Sektoren ermöglicht: Auf diese Weise hat Trump beispielsweise dem Staat erlaubt, sich mit etwa 10 % der Anteile direkt am Kapital von Intel zu beteiligen ... vorerst,

wobei etwa 10 Milliarden Dollar bereitgestellt wurden, die für das Megaprojekt zum Bau von Chipfabriken (Fabs) in den USA benötigt werden, dessen Gesamtkosten sich auf etwa 550 Milliarden Dollar belaufen. Zudem hat er die Eröffnung von Minen und Raffinerien für Seltene Erden und kritische Materialien im Inland finanziert, ebenfalls für den Bau von Mikrochips. Zum Vergleich: Der jährliche Haushaltsposten des Verteidigungsministeriums zur Finanzierung der Mikrochip-



Der Flugzeugträger USS Gerald Ford.

Lieferung ist sehr ähnlich wie der von traditionsreichen Auftragnehmern wie Lockheed Martin (etwa 65 Milliarden), das nach wie vor das Unternehmen mit den weltweit größten Verträgen im Verteidigungssektor ist. Darüber hinaus gibt es Regierungsabteilungen, die auf technologische Forschung im Rüstungsbereich spezialisiert sind und erkannt haben, dass sie verlorenes Know-how wiederaufbauen müssen: Das Industrial Base Analysis & Sustainment (IBAS) Program ist ein Programm des Verteidigungsministeriums, das kleinere und anfällige kritische Zulieferer identifiziert (zum Beispiel das einzige Unternehmen, das ein bestimmtes Ventil für Raketen herstellt) und ihnen direkte finanzielle und technische Unterstützung gewährt, um ihr Scheitern zu verhindern. Aber man musste sich auch um die Ausbildung der Arbeitskräfte kümmern, mit Bundesmitteln für Schulungen in Schweißen, Metallbearbeitung und Elektronik, speziell für den Verteidigungssektor – alles Jobs, die die Amerikaner nicht mehr machen wollten und für die das US-Investitionskapital im Ausland nach billigen Arbeitskräften gesucht hatte... Wo? In China!

Eines sei klar: In jeder Kriegsphase haben die Staaten – und damit auch die USA – direkt in die Wirtschaft eingegriffen. So haben die Vereinigten Staaten beispielsweise im Zweiten Weltkrieg die Produktionsanlagen von Ford und General Motors umgestellt; diese blieben zwar in privater Hand, produzierten aber auf Anordnung der Regierung und mit garantierten Gewinnen. Nun gibt es jedoch auch eine massive Einbindung der Finanzwelt in die Suche nach technologischen Innovationen und Produkten, die neue Märkte erschließen und dann für den Krieg nützlich werden. Staatliche Eingriffe ändern nichts am Wesen der Produktionsverhältnisse, die kapitalistisch bleiben. Der Defense Production Act (DPA) ist der Beweis dafür, dass der Kapitalismus, wenn seine Existenz bedroht ist, ohne Scheu vom Liberalismus zur Autarkie übergeht, um sich selbst zu erhalten, ohne jedoch sein grundlegendes Wesen als System zu ändern, das auf Lohnarbeit und der Akkumulation von Profit basiert – sei es privat, gesellschaftlich (in Form einer Aktiengesellschaft) oder staatlich, auf jeden Fall klassenbezogen! Die Sozialdemokraten, die Staatswirtschaft mit Sozialismus verwechseln, und die Apologeten des Kapitalismus als freien Markt werden weiterhin überhaupt nichts davon verstehen! Trump hat sich offen und positiv zum DPA geäußert. Vor allem aber hat er es konkret eingesetzt, hunderte Male. Sein Ansatz lässt sich so zusammenfassen: „*Es ist eine mächtige Waffe, und ich zögere nicht, sie für 'America First' einzusetzen.*“ Und genau das tut er auch, indem er einfach den Erfordernissen des amerikanischen Kapitals folgt, ohne allzu viel ideologischen Schnickschnack und ohne demokratische und vordergründige Skrupel. Im Mai 2025 erließ seine Regierung eine Ausnahmeregelung zum DPA, die es ermöglichte, bestimmte Verfahren zu umgehen, wie etwa die Zustimmung des Kongresses für Projekte über 50 Millionen Dollar – eine Maßnahme, die ergriffen wurde, um die Produktion strategischer Materialien (Munition und Raketenkomponenten) zu beschleunigen, als Reaktion auf kritische Engpässe in der Lieferkette. Staatliche Subventionen dienen ausschließlich der militärischen Macht; staatliche Beihilfen konzentrieren sich direkt und massiv auf strategische Sektoren und ergänzen die Zölle, um eine nationale Industriearchitektur aufzubauen, die für imperialistische Auseinandersetzungen geeignet ist und direkt im Dienste der US-Militärmaschine steht. Das Ziel ist klar: die Vereinigten Staaten in

den Lieferketten, die die Verteidigung und die Wettbewerbsfähigkeit der Großmacht sichern, so weit wie möglich autark zu machen. Das heißt:

1. Sicherheit der militärischen Lieferketten.
2. Schwerindustrie (Stahl, Aluminium), die durch Zölle geschützt ist.
3. Dual-Use-Technologien (zivil-militärisch) wie KI und Automatisierung.

Der Defense Production Act ist nicht mehr nur eine Notfallmaßnahme, wie sie zur Zeit der Pandemie erprobt wurde, sondern mittlerweile ein dauerhaftes Instrument der Industriepolitik zum Wiederaufbau der industriellen Basis, die für eine militärische Konfrontation mit dem imperialistischen Block aus China und Russland erforderlich ist. Das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft wird somit zu einem weiteren Faktor, der auf die Vorbereitung des Dritten Weltkriegs hindeutet.

Worin besteht die Besonderheit der aktuellen Phase?

Die Militarisierung der US-Wirtschaft und die neue Phase der Verstaatlichung vollziehen sich innerhalb eines kapitalistischen Systems, in dem die Finanzwelt, die großen Investmentfonds und die monopolistischen Konzerne der Big Tech dominieren, die vom Staat in diesem Prozess der Beschleunigung der Militärausgaben und damit der Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht ausgeschlossen, sondern vollständig darin integriert sind. Die Finanzmasse der Big Tech (ein Markt von etwa 20 Billionen Dollar) zeigt, dass sich die Dominanz der Finanzwelt und der großen Fonds mit der Fähigkeit derselben Konzerne verbindet, öffentliche Gelder zu absorbieren (Verträge, Anreize, Ausschreibungen, Infrastruktur-/KI-Investitionen). Das Ergebnis ist ein Kapitalismus, in dem der Staat eng mit dem Großkapital verbunden ist: Er integriert es und lenkt es durch Haushaltsentscheidungen und industriepolitische Maßnahmen. Im Bereich der Verteidigung ist der scheinbar neue Aspekt, der mit den neuen Kriegstechnologien verbunden ist, keineswegs neu: Der Kapitalismus hat militärische und zivile Forschung schon immer in seine kontinuierliche Erneuerung der Produktions- und Zerstörungsmittel integriert. Es besteht also ein integriertes Finanzierungssystem zwischen Staat und Investmentfonds, und das gängigste Schlagwort ist das des Dual-Use: die Integration von ziviler und militärischer Produktion. Gab es in der Vergangenheit ein lineares System, das Politik und das militärisch-industrielle Wirtschaftssystem durch die Vermittlung von Lobbys verband, die den Kongress und die Regierung, also den Staat, finanzierten, und der Staat sich dafür mit Subventionen und Gesetzen revanchierte, die der Rüstungsindustrie zugutekamen (siehe die ausdrückliche Erklärung Eisenhowers Anfang der 60er Jahre), so ist das System heute subtiler, verzweigter und umfangreicher, was die Kapazität des eingesetzten Kapitals angeht, dank der großen Investmentgruppen, die riesige Kapitalbeträge auf der Suche nach Start-ups im Hochtechnologiesektor einsetzen, die dann zu den wichtigsten Geschäftspartnern des Staates im Kriegsgeschäft werden. Die Industrie wird durch ein einzigartiges System von Spitzenuniversitäten (MIT, Caltech, Stanford), Risikokapitalgesellschaften und eine Risikokultur gestützt, die radikale Innovationen begünstigt (SpaceX, künstliche Intelligenz, Big Tech, Mikrochips, Palantir, Cloud und Software).

So ist beispielsweise der „National Security Innovation Capital“ ein staatlicher Fonds, der Risikokapital für Start-ups bereitstellt, die an kritischen Hardwaretechnologien arbeiten, die von privaten Investoren jedoch als zu riskant angesehen werden, wie die Herstellung von Chips der nächsten Generation, sichere Kommunikation und widerstandsfähige Energiesysteme. Ein weiteres Beispiel: „NVIDIA for Defense“: Dabei geht es nicht nur darum, NVIDIA-Chips zu kaufen, sondern NVIDIA davon zu überzeugen, seine nächsten Chips mit Architekturen zu entwickeln, die spezifische Probleme des Pentagons lösen, wie beispielsweise das Training von KI-Modellen für die elektronische Kriegsführung. NVIDIA, Marktführer im Bereich Grafikkarten, begann als Hersteller von Mikrochips für Videospiele und expandierte später in den Bereich der künstlichen Intelligenz. Das Unternehmen ging eine strategische Part-

nerschaft mit dem US-Verteidigungsministerium ein, um fortschrittliche Hardwarelösungen zur Verbesserung der

Verteidigungsfähigkeiten zu entwickeln, insbesondere im Bereich der auf elektronische Kriegsführung angewandten künstlichen Intelligenz. Vom Spiel zum echten Krieg! Wir können einen grundlegenden qualitativen Sprung feststellen, der seit dem Jahr 2000 und insbesondere im letzten Jahrzehnt stattgefunden hat. Dieser Sprung betrifft nicht mehr nur die Auftraggeber (die Regierung,

die Waffen von der Industrie kauft), sondern eine Verschmelzung des gesamten kapitalistischen Finanzsystems, in dem die Grenzen zwischen Staat, Industrie, Technologie und Finanzkapital immer mehr verschwimmen. Das alte, von Eisenhower beschriebene Modell war linear: Das Pentagon unterzeichnet Milliardenverträge mit den großen Rüstungskonzernen (Big Five), diese liefern physische Waffensysteme zu Monopolpreisen und üben ihrerseits Druck auf den Kongress, die Regierung und das Pentagon aus, um ihre Monopolstellung zu erhalten. Das neue Modell ist ein integriertes und symbiotisches Netzwerk: die Regierung als strategischer Risikokapitalgeber. Die US-Regierung ist nicht mehr nur ein Käufer, sondern ein direkter Investor in Spitzentechnologien. Sehen wir uns einige Beispiele an. In-Q-Tel, der 1999 gegründete Risikokapitalfonds der CIA, war ein Pionier: Er investiert in Start-ups mit Dual-Use-Technologien (zivil-militärisch), die für den Nachrichtendienst kritisch sind (man beachte: Die Mittel der CIA gehören zu den intransparenten Fonds, die in den offiziellen Statistiken und vom SIPRI nicht erfasst werden); Das Verteidigungsministerium (oder Kriegsministerium) und die DARPA finanzieren Start-ups in den Bereichen KI, Mikroelektronik und Raumfahrt direkt und nehmen dabei das hohe Risiko in Kauf, um die entstehende Technologie zu kontrollieren.



Gedenken an gefallene US-Soldaten.

Die strategische „Verstaatlichung“ der Lieferketten ist die jüngste und dramatischste Veränderung. Die Regierung vertraut dem globalen Markt nicht mehr, wenn es um die Beschaffung strategischer und damit kritischer Technologien geht, weshalb sie auf Maßnahmen der regelrechten Verstaatlichung zurückgreift, wie den oben erwähnten Chips and Science Act und den Inflation Reduction Act. Darüber hinaus wird die Regierung der Verteidigungsindustrie absolute Priorität beim Zugang zu Stahl, Aluminium, Halbleitern und kritischen Mineralien einräumen. Es handelt sich um die „vollständige Verschmelzung von ziviler und militärischer Industrie“ („Total Defense Industrial Base“), der Teil, der dem chinesischen Modell am ähnlichsten ist. Das Ziel ist, dass jedes große amerikanische Unternehmen einen „Kriegsplan“ hat, eine regelrechte präventive Mobilisierung: Unternehmen wie Tesla, SpaceX, Intel und Dow Chemical werden in die Planung in Friedenszeiten einbezogen, um bereit zu sein, ihre Produktionslinien im Kriegsfall umzustellen. Beispiel: SpaceX wird nicht nur ein Anbieter von Raketenstarts sein, sondern ein integrierter Akteur in der Weltraumverteidigung, und Tesla könnte gezwungen sein, seine Produktionslinien umzustellen, um Batterien für U-Boote oder Drohnen herzustellen. Sehen wir uns die einzelnen Punkte dieser Strategie an.

Daten- und Cloud-Management für militärische Zwecke. Der 9-Milliarden-Dollar-Vertrag JWCC (Joint Warfighting Cloud Capability), der an Amazon, Google, Microsoft und Oracle vergeben wurde, steht nicht im Zusammenhang mit dem Kauf einer Waffe, sondern mit der digitalen Infrastruktur des Pentagons. Das bedeutet, dass das „Gedächtnis“ und das rechnerische „Gehirn“ des Verteidigungsministeriums in kommerziellen Clouds angesiedelt sein wird – eine beispiellose Verschmelzung. Im Juni 2024 kündigte das Verteidigungsministerium einen weiteren großen Auftrag an, was die Beschleunigung des Programms verdeutlicht: Ein Vertrag über 1,1 Milliarden Dollar wurde für einen Zeitraum von 18 Monaten vergeben, um Cloud-Dienste auf „taktischer“ Ebene (Schlachtfeld) bereitzustellen.

Obwohl der Auftragnehmer aus Sicherheitsgründen nicht bekannt gegeben wurde, sind Amazon und Microsoft die natürlichen Konkurrenten. Im Jahr 2023 beliefen sich die gesamten Bundesausgaben für Verträge mit den großen Tech-Unternehmen auf 15 Milliarden Dollar. Das Verteidigungsministerium hat für 2025 allein für Cloud Computing 1,4 Milliarden Dollar beantragt, was einem Anstieg von 20 % gegenüber 2024 entspricht. Dies deutet auf ein strukturelles Ausgabenwachstum hin. Somit war 2023 das Jahr der operativen Inbetriebnahme des JWCC. Die Big-Tech-Unternehmen begannen, die ersten Aufträge zu erhalten. Im Jahr 2024 beschleunigte sich das Tempo, was den Trend zu einer tiefgreifenden und groß angelegten Integration der Big-Tech-Unternehmen in den militärisch-staatlichen Apparat der USA bestätigte. Künstliche Intelligenz. Das US-Verteidigungsministerium hat im Haushalt für das Geschäftsjahr 2025 Gesamtausgaben in Höhe von 20,9 Milliarden Dollar für künstliche Intelligenz (KI) vorgesehen.

Weltraumschild. Dieser Posten der Militärausgaben verdient eine gesonderte Betrachtung, sowohl wegen seiner Kosten als auch weil es sich um ein Projekt handelt, das kein Ende hat ... außer mit der Diktatur des Proletariats. Die Frage „In wie vielen Jahren wird es fertiggestellt sein?“ setzt ein Endziel voraus. In Wirklichkeit wird es aus verschiedenen Gründen kein „Ende“ geben: sich wandelnde Bedrohungen, geografische Ausweitung und Kapazitätserweiterung... das System ist niemals „vollständig“.

Es kommen ständig neue Elemente hinzu: der Lebenszyklus der Technologie (die bestehenden Komponenten, Raketen und Radarsysteme, altern und müssen in einem kontinuierlichen Zyklus aus Wartung und Modernisierung ersetzt werden). Es ist zutreffender, den Weltraumschild als ein „permanentes Programm der nationalen Sicherheit“ zu betrachten. Geschätzte Gesamtkosten: über 400 Milliarden bis 2030. Es handelt sich um eine der teuersten und langfristigen militärischen Investitionen in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Nuklearwaffen. Auch diesen Posten betrachten wir gesondert, da er nicht vollständig in den Militärausgaben enthalten ist, sondern über die NNSA (National Nuclear Security Administration) auch dem Energieministerium untersteht. Der Bericht „Projected Costs of U.S. Nuclear Forces, 2023 to 2032“ des Congressional Budget Office (CBO) schätzt die Gesamtkosten für die Instandhaltung und Modernisierung der US-Nuklearstreitkräfte im Zeitraum 2023–2032 auf 756 Milliarden Dollar.

Die Arms Control Association (ACA), eine unabhängige Vereinigung von Wissenschaftlern, schätzt in einem aktuellen Bericht hingegen, dass „*die Modernisierung der strategischen Streitkräfte der USA über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg insgesamt mindestens 1,5 Billionen Dollar kosten wird*“, d. h. über einen Zeitraum von 30 Jahren. Diese Zahl entspricht den geschätzten Gesamtkosten für die Modernisierung und Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung der USA über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren. Hinzu kommt noch das „versteckte“ Budget: Da die NNSA zum Energieministerium und nicht zum Pentagon gehört, erscheint ihr Budget nicht im „Militärbudget“ des Verteidigungsministeriums, das üblicherweise zitiert wird.

Dies führt zu einer systematischen Unterschätzung der gesamten US-Militärausgaben. Berücksichtigt man also sowohl die „Weapons Activities“ (Entwicklung, Wartung, Verlängerung der Lebensdauer, Produktion und Stilllegung von Atomsprengköpfen) als auch die Infrastruktur (Kernkraftwerke, nationale Labore, Produktionskapazitäten für Plutoniumkerne usw.), müssen dem Haushalt des Verteidigungsministeriums 600–650 Milliarden Dollar über drei Jahrzehnte (Schätzungen von ACA und CBO). Es kommt somit zu einem Anstieg der Ausgaben für Nuklearwaffen, d. h. zu einer Trendwende gegenüber der vorangegangenen Phase der Nichtverbreitung nach dem Ende des Kalten Krieges.

Schlussfolgerungen

Wir haben dies bereits in der Einleitung und im Aufbau des Berichts angedeutet: Wir haben von Anfang an erklärt, dass wir im Grunde nichts Neues zu entdecken haben. Was wir heute in den USA beob-



achten, ist genau ein Prozess der Mobilisierung des herrschenden Imperialismus, der Militarisierung der Wirtschaft und der direkten Intervention des Staates, um dieses lebenswichtige Bedürfnis der herrschenden Klasse zu regeln und sich auf den Kampf um die Aufteilung der Welt vorzubereiten – in neuen Formen, die dialektisch die Substanz bestätigen, die durch jahrhundertalte wirtschaftliche Tendenzen und Gesetze bestimmt wird. Wir befinden uns in einer Phase der Beschleunigung, doch zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, dass die USA noch nicht auf eine imperialistische Auseinandersetzung vorbereitet sind: Man denke beispielsweise an die Tatsache, dass es mindestens zehn Jahre dauern wird, bis sie bei der Produktion von Mikrochips unabhängig von China sind, und dass daher die Bevölkerung noch auf die Mobilisierung vorbereitet werden muss.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der qualitative Sprung darin besteht: Das Ziel besteht nicht mehr nur darin, die mächtigsten Waffen herzustellen, sondern den gesamten technologischen Bestand, auf dem die moderne Gesellschaft basiert – von Chips über KI und Cloud bis hin zur Raumfahrt –, zu kontrollieren und zu militarisieren.

Angesichts der enormen Kapitalmengen, die im Technologiesektor im Spiel sind, kann der Staat diese zudem nicht ignorieren und erweist sich einmal mehr als deren Wirtschaftsausschuss. Die Grenze zwischen „kommerzieller Innovation“ und „militärischer Leistungsfähigkeit“ war noch nie so schmal: Zentralisierung des Staates, vorrangige Aufgabe des Staates bei der Regulierung des Kapitals im Rahmen der Kriegsanstrengungen. Wie in der Einleitung zu dieser Arbeit dargelegt, erheben wir keineswegs den Anspruch, heute festzustellen, wie viele Jahre es noch bis zum Ausbruch des Dritten Weltkriegs verbleiben: Wir können jedoch quantitative und qualitative Instrumente zur Unterstützung einer deterministischen und dialektischen Analyse nutzen, um einen Trend mit immer größerer Genauigkeit aufzuzeigen. Nach Prüfung verschiedener Daten und Faktoren können wir sagen, dass sich der Trend zur Vorbereitung des Dritten Weltkriegs bestätigt, unter vollständiger Einbeziehung des nationalen Kapitals, als Antwort auf die Überproduktionskrise, auf den tendenziellen Rückgang der durchschnittlichen Profitrate, als extreme Lösung des Kapitals, indem es entweder Kapital freisetzt, das in der Friedenswirtschaft keine Verwertung mehr findet, oder die enorme Vernichtung von Waren und Menschen vorbereitet, die im Verhältnis zum Verwertungsprozess im Überschuss sind, um sich das Überleben in einem neuen höllischen Kreislauf zu sichern, mit dem Massaker an neuen Generationen von Proletariern, die dazu bestimmt sind, sich gegenseitig abzuschlachten.

Die gesamte vorstehende Analyse verdeutlicht die zunehmend wichtige Rolle des Staates als Hauptsteuerer der nationalen Kapitalkräfte bei der Kriegsvorbereitung. Alle Daten belegen eine quantitative und qualitative Beschleunigung der Militärausgaben und der Militarisierung der Wirtschaft – wie zu erwarten war.

In künftigen Arbeiten werden wir versuchen, die ähnlichen Dynamiken zu analysieren, die sich innerhalb der wichtigsten nationalen Kapitalismen entwickeln.

Übersetzt aus: **il programma comunista, Januar/Februar 2026**

Übersetzt aus: **il programma comunista, Januar/Februar 2026**

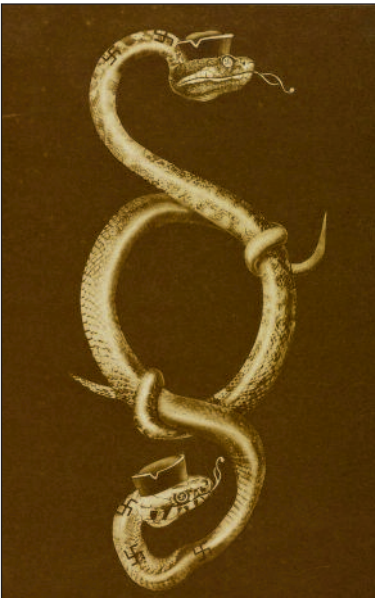
Wie die Demokratien eine neue Qualität der Repression exerzieren

Totalitärer und autoritärer Staat, totale Kontrolle, Medienzensur, die Aufhebung sogenannter „demokratischer Grundrechte“ und der Meinungsfreiheit, Berufsverbote, Repressionen gegen Oppositionelle und die wirtschaftliche Zerstörung von Existenzen – all dies sind für Liberale sowie für bürgerliche Linke (die vehemente Anhänger demokratischer Ideologien und Illusionen sind) Wesensmerkmale einer faschistischen Gesellschaft, der sie ihre Demokratie entgegenstellen.

In einem haben sie Recht: dies sind in der Tat Merkmale des Faschismus. Dieser steht jedoch nicht im Gegensatz zur (bürgerlichen) Demokratie, und hier beginnt der schwerwiegende Denkfehler. Faschismus und Demokratie sind zunächst beides Herrschaftsformen innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft. Diese treten aber nicht getrennt voneinander auf, sondern sind miteinander verschmolzen wie zwei Metalle – man könnte sagen wie Kupfer und Zinn, was dann das stabilere Messing ergibt. Und in der Tat ist die Demokratie, die eine faschistische Substanz hat, wie wir es stets betont haben, stabiler, als eine „idealisierte“ Demokratie oder als ein rein repressiver Faschismus. Es ist ja auch logisch, dass sich der bürgerliche Staat aus dem gesamten Repertoire seiner historischen Erfahrungen und seiner Wirtschafts- und Politikkonzepte bedient. Warum sollte eine Demokratie auf faschistische Methoden verzichten? Die bürgerliche Gesellschaft ist insoweit prinzipienlos, als dass in ihr alle Mittel eingesetzt werden, um das wirklich einzig geltende Prinzip aufrechtzuerhalten, das der Mehrwertproduktion und Profitmaximierung – hierfür ist jedes Mittel und jede Ideologie recht.

Beispiele für den immer weiteren Ausbau repressiver Mittel gibt es viele. Zunächst findet vieles auf präventiver Ebene statt. Denken wir beispielsweise an die immer weitergehende Professionalisierung der Polizei, den Aufbau von Spezialeinheiten, Aufstandsbekämpfungsstrategien, Gesetzesverschärfungen, das repressive Vorgehen der Justiz und immer neuen Überwachungsmöglichkeiten. Dagegen erscheint die preußische Polizei der Weimarer Republik mehr als lächerlich, unbeholfen und

stümperhaft. Dies sind Dinge, die wir im Alltag nicht unmittelbar spüren – was bleibt ist erst einmal „nur“ die Drohung des sogenannten Gewaltmonopols der staatlichen Gewalt- und Unterdrückungsapparate. Wird beispielsweise eine Wohnung oder ein Haus geräumt, eine illegalisierte Demonstration oder ein verbotener Streik durchgeführt, ist der Staat beliebig in der Lage, seine Eskalationsspirale aufzubauen: vom Gerichtsvollzieher zum Streifenpolizisten bis eben hin zu Spezialeinheiten, wenn alles andere nichts nützt. Es ist vergleichbar mit einem Ganoven beim Eintreiben von Schutzgeldern, der eine Pistole als Drohgebärde in der Hand hat, aber in der Regel keinen einzigen Schuss abgeben oder irgendjemanden verletzen muss, um seinen Willen durchzusetzen – aber dennoch bereit ist, dies zu tun, wenn notwendig. Aber wie wir wissen, ist bereits Gewalt ausgeübt worden, wenn ein Rentner nach etlichen Jahren seine Wohnung räumen muss und sich unter den aktuellen Bedingungen keine neue leisten kann. Dies ist im Kapitalismus fast schon zu banal, um irgendeine Empörung hervorzurufen, obwohl es sehr wohl Widerstandsaktionen gegen Zwangsräumungen gibt, die – obwohl sie nur symbolisch sind und gegen die Staatsgewalt zwangsläufig scheitern – dennoch zur Bewusstseinsbildung und Mobilisierung der proletarischen Klasse beitragen.



Die Hakenkreuzottern von Heartfield zeigen die Rolle der Justiz.

Neben dieser grundsätzlichen Kritik an der bürgerlichen Demokratie und der Unbeholfenheit der moralischen Kritik an ihrem faschistischen Charakter, wollen wir auf ein paar aktuelle Verschärfungen eingehen, die eine neue Qualität darstellen, aber in der breiten Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet stattfinden. Beispielsweise wurde 2021 der §188 StGB – „Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens“ verschärft, aber auch die Anwendung bereits bestehender Paragrafen wie dem §185 StGB „Beleidigung“ wurde seitens der Repressionsorgane und der Gerichte verschärft.

So postete ein Mann 2024 einen Beitrag mit „Schwachkopf“ über den damaligen Wirtschaftsminister Habeck (analog zu der Kosmetik-Firma Schwarzkopf), dessen fachliche Kompetenzen nach zahlreichen inkompetenten Äußerungen in weiten Teilen selbst des bürgerlichen Diskurses angezweifelt wurden. Die Folgen war eine Hausdurchsuchung und die Beschlagnahme von Geräten, der Anfangsverdacht u. a. §185 StGB (Beleidigung), §188 StGB (gegen Politiker gerichtete Beleidigung) und §130 StGB (Volksverhetzung). Fälle wie diesen gab es einige. Am 5. März gab es einen weiteren Vorfall auf einer Schülerdemo gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die deutsche Kriegstreiberei: Wegen eines Plakats mit der Aufschrift „MERZ LECK EIER“ (aufgrund der Unterwürfigkeit des Bundeskanzler gegenüber dem US-Präsidenten Trump) beschlagnahmte die Polizei das Plakat und zog einen 18-Jährigen aus der Demonstration, um Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der „üblen Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens“ einzuleiten.

Weit schwerwiegender sind andere repressive Maßnahmen, die sich immer größerer Beliebtheit erfreuen und die Existenz von Vereinen, Medien, Unternehmen oder Personen auslöschen können. In unserer modernen Zeit sind wir tagtäglich auf den digitalen Zahlungsverkehr angewiesen, egal ob es um den Eingang des Lohnes oder von Lohnersatzleistungen geht, die Bezahlung der Miete, um Rechnungen, Einkaufen oder selbst die Bezahlung staatlicher Dienstleistungen auf Behörden – ohne ein Bankkonto geht nichts mehr und mit Bargeld kommt man meistens nur noch im Supermarkt oder im Restaurant weiter. Hier wurden unterschiedlich perfide Mittel entwickelt, um unerwünschte Meinungen zum Schweigen zu bringen und Existenzen zu zerstören – und in nicht wenigen Fällen reicht schon die Angst vor einer solchen Meinung oder vor Jobverlust aus, um vorauseilenden Gehorsam zu erzwingen (oder wer möchte gerne Opfer einer der folgenden staatlichen Maßnahmen werden?!):

Das Debanking – doch was ist das genau? Es herrscht bekanntlich Vertragsfreiheit und jede Bank kann – unter Abwägung ihres eigenen Risikos – die Entscheidung treffen, die Geschäftsbeziehungen zu einem Kunden zu beenden. Handelt es sich dann eigentlich um staatliche Repression? Um diese Frage zu beantworten, gehen wir auf einen innerhalb der linken Szene bekannten Fall ein, der auch durch die bürgerlichen Medien ging: die Rote Hilfe, eine Hilfsorganisation für linke politische Gefangene oder von staatlicher Repression betroffene war ebenfalls vom Debanking betroffen. Die US-Regierung hatte die deutsche Gruppierung „Antifa Ost“ (die real zwar nicht existiert, aber durch den Staat juristisch konstruiert wurde, um Menschen zu verfolgen, die sich gegen Rechtsextremisten zur Wehr gesetzt hatten) als Terrorgruppe eingestuft. Deshalb hatten die GLS-Bank (Deutschlands bekannteste sozial-ökologische Genossenschaftsbank) und die Sparkasse Göttingen Angst vor Nachteilen an den

Finanzmärkten, da in einer Mitteilung der US-Regierung die Rede davon ist, dass auch die „wissentliche materielle Unterstützung“ der „Antifa Ost“ ein Verbrechen darstelle. Nach dieser Logik soll bereits die Unterstützung der von Repression betroffenen bei Gerichtsverfahren als Terrorfinanzierung ausgelegt werden. Dieser Fall zeigt, welche Folgen die Ausübung von staatlichem Druck haben kann, auch wenn nach einem für die Rote Hilfe



erfolgreichen Gerichtsverfahren das Konto wieder eröffnet werden musste – und die Liste der von De-banking betroffenen Organisationen ist lang (wie diverse stalinistische, trotzkistische oder anarchistische Gruppierungen wie die DKP, MLPD, Anarchist Black Cross usw.), mit unterschiedlichem Ausgang. Auch in den USA ist dieser „Trend“ angekommen, wie das Beispiel des US-Bürgers Scott Ritter zeigt, der vor allem auf Youtube die eigene Regierung kritisiert.

Noch drastischer sind die Folgen für von EU-Sanktionen betroffene für die eigene Existenz, wie beispielsweise den Influencern Alina Lipp, Thomas Röper, Nathalie Yamb, dem linken Journalisten Hüseyin Dođru oder dem ehemaligen Schweizer Oberst Jacques Baud.

„‘ Meine Bankkonten in Deutschland wurden gesperrt, die Beträge darauf wurden eingezogen und das Konto aufgelöst. Zahlungen an meine russische Bankverbindung wird durch EU Sanktionen denen die Banken folgen verhindert’, schreibt die Deutschrussin“ (tagesschau.de).

„Für den 70-jährigen Baud, der Brüssel als Wohnsitz angibt und bei Verlagen im EU-Raum publiziert, sind die Konsequenzen beträchtlich. Sein Vermögen ist gesperrt und EU-Bürgern und -Unternehmen ist es untersagt, ihm Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Zudem darf er weder in den EU-Raum ein- noch durch diesen reisen. Da er schon in Brüssel lebt, ist er da blockiert.“ (srf.ch) Wenn er gegen die Sanktion verstößt, macht er sich strafbar – und wer ihm hilft, beispielsweise indem er für ihn einkauft, ihm Geld gibt oder eine Wohnung zur Verfügung stellt, macht sich ebenfalls strafbar. Es wurde schon gewitzelt (so weit man das in so einem Fall kann), dass selbst das Einkufen beim Bäcker eine Straftat sei (sowohl für Baud, als auch für den Verkäufer, da es ja eine Geschäftsbeziehung wäre).

Und auch der linke Journalist Hüseyin Dođru ist gleichermaßen von EU-Sanktionen betroffen. Die Berliner Zeitung berichtet unter der Überschrift „Können unsere Kinder nicht mehr ernähren“ darüber und die Junge Welt schreibt: *„Die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS), die dem Finanzministerium von Lars Klingbeil (SPD) untersteht, hat jetzt die Konten von Dođrus Ehefrau ‘sichergestellt’ – eine Maßnahme, von der auch die gemeinsamen Kinder, ein siebenjähriger Junge und zwei Säuglinge, direkt betroffen sind. ‘Wir können nun nicht mehr für sie sorgen’, sagte Dođru am Sonntag im Gespräch mit jW. ‘Der deutsche Staat hat meine Kinder in eine humanitäre Katastrophe gestürzt.’ ... Die ZfS begründet die faktische Kollektivbestrafung der Familie mit der Mutmaßung, dass die Gelder auf den Konten seiner Frau sich unter Dođrus Kontrolle befinden. Schließlich pflege das Paar eine ‘enge Nähebeziehung’. Als Beispiel für wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden wird eine KfZ-Versicherung für ein gemeinsam genutztes Fahrzeug angeführt, die seine Frau abgeschlossen hat.“* Zynischer geht es kaum!

Die Verhängung von EU-Sanktionen erfolgt ohne Anhörung und ohne Gerichtsurteil allein auf Beschluss des Rates der Europäischen Union, in diesen Fällen wegen vermeintlicher pro-russischer Propaganda (man stelle sich vor, alle pro-westlichen Propagandisten würden sanktioniert, dann könnte man locker eine Insel so groß wie die Schweiz damit füllen!) oder pro-palästinensischer Berichterstattung.

Darüber hinaus werden auch vermehrt Maßnahmen, wie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen (zeitwei-



Polizeigewalt auf einer Demonstration – meist folgt auch noch eine Anzeige wegen Widerstand.

lig VVN-BDA und Attac), die rückwirkend gelten und die entsprechenden Organisationen in große finanzielle Schwierigkeiten bringen, verhängt, um missliebige politische Organisationen zu schwächen.

Hinzu kommt die nun in den meisten Bundesländern stattgefundene Verschärfung der Polizeigesetze, die oft Dinge wie den Einsatz von Staatstrojanern, Fußfesseln, längeren Präventivhaftzeiten, ein Eingreifen bei „drohender Gefahr“ (wenn noch keine konkrete Straftat geplant ist), den Einsatz von KI-Systemen wie Palantir (um potentiell „gefährliche“ Personen identifizieren zu können), Gesichtserkennung und eine umfassende Videoüberwachung ermöglichen.

Dies alles findet in einer Zeit statt, die durch die strukturelle Krise des Kapitalismus mit all seinen Folgen (Stagnation und Absenken der Löhne, Inflation, Verschärfung der Wohnungsfrage, Zunahme der kriegstreiberischen Dynamik usw.) geprägt ist – als Vorbereitung auf scharfe gesellschaftliche Konflikte. Eine starke antikapitalistische Opposition, die Wiederaufnahme des Klassenkampfes durch die Arbeiterklasse und eine starke und international verankerte Kommunistische Partei (woran wir arbeiten) – mit einem Wort: das Ende der konterrevolutionären Phase – sind jedoch immer noch nicht absehbar. Es lässt sich aber erahnen, zu welchen Mitteln die von der bürgerlichen Linken gepriesene Demokratie und die vermeintlich „linken“ Staatsparteien erst greifen werden, wenn sich das eines Tages wieder ändern wird. Auch hierauf muss eine revolutionäre Linke vorbereitet sein.

Kommunistisches Programm
Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Sonderausgabe Preis: 1,50 Euro

Was unsere Partei kennzeichnet:
Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

**Was ist die
Internationale
Kommunistische
Partei**

**Kommunistisches Programm
Sonderausgabe**

**Jetzt bestellen oder
online als PDF lesen!**

Partei und gewerkschaftliche Intervention

Die Versammlung, die am 17. und 18. August in Zürich mit Genossen stattfand, die in Deutschland und der Schweiz in den kämpferischen Bewegungen zur wirtschaftlichen Verteidigung aktiv sind, bot Gelegenheit, unseren Standpunkt zum Thema „Partei und gewerkschaftliche Intervention“ zu bekräftigen. Das Thema wurde nicht in abstrakter, rhetorischer Form behandelt, sondern im Lichte der mehr als 70-jährigen Erfahrung unserer Arbeit im Proletariat. Nachfolgend geben wir eine Zusammenfassung wieder.

Zunächst müssen zwei Punkte berücksichtigt werden. Der erste betrifft die Notwendigkeit des wirtschaftlichen und sozialen Verteidigungskampfes (sozial im weitesten Sinne: darauf werden wir noch zurückkommen) als Voraussetzung dafür, dass sich das Proletariat unter der Führung der kommunistischen Partei und ihrer in der Gewerkschaftsarbeit engagierten Mitglieder auf die revolutionäre Perspektive der Machtergreifung und der Ausübung seiner Diktatur ausrichten kann. Ein Proletariat, das diesen regelrechten Überlebenskampf nicht führen kann, wird es auch nicht schaffen, unter der Führung der revolutionären Partei jenen Sprung zu vollziehen, der es vom Kampf innerhalb zum Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise, die es unterdrückt, führen wird. In diesem Sinne haben wir, die Kommunistische Linke, den Kampf zur wirtschaftlichen und sozialen Verteidigung stets als wertvolles und notwendiges Training auf praktischer und organisatorischer Ebene im Hinblick auf dieses Ziel definiert. Auf diesem langen, schwierigen, holprigen und nicht linearen Weg, stets unter der Führung der Partei, können sich die proletarischen Avantgarden herausbilden, die in der Lage sind, sich selbst und ihre Arbeitskameraden über die unvermeidlichen, rein forderungsorientierten Grenzen hinauszutreiben, die im Übrigen objektiv sind (Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und, im weiteren Sinne, Wohnen, Tarife, Ungleichheiten aller Art innerhalb der Klasse, Unterdrückung durch die Bosse, den Staat usw.). Der Kampf zur wirtschaftlichen und sozialen Verteidigung hat somit eine besonders verbindende Funktion für die Klasse an sich auf ihrem Weg zur Klasse für sich; und er ermöglicht es zudem, den Einfluss der Partei in der Klasse auszuweiten und im Kampf neue Mitglieder heranzubilden.

Der zweite Punkt betrifft unmittelbar die Partei und ihre Arbeit an der Seite und innerhalb unserer Klasse – die wir als „gewerkschaftliche“ Arbeit bezeichnen (wiederum im weitesten Sinne). Diese Arbeit ist nicht der Kern unseres Parteihandelns, das politische Handeln und Vorbereitung auf die Revolution ist: Aber gleichzeitig ist diese Arbeit eine lebenswichtige

Notwendigkeit für eine Partei, die sich nicht auf eine Sekte von „Erleuchteten“ reduzieren will, die damit beschäftigt sind, andere zu „erleuchten“. Daraus leiten sich auch Sinn und Richtung unserer Arbeit ab, nämlich die Proletarier zu organisieren und zu führen dort, wo sie sind: innerhalb und außerhalb der Fabrik, innerhalb und außerhalb des Arbeitsplatzes, innerhalb und außerhalb der Regime-Gewerkschaften (Gewerkschaften, die für uns mittlerweile unwiderruflich in die bürgerlichen Staatsstrukturen integriert sind). Drinnen und draußen, und auf jeden Fall immer gegen die Ausrichtung, die Praxis und die Funktion der Regime-Gewerkschaften. Unsere Präsenz innerhalb dieser Gewerkschaften (solange dies möglich ist, solange wir unsere Organisations- und Führungsarbeit leisten können) ist daher eine Konfrontation und keine Annäherung, ein Antagonismus und keine Unterwerfung unter die offiziellen gewerkschaftlichen Regeln und Praktiken, und sie entwickelt sich um klare Parolen, Anweisungen und Kampfmethoden zur Anwendung, und nicht einfach (und allzu oft



demagogisch) nur um Proklamierungen. Und immer in Verbindung dieser Dynamiken der Konfrontation und des Kampfes am Arbeitsplatz mit den sozialen Widersprüchen, die sich von Mal zu Mal außerhalb des Arbeitsplatzes äußern: ohne uns jemals darin zu verschließen und zu isolieren (wir sind keine Operaisten, wir sind keine „Fabrikisten“). Aus unserer Broschüre „Klassenpartei und Gewerkschaftsfrage“:

„Aus denselben prinzipiellen Gründen besteht ein wesentlicher Teil dieser Aufgabe darin, dass die Partei mittels ihrer Gruppen am Organisationsleben aller ökonomischen Assoziationsformen des Proletariats teilnimmt, die den Arbeitern – und zwar nur den Arbeitern – jeder politischen Gesinnung offen stehen und die gemäß dem ‘Kommunistischen Manifest’ und allen marxistischen Texten – ein zwangsläufiges Produkt der elementaren Kämpfe darstellen. Grundlegende Positionen der Partei sind:

Die Arbeitergewerkschaft, wie jede andere, auch nicht ausschließlich ökonomische, unmittelbare OrganisationsFORM, ist nie VON SICH AUS revolutionär, sondern hat im Gegenteil gerade wegen ihrer Unmittelbarkeit und dem Vorhandensein von Alltagsinteressen, die bei verschiedenen Arbeitergruppen nicht miteinander übereinstimmen, die Tendenz, sich im beschränkten und korporativen Horizont einer minimalistischen und reformistischen Aktion einzuschließen; sie kann jedoch ein lebensnotwendiges Instrument der Revolution und, davor, der revolutionären Vorbereitung des Proletariats werden, in dem Maße, in dem die Partei in ihrem Inneren, d.h. unter den organisierten Massen, einen erheblichen Einfluss gewinnt.

Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgabe, und zum Zweck des revolutionären Endkampfes, der unter anderem die Zentralisation der proletarischen Kräfte voraussetzt, ist eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation wünschenswert, d.h. eine Gewerkschaft, die alle in einer spezifischen ökonomischen Lage befindlichen Arbeiter umfasst.“

Und das ist schon seit 1848 klar, seit dem Kommunistischen Manifest.

Also, innerhalb und außerhalb der Regime-Gewerkschaften.

Aber „draußen“ – wo denn? Unter dem Druck der wirtschaftlich-sozialen Widersprüche, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnen, und der seit Mitte der 70er Jahre andauernden Krise sowie angesichts der Degeneration der Gewerkschaften zu Regime-Gewerkschaften sind in Italien wie auch anderswo Kampforganisationen entstanden, die die Unzufriedenheit und den Kampfwillen zum Ausdruck bringen und sich gegen diese kompromissbereite und anti-proletarische Praxis stellen. Auf die wechselhafte Geschichte und den derzeitigen Niedergang dieser Organisationen werden wir vorerst nicht eingehen. Wir können nur kurz auf die Bilanz eingehen, die wir in Italien aus dieser ersten proletarischen Reaktion ziehen können: Es besteht kein Zweifel, dass es sich um einen gesunden Ausdruck der Unzufriedenheit der am stärksten ausgebeuteten Teile der Arbeiterklasse gegenüber den Regime-Gewerkschaften handelte. Doch nachdem die Kämpfe abgeebbt waren (aufgrund der Beilegung von Arbeitskonflikten, der Erschöpfung kollektiver Energien, der Umstrukturierung und Neuorganisation der Sektoren, in denen diese Organisationen tätig waren, sowie der offenen und weit verbreiteten Unterdrückung durch die Unternehmensführung und Staat), sind diese Organisationen zurückgegangen, haben sich gewissermaßen zusammengezogen und in sich selbst zurückgezogen, manchmal sogar in korporatistischer Weise, und haben in bestimmten Fällen den anfänglichen Solidaritätsschub in individualistische Auswüchse zerfallen



Klassenkampf ist vor allem ein Training für die bevorstehenden revolutionären Aufgaben des Proletariats.

lassen. In diesem Rückgang hat dann die Politisierung der Führungsspitzen eine weiter negative Rolle gespielt, oft in der Annahme, eine „Gewerkschaftspartei“ ins Leben zu rufen.

Unabhängig von diesen wechselhaften Entwicklungen ist jedoch auch dies der „Außenbereich“, in dem die revolutionäre Partei ihr organisatorisches und führendes Handeln entwickeln muss und wird, wobei sie dies stets als eine Vorbereitung (die auch für die Partei selbst gilt, die sich im Kampf die Fähigkeit aneignen muss, die Klasse zu führen) auf eine höhere Ebene der Auseinandersetzung begreifen muss. Ebenfalls aus dem oben zitierten Text:

„Gemäß der marxistischen Tradition betrachtete folglich die Linke immer – und betrachtet die Partei heute – folgende Punkte als Bedingungen ihrer eigenen Existenz als wirkender Faktor der Vorbereitung des Proletariats auf den revolutionären Angriff und den Sieg:

- a) das Ausbrechen von ökonomischen Kämpfen auf breiter Ebene und in nicht sporadischer Form – und die intensive Teilnahme der Partei an diesen Kämpfen zu den erwähnten Zwecken;*
- b) das Vorhandensein eines soliden und nicht sporadischen Netzes von ökonomischen Verteidigungsorganisationen, die zwischen Partei und Klasse liegen, und die Intervention der Partei in diese Organisationen zu dem Zweck, darin nicht immer zwangsläufig die Mehrheit und somit die Führung zu erobern, sondern mindestens einen solchen Einfluss, der es ihr gestattet, sie als TRANSMISSIONSRIEMEN ihres Programms unter den organisierten Arbeitermassen zu nutzen und die kämpferischen Arbeiterschichten damit zu durchtränken.“*

Diese Organisationen werden jedoch nicht von der Partei ins Leben gerufen und entstehen auch nicht am Runden Tisch: sie können nur das Ergebnis einer tatsächlichen Mobilisierung der Klasse sein, der Ausdruck eines laufenden Kampfes, das Ergebnis einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich die Unmöglichkeit zeigt, eine echte Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der offiziellen Gewerkschaftsstruktur fortzusetzen, oder die tatsächliche Existenz eines beträchtlichen Teils der Arbeiter, die eindeutig durch das Eingreifen der Partei in die Kämpfe beeinflusst sind. Die „Klassengewerkschaft“ ist eine Errungenschaft, die es zu erreichen gilt: Sie wird niemals ein Ausgangspunkt sein, der abstrakt und voluntaristisch aus dem Nichts geschaffen und umgesetzt wird. Kurz gesagt, die Perspektive einer Wiedergeburt einer echten Klassengewerkschaft gründet sich:

- a) auf das Wachsen einer Klassenenergie und -kampfkraft, die nicht auf einige Sektoren beschränkt, sondern weit verbreitet und beständig ist
- b) auf die aktive Präsenz der revolutionären Partei in den Kämpfen der Klasse.

Doch welche Eigenschaften müssen diese Organisationen aufweisen? Welche Leitlinien geben wir vor, damit sie nicht zu blassen Nachahmungen der offiziellen Gewerkschaften oder zu Geistern verkommen, die dazu bestimmt sind, sich nach Abschluss eines bestimmten Kampfes in einem bestimmten Sektor aufzulösen?

Noch einmal unser Text:

„Der klassischen marxistischen Einstellung fremd und sogar offen idealistischer Herkunft sind folgende beide Positionen: erstens, als Bedingung für die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften und für die revolutionäre politische Arbeit der kommunistischen Partei in denselben vorauszusetzen, dass sie „frei“ von konterrevolutionären Einflüssen seien – was unmittelbare Organisationen nie erreichen können und wogegen nicht einmal die Partei völlig gefeit ist –, zweitens, den von anderen sogenannten Arbeiterparteien geführten Gewerkschaftsverbänden nur aus Kommunisten bestehende Gewerkschaften entgegenzustellen.“

„Der Gewerkschaft [...] treten Arbeiter bei, die, einzeln genommen, den verschiedenen Parteien oder gar keiner Partei angehören; von den Kommunisten geht WEDER DIE ANREGUNG NOCH DIE INITIATIVE aus, die Gewerkschaften zu spalten, nur weil ihre leitenden Organe von anderen Parteien erobert und besetzt sind. Im Gegenteil, die Kommunisten erklären ganz offen, dass DIE GEWERKSCHAFTLICHE FUNKTION SICH ERST VERVOLLSTÄNDIGT UND ERGÄNZT, WENN AN DER LEITUNG DER ÖKONOMISCHEN ORGANISATIONEN DIE KLASSENPARTEI DES PROLETARIATS STEHT. Das gilt nicht nur im Hinblick auf den revolutionären Endkampf [...] – das gilt auch hinsichtlich der Kämpfe zur Erlangung unmittelbarer ökonomischer Vorteile.“

In dieser Hinsicht – und damit kehren wir zu den beiden eingangs genannten Punkten zurück – sind wirtschaftliche Forderungen und Kämpfe kein Selbstzweck, sondern notwendige Mittel zur Vorbereitung, Schulung und Organisation des Proletariats im Hinblick auf seine Endziele (wären sie jedoch Selbstzweck, würden sie das Lohnverhältnis zementieren, anstatt darauf hinzuwirken, es zu zerstören!). Gleichzeitig sehen wir in den unmittelbaren Formen des Zusammenschlusses der Arbeiter nicht das Ziel des Befreiungskampfes vom Kapital, sondern ein Instrument, das die Partei zur Erreichung der höchsten Ziele des Kommunismus nutzen muss und kann, ohne es dabei zu einem heiligen und unantastbaren Fetisch zu erheben.

Es handelt sich also um Basisorganisationen, die noch nicht die „Klassengewerkschaft“ sind, deren Wiederaufleben wir uns dennoch wünschen – und zwar gerade durch die schrittweise Ausweitung und Vereinigung dieser Erfahrungen (und wir betonen Erfahrungen, nicht Worte oder Proklamationen) in einem komplexen und nicht linearen Prozess.

Um den umfassenden, nicht sektoralen und schon gar nicht korporativen oder aufs Unternehmen bezogenen Charakter dieser Organisationen besser hervorzuheben, haben wir den Ausdruck „territoriale Organisationen des proletarischen Kampfes“ verwendet und betonen das Adjektiv „territorial“, gerade wegen der umfassenden Bedeutung, die diese Organisationen annehmen müssen (vgl. die Erfahrung der Camere del Lavoro in Italien zwischen dem Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts, auch wenn sie von Reformisten geleitet wurden). Wichtig ist, dass sie allen Arbeitern offenstehen, auch jenen, die Positionen vertreten, die zur vielfältigen Welt des maximalistischen Reformismus gehören. Um jedoch zu verhindern, dass sie sich in sterile und nutzlose Diskussionszentren unter den politisch Aktiven verwandeln oder zu Gruppen von eifrigen Aktivisten im Dienste der unterschiedlichsten Anliegen werden, haben wir Kommunisten die Pflicht, genaue Inhalte und Grenzen festzulegen, die ihre Vitalität, ihre Dauerhaftigkeit und die Verfolgung von Zielen fördern, die darauf abzielen, mit dem Verfall und der Trägheit aller nationalen Gewerkschaftsverbände zu brechen.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass diese Organisationen im Rahmen der geltenden Gesetze und angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse zu einem Verhandlungspartner werden und die Befugnis erhalten, „einen Konflikt beizulegen“. Aber gerade deshalb können sie eine Kampfbereitschaft organisieren, die die Interessen aller Arbeitnehmer repräsentiert, über die Grenzen der Tarifverhandlungen hinaus: den Kampf (und dessen Verteidigung) voranzutreiben und zu organisieren, ihn zu koordinieren und mit Widerstandskassen zu unterstützen, wobei stets ein Kern aus zuverlässigen und kämpferischen Arbeitern gefunden werden muss, der die Berufsgewerkschafter kontrolliert und ihnen während des gesamten Konflikts auf den Fersen bleibt.

Mit den Regime-Gewerkschaften und seinen Vertretern ist der Kollisionskurs offensichtlich, und deshalb muss stets der Unterschied zwischen den „territorialen Organisationen des proletarischen Kampfes“, deren Bildung wir anstreben, und den betrieblichen Gewerkschaftssektionen klar sein: Das bedeutet, dass es zwar aus praktischen Gründen toleriert werden kann, dass Arbeiter, die dem „territorialen Organ“ angehören, ein Gewerkschaftsmitglied sind, dass es aber notwendig ist, dass dieses Organ alle möglichen Formen des klassenbewussten Gewerkschaftswesens propagiert und praktiziert.

Unbeschadet der Tatsache, dass die konkrete Ausgestaltung dieser „Organisationen“ stark von der Dynamik der Kämpfe abhängen wird, haben wir die wesentlichen Punkte aufgezeigt, um die herum sie sich entwickeln müssen. Aus unserem Text „Territoriale Organisationen des proletarischen Kampfes. Was sie sind und was sie werden müssen“:

- Eine territoriale Organisation, die sich für die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einsetzt, muss allen Arbeitern offenstehen, darf aber den Interessen der Bourgeoisie und damit den Vertretern der regierungstreuen Gewerkschaften verschlossen bleiben.
- Sie muss ein Ort der Entscheidungsfindung für alle Arbeiter (Beschäftigte aller Branchen, aber auch Arbeitslose, Rentner, prekär Beschäftigte in den unterschiedlichsten Formen und in jedem Fall jeden Geschlechts, jeden Alters, jeder Herkunft usw.), die durch ihre aktive Beteiligung die einzige mögliche und notwendige proletarische Einheit begründen, jene, die von der Identifizierung der wesentlichen Interessen unserer Klasse ausgeht.
- Sie muss ein Instrument sein, das durch die Bündelung der Kräfte, die am Arbeitsplatz entstehen (und durch deren Übertragung außerhalb der Grenzen des Arbeitsplatzes), darauf abzielt, die Engstirnigkeit von Gruppeninteressen mit Hilfe der Kraft aller anderen Arbeiter zu überwinden.
- Sie muss ein Mittel der Mobilisierung sein, d. h. ein aktives Instrument zur Unterstützung und Vernetzung der Kämpfe, die sich im Territorium bzw. in der Region entfalten, insbesondere wenn diese Kämpfe dazu neigen, die von den Gewerkschaftsapparaten des Regimes auferlegten und vertretenen Kompromisse zu umgehen.
- Sie muss die Praxis der Arbeiterkämpfe zum Ausdruck bringen und stärken und daher all jene Methoden vorschlagen und anwenden, die – obwohl sie von den Regime-Organisationen verzerrt und monopolisiert wurden – deren Kraft zum Ausdruck bringen, damit sie wieder zu echten und eigenständigen Aktionslinien der Arbeiterklasse werden.
- Sie muss eine funktionale Organisation darstellen, deren Struktur darauf ausgerichtet ist, Stabilität und Kontinuität zu gewährleisten.
- Ihr Entscheidungsmechanismus darf nicht der einer abstrakten proletarischen Demokratie oder, schlimmer noch, eines ebenso idealistischen Konsensprinzips in Versammlungen sein, sondern muss Ausdruck der operativen Stärke einer kämpferischen Mehrheit sein.
- Eine solche Organisation darf die Erfahrungen sozialer Kämpfe nicht verschließen, die sich auf territorialer Ebene entfalten, an denen auch andere Bevölkerungsgruppen (Wohnungswesen, Dienstleistungen, Umwelt usw.) beteiligt sind, sondern muss dort kompromisslos nicht nur den Standpunkt, sondern vor allem auch die Interessen der Proletarier einbringen.
- Eine solche Organisation ist gerade deshalb, weil sie nicht politischer, sondern wirtschaftlicher und sozialer Natur ist, nicht verschlossen gegenüber dem Austausch zwischen den verschiedenen politischen Positionen der Arbeiter, die die Organisation beleben: Im Gegenteil, sie fördert deren Reifung hin zu revolutionären, internationalistischen und radikal antikapitalistischen Positionen; sie lehnt es jedoch ab, das Terrain einer „Debatte zwischen politischen Gruppen“ zu sein, die von Natur aus unfruchtbar und schädlich ist.



Auf diesem Terrain und mit diesen Taktiken, Methoden und Zielen kämpfen wir an der Seite unserer Klasse.

Quellenangaben

- Klassenpartei und Gewerkschaftsfrage
- Für die unnachgiebige Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Proletarier. Organisationsformen, Kampfmethoden und -Ziele
- „Territoriale Organisationen des proletarischen Kampfes“ . Was sie sind und was sie werden sollen“, Il programma comunista, Nr. 3/2013

Übersetzt aus: il programma comunista, Januar/Februar 2026

Über den Baustreik in der Schweiz im Herbst 2025

Entgegen der weitverbreiteten Vorstellung, dass es in der „reichen Schweiz“ keinen Klassenkampf gibt, drucken wir hier den Bericht eines Gewerkschaftskollegen über den letzten Baustreik ab. Es gibt auch in der Schweiz einen zunehmenden Druck des Kapitals auf die Arbeiterklasse. Es sind besonders die migrantischen Kollegen, die die schwersten und schmutzigsten Jobs machen und die auch in den gewerkschaftlichen Klassenauseinandersetzungen in erster Linie stehen. So auch auf dem Bau. Im Herbst 2025 kam es in der Schweizer Baubranche zu mehreren Streiktagen im Rahmen der Neuverhandlungen des Gesamtarbeitsvertrages des Bauhauptgewerbes, des sogenannten Landesmantelvertrags (LMV). Obwohl die Bauwirtschaft weiterhin boomt, sinkt die Zahl der Beschäftigten. Rationalisierung und technische Veränderungen haben die Arbeitsorganisation stark verändert. Wo früher zwanzig Arbeiter pro Kran beschäftigt waren, sind es heute ungefähr noch fünf. Dennoch bleibt die Baubranche der mobilisierteste Sektor des Schweizer Proletariats, größere Demonstrationen von Arbeiter finden in der Regel hier statt.

Praktische Streikerfahrungen

Es gab letzten Herbst aufeinanderfolgende Streiktage im Tessin, in Bern, in Genf und Lausanne, in Basel sowie in Zürich. Zwischen den Regionen bestehen deutliche Unterschiede. In der französischen Schweiz oder im Tessin existiert eine relativ gefestigte Tradition, sodass viele Baustellen am Streiktag ohnehin geschlossen blieben. In anderen Regionen, etwa in Bern oder Basel, war eine aktivere Intervention notwendig, um die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Es zeigte sich, dass der Erfolg solcher Streiktage stark von der alltäglichen Vorarbeit der Gewerkschaft abhängt. Wo in den Wochen zuvor mobilisiert und organisiert worden war, funktionierte der Streiktag beinahe automatisch; wo diese Arbeit schwächer war, musste um jeden einzelnen Arbeiter gerungen werden. Mehrfach zeigte sich, dass Arbeiter ihre Kollegen direkt zur Teilnahme am Streik aufforderten, teilweise mit der klaren Botschaft, dass Nichtteilnahme als Verrat an der gemeinsamen Sache empfunden würde. In solchen Momenten wird sichtbar, dass kollektive Kampfkraft nicht durch Organisationen von außen entsteht, sondern aus den sozialen Beziehungen innerhalb der Klasse selbst. In diesem Zusammenhang gab es auch konkrete Beispiele für autonome Klassenaktionen. Auf einer schwankenden Baustelle in Zürich, auf der die Entscheidung über den Streik offen war, erklärte der Kranführer für die kollektiv diskutierende Gruppe der Arbeiter: „Ich ziehe jetzt die Kette ein.“ Damit war die Entscheidung praktisch gefällt. Die Arbeiter verließen geschlossen die Baustelle und schlossen sich dem Streik an. In Basel wiederum erfuhren mobilisierte Arbeiter, die zu einer Baustelle gekommen waren, um den Streik

durchzusetzen, dass ihre Kollegen eingeschüchert und in Barracken eingeschlossen worden waren, um ihre Teilnahme zu verhindern. Daraufhin stürmten sie eigenmächtig die Baustelle, öffneten die Barracken, befreiten ihre Kollegen und lieferten sich eine handfeste Auseinandersetzung mit den Bauführern, wobei auch Eigentum der Baufirmen beschädigt wurde. Solche Episoden, die teilweise auch in hetzerischer Manier von der bürgerlichen Presse aufgegriffen wurden, zeigen, dass die Fähigkeit zur kollektiven, unmittelbaren Aktion keineswegs verschwunden ist. Der Streik ist keine demokratische Meinungsäußerung und keine Summe individueller Entscheidungen. Er ist eine Machtfrage. Es gibt keine



Addition von Einzelmeinungen – der Streik wird durchgesetzt oder er findet nicht statt. Das stärkste Argument ist der Streik selbst, seine faktische Existenz, seine kollektive Durchsetzung.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Klassenbewusstsein der Arbeiter weiterentwickelt ist, als vielfach angenommen wird. Sie sind untereinander gut vernetzt, kennen die internen Dynamiken ihrer Branche und ihrer Betriebe und besitzen ein klares Verständnis ihrer ökonomischen Lage.



Konkrete Bilanz

Die Streiks dieses Herbstes bewegten sich fast vollständig innerhalb des institutionellen Rahmens der Schweizer Arbeitsbeziehungen. Der Landesmantelvertrag der Baubranche ist mit rund 80 000 Beschäftigten einer der größten Gesamtarbeitsverträge des Landes. Seine Neuverhandlung folgt seit Jahrzehnten einem relativ stabilen Zyklus: Mobilisierung, Demonstrationen und punktuelle Streiktage, bevor schließlich ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, der den sozialen Frieden für mehrere Jahre garantiert. Dieser Zyklus trägt einen zunehmend ritualisierten Charakter sowohl auf Seiten der Gewerkschaften als auch des Arbeitgeberverbandes. Gleichwohl bleibt die Teilnahme am Streik für den einzelnen Arbeiter ein bedeutender Schritt: Er exponiert sich gegenüber Vorgesetzten, riskiert Sanktionen und bewegt sich – zumindest punktuell – außerhalb der eingeübten Disziplin der Lohnarbeit. Die organisatorische Struktur der Branche spiegelt diese Integration wider. Betriebsgruppen existieren kaum noch; stattdessen dominieren regionale Branchengruppen. Gewerkschaftliche Arbeit konzentriert sich häufig auf sogenannte Fokusfirmen, in denen sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Mitglieder der Arbeitgeberverbände tätig sind. Die Konflikte werden dadurch weitgehend auf eine institutionelle Ebene verlagert. Die staatstragenden Gewerkschaften fungieren dabei als in den Staat integrierte Organe, die dazu beitragen, die äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten und den Klassenkonflikt innerhalb des Rahmens der demokratischen, bürgerlichen Gesellschaft zu kanalisieren.

Obwohl die Bauarbeiter der mobilisierteste Sektor der Schweizer Arbeiterklasse sind, blieb während der gesamten Streikperiode jede eigenständige, über den gegebenen Rahmen hinausgehende Dynamik der Klasse begrenzt. Die Aktionen bewegten sich vollständig innerhalb des Rahmens der Vertragsverhandlungen. Es gab nur punktuelle Ansätze unabhängiger Organisation und keine politische Perspektive, die systematisch über die unmittelbaren Forderungen hinausging. Am Ende der Auseinandersetzungen steht ein neuer Landesmantelvertrag, der in einzelnen Punkten Verbesserungen bringt. Gleichzeitig enthält er jedoch auch neue Mechanismen der Disziplinierung und besitzt eine außergewöhnlich lange Laufzeit. Gerade dieser Punkt ist aufschlussreich und relativiert viele der erkämpften Verbesserungen. Wenn selbst im kämpferischsten Sektor der Arbeiterklasse ein relativ erfolgreicher Arbeitskampf in einer besonders langen Phase vertraglich gesicherten sozialen Friedens endet, dann spricht wenig dafür, darin den Beginn eines neuen Zyklus von Klassenkämpfen zu sehen – zumindest nicht eines, der seinen Anfang hier nehmen würde.



Die Kommunistische Perspektive

Diese Kämpfe um Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen sind notwendige und unvermeidliche Formen des Klassenkampfes. Sie entstehen aus den materiellen Bedingungen der Ausbeutung selbst und bringen Arbeiter objektiv in Gegensatz zum Kapital.

Gleichzeitig sind solche Kämpfe in der heutigen historischen Phase meist in Organisationen eingebettet, die ihrerseits in den Mechanismus des kapitalistischen Staates, in seine Rolle als „ideeller Gesamtkapitalist“ integriert sind. Gerade deshalb ergibt sich eine doppelte Realität:

Einerseits müssen Kämpfe zur Verteidigung der Lebensbedingungen der Proletarier unterstützt und gestärkt werden; andererseits bleiben sie innerhalb der bestehenden Ordnung begrenzt, solange sie nicht über ihren unmittelbaren ökonomischen Rahmen hinausgehen. Die kommunistische Teilnahme an diesen Kämpfen bedeutet daher nicht, die bestehenden Organisationsformen zu idealisieren, sondern in ihnen und durch sie die elementaren Methoden des Klassenkampfes – kollektive Aktion, Solidarität, Streik – zu verteidigen und zu beleben.

Aber wir als Kommunisten dürfen niemals in diesen unmittelbaren Kämpfen aufgehen. Unsere Aufgabe besteht ebenso darin, die historische und programmatische Kontinuität des revolutionären Proletariats zu bewahren. Der rote Faden der Lehren der Kämpfe des Proletariats – das kommunistische Programm – muss ebenso unnachgiebig verteidigt werden wie die unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter selbst. Nur wenn diese programmatische Kontinuität erhalten bleibt, kann die Arbeiterklasse in zukünftigen Kämpfen wieder an ihre eigene historische Perspektive anknüpfen.

Bericht aus Italien: Für Millionen von Arbeitern sind die Tarifverträge ausgelaufen – auch bei Amazon



Proteste bei Amazon in Salerno.

Etwa 50 % aller Beschäftigten in Italien haben einen ausgelaufenen Arbeitsvertrag (Stand: Februar 2025); rund 6,3 Millionen der Arbeiter (und Angestellten) haben ein eingefrorenes Gehalt, während die Lebenshaltungskosten rasant steigen. Die Bosse haben sich praktisch dazu entschlossen, sich selbst einen Kredit zu gewähren und bei den Arbeitskosten zu sparen – unter dem ohrenbetäubenden stillschweigenden Einverständnis der Regime-Gewerkschaften: Lieber das Geld in der Kasse behalten, als gezwungen zu sein, die Gehälter an die stetig steigende Inflation anzupassen. Die Zahl der Arbeiter „in

Wartestellung“ wird weiter steigen, denn bis zum Jahresende laufen die Vereinbarungen für verschiedene Branchen aus: Holz, Möbel, Gummi und Kunststoff, Glas, Luftverkehr und Brillenindustrie.

Die Arbeiter, die am längsten auf eine Vertragsverlängerung warten, sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die – wenn man die zentralen Verwaltungsstellen ausklammert – auf gleich zwei „Anpassungen“ warten: Nicht nur der letzte Dreijahresvertrag wurde nicht verlängert, sondern auch der vorherige für den Zeitraum 2022–2024. Im privaten Sektor sind die Verträge, die am längsten abgelaufen sind, sicherlich der für Callcenter (Assocontact, der etwa 400.000 Arbeiter betrifft), der seit 2021 abgelaufen ist, und der für die Telekommunikation (Assotelecomunicazioni, der mehr als 200.000 Arbeiter betrifft), der 2022 abgelaufen ist. Ein Sektor, in dem zu Beginn des Jahres 2000 mehrere große Unternehmen eine erhebliche Umstrukturierung durchliefen, die von den Regime-Gewerkschaftern und den „Arbeitgebern“ als „Transformationsphase“ bezeichnet wurde. In Wirklichkeit handelte es sich um die übliche Umstrukturierung: Erneuerung der Produktionsmittel mit daraus folgendem Personalabbau, Intensivierung der Ausbeutung der Verbliebenen ... die sogenannte Flexibilität und die Steigerung der Produktivität ... typisch für die gesamte jahrhundertelange Geschichte des Kapitals ... was für eine Überraschung!!!

In diesem Artikel befassen wir uns mit dem „Vertragsurlaub“ im Telekommunikations- und Callcenter-Sektor – Konflikte, bei denen wir aufgrund der direkten Erfahrungen unserer Kollegen (zum x-ten Mal) festgestellt haben, dass die paternalistische, unternehmensfreundliche und arbeitgeberorientierte Haltung der Funktionäre der „dreifarbigem“ Gewerkschaften es den Arbeitern erschwert, sich für eine wirksame Verteidigung der Arbeitsbedingungen und die Rückforderung von Löhnen zu organisieren. Was wir in diesem Sektor erlebt haben, wiederholt sich derzeit in identischer Weise in Dutzenden anderer Tarifkonflikte zur Vertragsverlängerung, von denen Millionen von Arbeitern betroffen sind.

Unterschied zwischen Telekommunikation und Callcenter

Der nationale Tarifvertrag für die Metall- und Telekommunikationsbranche gilt für Beschäftigte großer Unternehmen wie TIM, Vodafone, WindTre, Fastweb und Amazon (Kundendienstmitarbeiter, z. B. im Kundenservice mit Sitz in Cagliari). Es handelt sich um einen Tarifvertrag, der eine Vielzahl von Tätigkeiten abdeckt: Netzwerktechniker, Ingenieure, Verwaltungsangestellte, spezialisierte Kundendienstmitarbeiter, Callcenter-Mitarbeiter usw. – allesamt Arbeiter, die von den Massenmedien und den Feinden der Arbeiterklasse als „Proletarier des neuen Jahrtausends“ bezeichnet wurden... Es ist ein

Vertrag mit mehr Sicherheiten und Schutzmaßnahmen, mit einem höheren Durchschnittslohn, mehr Urlaub und Freistellungen sowie mehr Gewerkschaftsrechten und Garantien im Vergleich zum Call-center-Vertrag.

Der Call-Center-Vertrag (CCNL Servizi oder Multiservizi oder in manchen Fällen sogar „Hybridverträge“ oder aus der Wirtschaft abgeleitete Verträge) sieht niedrigere Löhne, größere Flexibilität bei den Arbeitszeiten (einschließlich zyklischer oder zeitweiliger Teilzeitarbeit), geringeren Schutz bei Schichten und Pausen sowie weniger Sicherheiten vor und wird häufig von Unternehmen im Rahmen von Unteraufträgen und sogar Unter-Unteraufträgen (z.B. Comdata, Covisian, Almaviva usw.), die grundlegende Kundendienstleistungen erbringen, angewendet.

Eine kurze Geschichte einer weiteren Spaltung der Arbeiterschaft

Bis in die 2000er Jahre gab es in Italien nur einen einzigen Tarifvertrag für die Telekommunikationsbranche, und es existierte kein spezieller Tarifvertrag für Callcenter. Es waren die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL, die diese Spaltung der Arbeiter unterstützten und billigten, indem sie spezifische Tarifverträge unterzeichneten, die es den großen Telekommunikationsunternehmen ermöglichten, diese Art von Dienstleistungen an externe Firmen auszulagern, was unmittelbar dazu führte, dass die Arbeiter flexibler und prekärer wurden und weniger Lohn sowie geringeren rechtlichen Schutz erhielten.

Dank dieses „strategischen“ Schachzugs der Gewerkschaftsverbände, der ideologisch als eine Form der „Arbeitsplatzsicherung“ verkauft wurde, wurde das Verfahren der Vergabe und Untervergabe dieser Dienstleistungen legalisiert, was zu einer Herabstufung führte, d. h. zu einer Kürzung der Löhne, Sicherheiten und Schutzmaßnahmen für die Arbeiter, die zuvor mit einem Telekommunikationsvertrag beschäftigt waren. Die Gewerkschaftsverbände stellten dies als einzige Lösung dar, um Massenentlassungen in einer Krisenzeit für die Telekommunikationsbranche zu vermeiden – um Himmels willen, nur nicht auf Kampf und echte Streiks zurückgreifen!!! Tatsächlich ging es den Gewerkschaftsverbänden darum, das Mitgliedergeschäft konstant im Plus zu halten. Die Trennung zwischen Arbeitern mit Telekommunikationsvertrag und Callcenter-Mitarbeitern erfolgte schrittweise, beschleunigte sich jedoch zwischen 2003 und 2007 erheblich. Und doch haben die Gewerkschaftsverbände mit der für sie typischen Unverfrorenheit kürzlich einen Skandal ausgerufen, weil Assocontact, der Verband der Callcenter-Unternehmen, eine Vertragsverlängerung mit der Gewerkschaft CISAL (Januar 2025) unterzeichnet hat, die eine weitere Herabstufung für viele Arbeiter vorsieht, die vom Telekommunikationsvertrag zum Callcenter-Vertrag wechseln werden.

20 Jahre nach den von ihnen selbst unterzeichneten „Abwertungsverträgen“ organisieren C.G.I.L., C.I.S.L. U.I.L. Versammlungen, geben sich in ihren Pressemitteilungen als „unbeugsame Hardliner“ und zeigen mit dem Finger auf CISAL, weil diese sogenannte „Piratenverträge“ oder „Micky-Maus-Verträge“ abgeschlossen hat, die die Trennung zwischen Callcenter- und Telekommunikationsmitarbeitern zementieren. Tatsächlich hat CISAL heute eine Praxis wiederholt, die die Gewerkschaftsverbände bereits vor mehr als 20 Jahren eingeführt hatten.

Ein weiterer Grund, die von CISAL unterzeichneten Verträge als „Piratenverträge“ zu bezeichnen, wäre die geringe Repräsentativität der Gewerkschaft. Ein recht schwaches Argument, wenn man bedenkt, dass im Telekommunikations- und Callcenter-Sektor die Repräsentativität der Gewerkschaftsverbände selbst nicht einmal 25 % der Beschäftigten erreicht...

Die Gewerkschaftsverbände versuchen zudem, die CISAL zu diskreditieren, indem sie ihr das Etikett „Betriebsgewerkschaft“ anheften – und darin können wir ihnen sogar zustimmen! Aber verhalten sich CGIL, CISL und UIL nicht genau wie eine Betriebsgewerkschaft? Die direkte Erfahrung jedes Arbeiters im täglichen Umgang mit den Unternehmen und den Gewerkschaften macht deutlich, dass das



Die Streiks werden u.a. von der FIT-CISL organisiert und in „geordnete“ Bahnen gelenkt.

Hauptanliegen von CGIL, CISL und UIL darin besteht, das Unternehmen effizient, produktiv und wettbewerbsfähig zu halten und Löhne, Vorschriften und Arbeiterrechte unterzuordnen. Das spezifische Verhalten in jedem einzelnen Unternehmen ist nichts anderes als die tägliche Umsetzung der allgemeineren Strategie eines institutionalisierten Gewerkschaftswesens, das zunehmend dem Wohlstand der nationalen Wirtschaft untergeordnet ist. Das konkrete Handeln eines Gewerkschaftswesens, das zu einer Institution des bürgerlichen

Staates geworden ist, zu einem Apparat, der den wirtschaftlichen Kampf zwar nicht leugnet, ihn aber in den mit der modernen Wirtschaft vereinbaren Grenzen hält. Der wichtigste Indikator für die Effizienz der Gewerkschaftsverbände in Bezug auf diese ihre Funktion im bürgerlichen Staat sowie ihre wichtigste Finanzierungsform ist das Geschäft mit den Mitgliedsbeiträgen, das über den direkten Einzug vom Gehaltsscheck erfolgt – eine regelrechte Schmiergeldzahlung, die die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Privilegien nährt. Auch in der Angelegenheit, über die wir hier berichten, haben wir erlebt, wie jedes Mal, wenn man sich auf einen Streik vorbereiten sollte, jedes Mal, wenn eine Versammlung einberufen wird, und vor allem jedes Mal, wenn Unmut aufkommt, der die geringe Wirksamkeit des Kampfes und die mageren Ergebnisse unterstreicht, diese Art von Gewerkschaftsfunktionären als Erstes die Notwendigkeit betonen, ihrer Gewerkschaftsvereinigung beizutreten, mit der Begründung, dass bei ihrem obsessiven Streben nach Dialog mit dem Unternehmen die zahlenmäßige Repräsentativität entscheidend sei.

Wehe den Arbeitern, die es wagen, auf die Wirkungslosigkeit getrennter Streiks und die Spaltung zwischen verschiedenen Berufsgruppen innerhalb desselben Unternehmens hinzuweisen – dann beginnt die Verleumdungskampagne und die Schikane seitens der Gewerkschaften und des Unternehmens selbst. Bei Amazon beispielsweise, wo es um die Erneuerung des Telekommunikationsvertrags für die Beschäftigten des Contact Centers (Kundendienst) geht, gibt es keine Arbeitervertreter (RSU), sondern nur von den Gewerkschaftsverbänden kooptierte Unternehmensvertreter (RSA), die oft auch eine Funktion als kleine Führungskraft ausüben, eine Art Betriebsvorarbeiter, der es schnell auf die desillusioniertesten und kritischsten Arbeiter abgesehen hat.

Es ist zudem eine Spezialität der Gewerkschaftsverbände, Arbeitskonflikte und Streikaktionen nach Berufsgruppen getrennt zu behandeln, selbst wenn sie ein und dasselbe Unternehmen betreffen. Nehmen wir als Beispiel das, was wir bei Amazon hautnah miterlebt haben. Drei Tarifverträge, drei Arbeitskonflikte für Arbeiter mit unterschiedlichen Aufgaben, die jedoch bei demselben Unternehmen beschäftigt sind und bewusst voneinander getrennt gehalten werden. Die Callcenter-Beschäftigten (CCNL Servizi und Multiservizi...) wurden zum Streik am 3. Februar aufgerufen, diejenigen mit Telekommunikationsvertrag am 31. März und diejenigen mit Logistikvertrag am 18. April. Natürlich ohne Einbeziehung der „Leiharbeiter“, der Auftragnehmer und Subunternehmer. Wenn die kritischsten, bewusstesten und bestinformierten Arbeiter darauf hinweisen, dass getrennte Streiks ein sicherer Weg sind, um besiegt zu werden, stellen die Gewerkschafter sich taub und behandeln die Arbeiter von oben herab mit einer Unaufrichtigkeit, die sich in der arroganten Aussage zusammenfassen lässt: „Was verstehst du schon von Gewerkschaftsarbeit, das ist ein anderer Tarifvertrag!“ Genau... Die Gewerkschaften, die CISAL vorwerfen, Callcenter von der Telekommunikation zu trennen und die Telekommunikationsbeschäftigten herabzustufen, um sie unter den Callcenter-Tarifvertrag zu bringen,



Ohne die Transport- und Logistikarbeiter steht bei Amazon alles still.

lassen sie bei getrennten Streiks im Stich... natürlich bei Scheinstreiks, mit Vorankündigung, zeitlichen Begrenzungen und ohne wirklichen Schaden für das Unternehmen! Gleiche Situation und gleicher Scheinstreik für die Logistikmitarbeiter, von denen etwa 14.500 ohne Vertrag sind. Unter dem ausgeklügelten Vorwand unterschiedlicher Streitfälle und vertraglicher Regelungen, die die korporative Mentalität schüren, die ganz selbstverständlich bei Akademikern, Fachkräften und Technikern vorherrscht, haben sie die Taktik von Streiks an nahe beieinander liegenden, aber unterschiedlichen Terminen bevorzugt und damit ihre Arbeit fortgesetzt, jede noch so kleine Einheit in den Kämpfen zu zerstören!

Es waren einmal Gewerkschaftsversammlungen

Früher fanden Gewerkschaftsversammlungen vor Ort statt. Die Arbeiter konnten sich in die Augen sehen und die Gewerkschafter anschreien, wenn sie sich betrogen fühlten. Jetzt läuft alles aus der Ferne, per Videokonferenz. Unsere Genossen haben an der Arbeiterversammlung zur Vorbereitung des Telekommunikationsstreiks vom 31. März dieses Jahres teilgenommen. Die Arbeiter können über einen von den Gewerkschaften bereitgestellten Link teilnehmen. Die Versammlung umfasst alle Unternehmen mit einem Tarifvertrag für die Metall- und Telekommunikationsbranche (Amazon Contact Center, Sky, Convergys, Wind3, Tim, Vodafone, Fastweb, Fibercop (TIM-Netz), Covisian, Connecta (ehemals Comdata) und andere). Bei diesen Versammlungen wird per digitaler Handzeichenabstimmung gesprochen, wenn der jeweilige Gewerkschafter dies zulässt. In der Regel ist der Moderator der Regionalsekretär der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern (schon wieder!). Im Vergleich zur Präsenzversammlung ist alles besser kontrollierbar, und es ist für den Moderator einfach, die Beiträge der kritischsten und potenziell kämpferischsten Arbeiter stummzuschalten, die als feindlich, als Spione der CISAL und der „Piraten“-Gewerkschaften angesehen werden. Außerdem ist es unmöglich, sich unter Kollegen in die Augen zu schauen oder Jubel, Zustimmung oder Protest zu spüren... allen wird das Mikrofon von den Moderatoren stummgeschaltet, bis ihnen aus Gnade das Wort erteilt wird. An den regionalen Versammlungen in Sardinien für den Telekommunikationssektor nahmen etwa 1500 Arbeiter teil. Über eine Stunde lang sprachen nur die Gewerkschaftsführungen. Die Forderungen für den Streik wurden also von oben vorgegeben und sind dieselben, die in der von ihnen elektronisch verteilten und am digitalen Schwarzen Brett veröffentlichten Mitteilung aufgeführt sind... für diejenigen, die Zugang dazu haben!!! Alles spielt sich ab, ohne dass die Arbeiter sich untereinander überhaupt kennen. Von einer Organisation ganz zu schweigen! Dies sind die Themen, die von den Gewerkschaftsführern in der Versammlung behandelt wurden und die die Forderungen der Erklärung zur Vorbereitung des Streiks aufgriffen:

- Verlängerung des Telekommunikationsvertrags, der am 31. Dezember 2022 ausläuft
- Kampf gegen die Gewerkschaft CISAL, der vorgeworfen wird, einen für die Beschäftigten in der Telekommunikationsbranche und in Callcentern nachteiligen „Mausvertrag“ unterzeichnet zu haben (ohne den Beschäftigten natürlich zu erklären, dass solche nachteiligen Verträge vor 20 Jahren gerade von den Dachverbänden eingeführt wurden).
- In allen italienischen Regionen eine Mahnwache vor dem Sitz der Confindustria organisieren (tatsächlich an „vereinbarten“ Orten, d. h. an Orten, die von der Präfektur ausgewählt wurden).
- Sich geschlossen dem von der CGIL einberufenen Referendum anschließen (ein bisschen Propaganda für parteipolitische und parlamentarische Zwecke schadet nie!).

Nach mehr als einer Stunde gewerkschaftlicher Belehrung, von oben herab gestellten Forderungen, der Verurteilung „falscher“ Gewerkschaften und politischer Propaganda zugunsten ihrer jeweiligen bürgerlichen Parteien wird den Arbeitern endlich das Wort erteilt, wobei man sie paternalistisch fragt, ob sie Fragen hätten.

Einige Arbeiter melden sich per (digitaler) Handzeichen zu Wort, und an ihrer Ausdrucksweise merkt man sofort, dass es sich um RSA handelt (Gewerkschaftsvertreter, die von den Gewerkschaften und nicht von den Arbeitern gewählt wurden).



Es geht um höhere Löhne, Würde und Sicherheit am Arbeitsplatz.

An dieser Stelle bittet einer unserer Kollegen um das Wort, um die anderen Arbeiter zum Reden zu bringen, um die Stimmung zu sondieren ... und um der unerträglichen Abneigung gegenüber der Darstellung der Gewerkschaften Ausdruck zu verleihen: „Über eine Stunde lang habe ich den Gewerkschaftern zugehört, aber wenn man bedenkt, dass wir Arbeiter den Streik durchführen sollten, erscheint es mir in einer Versammlung zur Vorbereitung eines Streiks, dessen Ziel die Erneuerung des Tarifvertrags und damit die Lohnerhöhung ist, sinnvoller, die Stimmung der Arbeiter und ihre Forderungen zu hören. Ihr Gewerkschaftsführer kommt hierher, um uns diese Karnevalsnummer vorzuschlagen, die ihr als Streik ausgibt, und nennt diese Farce von Sitzstreiks vor den Confindustria-Sitzen 'Streikposten'. Wir müssen die Arbeiter daran erinnern, dass der Streikposten eine Kampfwanne ist, und wir sind gezwungen, daran zu erinnern, weil ihr Gewerkschaften die Ersten seid, die Verwirrung stiften. Die Streikpostenkette ist nicht, wie ihr sagt, ein Sit-in vor den Arbeitgeberverbänden, sondern eine Protestaktion, bei der sich eine Gruppe von Arbeitern während eines Streiks vor dem Arbeitsplatz aufstellt, um den Zugang für diejenigen zu blockieren, die sich nicht am Streik beteiligen, das heißt, es ist eine Aktion gegen Streikbrecher. Kennt ihr dieses Wort, Streikbrecher? Das heißt, die Streikpostenkette ist eben eine der Kampfaktionen der Arbeiter, die man tatsächlich mit dem jüngsten Gesetzentwurf 1660 zu kriminalisieren und zu unterdrücken versucht, einem Dekret, zu dem ihr nichts gesagt habt.

Was eure Streikstrategie auf unsere Kosten angeht: Echte Streiks müssten alle Bereiche nicht nur eines Unternehmens, sondern landesweit vereinen und die Produktion auf unbestimmte Zeit lahmlegen; um wirksam zu sein, müssen sie ohne Vorankündigung gegenüber dem Staat und den Arbeitgebern stattfinden. Warum beharrt ihr darauf, uns nach Branchen aufzuteilen, mit getrennten Terminen für die verschiedenen Bereiche und Regionen, und uns zeitlich begrenzte Streiks aufzuerlegen? Nur um an den Verhandlungstisch zu kommen und mehr Verhandlungsmacht für euch Führungskräfte zu erlangen? Mehr Verhandlungsmacht im Rahmen der üblichen Strategie der Abstimmung mit den Arbeitgebern, nicht um unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Historisch gesehen haben nur echte Streiks zu Lohnerhöhungen geführt. Echte Streiks bedeuten auch, dass alle Berufsgruppen mitmachen ... nicht nur die Telekommunikationsbranche, nicht nur Callcenter, nicht nur die Logistikbranche, nicht nur die Metallindustrie ... Uneinigkeit ist der beste Weg, schon von vornherein zu scheitern! Wem nützt das?

Im letzten Jahr der Verhandlungen habt ihr uns mit hochtrabenden Begriffen wie 'Verhandlungstische', 'Abkühlungsphasen' und 'Lohndumping' überschüttet, aber das Einzige, was wir konkret erlebt haben, war die galoppierende Inflation: Alle Waren, sogar die Grundnahrungsmittel, haben sich im Preis verdreifacht, während die Löhne im Gegensatz dazu stagnieren – ich stelle lediglich einen extremen Rückgang unserer Kaufkraft fest! Ich würde gerne wissen, ob nur ich sauer bin, weil ich mir keine



„Wir werden niemals Sklaven des Amazon-Modells sein – Streik * Nein, wir bleiben!“

Lebensmittel leisten und meine Rechnungen nicht bezahlen kann, oder ob meine Kollegen in derselben Situation sind! Ich möchte, dass sich jetzt meine Kollegen zu Wort melden, ich möchte ihre Stimmen hören, nicht die der Gewerkschaft zu diesem Thema.“

An dieser Stelle melden sich natürlich wieder die Gewerkschafter zu Wort, um zu versuchen, das Loch zu stopfen, das durch die Explosion der Bombe entstanden ist: Ein Arbeiter hat das Wort ergriffen??? Und er ist sogar stinksauer! Unglaublich!

Die Gewerkschafter geben wie üblich mit schönen Worten an: „Wir streiken für die Verteidigung der Arbeiterrechte“ (das ist ihr Lieblingsmärchen!). Da ver-

sucht unser Genosse erneut, ihren selbstbezogenen Monolog zu unterbrechen, und erwidert: „Für die Rechte?? Um einzukaufen, würde ich sagen ... für Brot und Rechnungen! Historisch gesehen wird gestreikt, um den Arbeitgeber dort zu treffen, wo es ihm am meisten wehtut: beim Profit ... um ihn zu zwingen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben!“

Unser Genosse weist darauf hin, dass die Gewerkschafter über eine Stunde lang gesprochen haben, die Versammlung steht kurz vor dem Ende, da sie zeitlich begrenzt ist, auf höchstens eineinhalb Stunden... und die Gewerkschafter selbst haben die Arbeiter gebeten, sich zu äußern, aber tatsächlich lässt man sie nicht zu Wort kommen: „Ist das hier eine Gewerkschaftsversammlung oder eine Versammlung der Arbeiter?“. Und unser Genosse wiederholt die Forderung, die Stimmung und die Forderungen der Arbeiter zu hören.

An dieser Stelle stellen viele Beschäftigte Fragen zu Urlaub und Freistellungen, da Amazon diese nicht gewährt und der Urlaub nach vom Unternehmen festgelegten Terminen vorgeschrieben wird. Doch ein Beschäftigter ergreift das Wort und fragt: „Was passiert nach dem Streik am 31.? Müssen wir weiter für die Vertragsverlängerung kämpfen? Werden wir weitere Streiks durchführen?“

Diese ganz einfache Frage bringt die Gewerkschafter in Verlegenheit; sie antworten sehr vage und stammelnd, ohne den Arbeitern jedoch die Möglichkeit zu geben, sich zum weiteren Verlauf des Konflikts um die Vertragsverlängerung zu äußern ... An diesem Punkt ist die der Versammlung zur Verfügung stehende Zeit abgelaufen. Das war's dann, die digitale Verbindung bricht ab.

Scheinstreik der Telekommunikationsbeschäftigten. Die sogenannte „Streikpostenkette“

Aus erster Hand ist zu berichten, dass sich der „Streik“ in Cagliari auf eine Versammlung der Gewerkschaftsführer der Dachverbände auf einem abgelegenen Platz beschränkte – nicht einmal vor dem regionalen Sitz der Confindustria, wie angekündigt: Die Wahl des Ortes sei, nach Angaben der Gewerkschafter selbst, darauf zurückzuführen, dass man keine Unannehmlichkeiten verursachen wollte!

In diesem äußerst traurigen Szenario versammelte sich eine verängstigte Gruppe aus Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten und nur sehr wenigen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, insgesamt etwa 150 Personen. Fast alle waren, wie üblich, streng mit den von den Gewerkschaften ausgegebenen Werbegeschenken ausgestattet: Lätzchen, Fähnchen, Mützen, Trillerpfeifen und Tric-Trac-Spielsteine. Im Grunde genommen handelte es sich um eine Versammlung der Gewerkschaftsspitzen unter freiem Himmel, unterstützt durch die Anwesenheit einiger weniger Arbeiter, die den Medien und der Propaganda dienten. Ein Vertreter der UIL ergriff das Wort und begann mit einem symbolträchtigen „Brüder

und Schwestern...“ , wie bei einer Messe. Es hätte uns nicht überrascht, wenn er mit den Worten „Gebt einander das Zeichen des Friedens... mit den Arbeitgebern!“ geendet hätte!

Was tun?

Das ist es, was unsere Genossen heute tun können. Im Übrigen zeigen die Telekommunikationsbeschäftigten selbst keinerlei Anzeichen von Kampfgeist und haben nicht einmal auf die zahlreichen Aufrufe der wenigen kämpferischen Kollegen reagiert, die Präsenzversammlungen einberufen wollten, insbesondere als es zu Spannungen unter den Beschäftigten kam – im Zusammenhang mit direkten Echtzeit-Kontrollen per Telematik, durch die Vorarbeiter/Manager (die gemäß Art. 4 des Arbeiterstatuts L. 300/1970 verboten wären), den extrem anstrengenden Arbeitsrhythmen, dem Fehlen von Freistellungen und den vom Unternehmen auferlegten Urlaubstagen. In einem Umfeld allgemeiner Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Armut, wie es in Süditalien herrscht, fühlen sich die jungen Telekommunikationsarbeiter als „Glückliche“, als Privilegierte, und verhalten sich tatsächlich wie eine Arbeiteraristokratie, indem sie die Forderungen der Callcenter- und Logistikmitarbeiter im selben Unternehmen ignorieren und noch größere Lohnunterschiede fordern.



Ein Wortspiel: Die Arbeitsbedingungen bei Amazon zerstören die Gesundheit und töten.

Nur der Verlust ihrer Sicherheiten kann die Voraussetzungen schaffen, sie aus diesem langen Schlaf zu wecken und sie zum Kampf zu zwingen, indem er ihre individuellen Versuche, den Angriffen der Herrschenden und ihres Staates Widerstand zu leisten, zum Scheitern bringt und sie zu kollektiven, klassenbewussten Aktionen drängt.

Auch wenn wir in offenem und beständigem Gegensatz und somit in offenem Kampf zu dem Opportunismus stehen, der in den Regime-Gewerkschaften vorherrscht, ist es nicht unsere Aufgabe, Kampf- und Verteidigungsorganisationen „aufzubauen“. So sehr wir diese auch befürworten und fördern mögen, müssen sie doch aus dem Antrieb und den Bedürfnissen der Arbeiter entstehen. Unsere Aufgabe ist es, präsent zu sein, darin mitzuarbeiten und Einfluss zu nehmen, in dem Wissen, dass sich erst am Ende dieser Arbeit die Gelegenheit zur „Führung“ ergeben kann. Wir sind jedoch bereit und entschlossen, überall dort zu arbeiten, wo es kämpferische Arbeiter gibt. Und trotz all des Gefühls der Ohnmacht und Frustration, das die derzeitige mangelnde Kampfbereitschaft mit sich bringt, tun wir dies bereits! Soweit es uns unsere Kräfte und die objektiven Bedingungen erlauben.

Mit den Regime-Gewerkschaften und seinen Vertretern ist ein Kollisionskurs offensichtlich, und deshalb muss der Unterschied zwischen den ‘territorialen Organen des proletarischen Kampfes’, deren Bildung wir anstreben, und den Arbeitervertretern sowie den betrieblichen Gewerkschaftssektionen stets klar sein: Das bedeutet: Während es aus praktischen Gründen tolerierbar ist, dass Arbeiter, die einem ‘territorialen Kampforgan’ angehören, einen Gewerkschaftsausweis in der Tasche haben, ist es notwendig, dass dieses alle möglichen Formen des klassenbewussten Gewerkschaftswesens propagiert und praktiziert.

In der gegenwärtigen historischen Situation, die das Ergebnis eines tiefgreifenden Wandels der Verteidigungsformen des Proletariats im Zeitalter des Imperialismus ist, manifestiert sich die Organisation der Arbeiter auf zweierlei Weise: in Gewerkschaftsstrukturen, die vollständig in die politischen und wirtschaftlichen Apparate des Staates integriert sind (sozusagen ‘verstaatlicht’, auch wenn sie formal ‘frei’ sind), die von einer noch immer weit verbreiteten und über das gesamte Gebiet verteilten Arbeiteraristokratie getragen werden, die endgültig und unnachgiebig auf der Seite des Feindes steht, sowie in einer Vielzahl kleinerer Gewerkschaftsstrukturen.

Insbesondere muss die Kritik an der gewerkschaftlichen Vollmacht hervorgehoben werden, durch die unsere Klasse in die Hände der Bourgeoisie ausgeliefert wird (d. h. der Mechanismus, durch den die gesetzlich anerkannten Gewerkschaftsorganisationen im Einvernehmen mit den Arbeitgebern und dem Staat automatisch den Mitgliedsbeitrag vom Lohn der Arbeiter abziehen). Anstelle der derzeitigen regimekonformen Organisation muss eine Form der unabhängigen und klassenorientierten Gewerkschaftsorganisation propagiert werden.

Um aus den Fesseln der Arbeitgebergewerkschaften auszubrechen und sich revolutionär zu organisieren, müssen sich die Arbeiter zwangsläufig neuen Organisationen zur wirtschaftlichen Verteidigung zuwenden, nämlich territorialen Kampforganisationen zur Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Anmerkung:

Als wir diesen Beitrag verfassten, befanden wir uns Mitte 2025, und eine Vertragsverlängerung für den Telekommunikations- und Callcenter-Sektor (mit rund 220.000 betroffenen Beschäftigten) war noch in weiter Ferne, obwohl der Vertrag bereits seit drei Jahren abgelaufen war. Konkret bedeutete dies eingefrorene Löhne in einer Zeit starker allgemeiner Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs: Lebensmittel und Stromrechnungen hatten sich mehr als verdoppelt! Die Gewerkschaftsverbände riefen vor allem wegen eines Kleinkriegs mit anderen Gewerkschaftsverbänden zu Scheinstreiks auf, denen sie instrumentell vorwarfen, „Piratenverträge“ zu unterzeichnen, doch im Grunde handelte es sich nur um einen Kampf um Mitglieder. Insbesondere die Gewerkschaftsverbände, die sich ständig darum bemühen, die Arbeiterfront zu spalten, warfen damals der CISAL instrumentell vor, die Callcenter-Beschäftigten von denen im Telekommunikationssektor zu trennen... In diesem ersten Beitrag haben wir daher diese Aspekte analysiert, aber auch die geringen Möglichkeiten zum Eingreifen in den Versammlungen und, so sehr es uns auch bedauert, die mangelnde Kampfbereitschaft der Arbeiter aufgezeigt. Wir veröffentlichen diesen Beitrag nun, da er hilfreich ist, um zu verstehen, in welchem Kontext es im November 2025 zur Unterzeichnung eines neuen Vertrags gekommen ist. Hier sei bereits vorweggenommen, dass die Vertragsverlängerung nicht einmal den Kaufkraftverlust der drei Jahre ohne Tarifvertrag ausgeglichen hat, keine einmalige Zahlung zur Entschädigung für die drei Jahre ohne Tarifvertrag enthält und vorsieht, dass die Löhne bis 2029 eingefroren bleiben. Die Gewerkschaftsverbände haben einen Vertrag unterzeichnet, der die Unterschiede bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen zwischen Callcentern und Telekommunikation festschreibt: genau das, was sie der CISAL im Laufe des Jahres 2025 vorgeworfen hatten!

Der jüngste Vertragsvorschlag wurde durch Scheinversammlungen der Gewerkschaft gebilligt, zu denen nur ein kleiner Teil der Beschäftigten eingeladen wurde. Die Versammlungen fanden online statt, ohne ein von den Beschäftigten zertifiziertes und überprüfbares Abstimmungssystem. Die wenigen Beschäftigten, die den Mut hatten, das Wort zu ergreifen, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen, wurden – wie üblich – beschimpft und verleumdet. Zudem ist zu beachten, dass Amazon nicht an den Gewerkschaftsverhandlungen teilnimmt, da das Unternehmen nicht mit den unterzeichnenden Arbeitgeberverbänden verbunden ist... Dieser gesamte Konflikt spielt sich vor dem Hintergrund des bedrohlichen Vormarsches der Künstlichen Intelligenz ab, der alle Beschäftigten der Branche gefährdet. Amazon hat beispielsweise bereits weltweit Zehntausende von Entlassungen angekündigt. Die Arbeitgeberverbände selbst (Asstel) rechnen in den nächsten Jahren in Italien mit einem Beschäftigungsrückgang von 20–30 %, was Zehntausenden von verlorenen Arbeitsplätzen entspricht.

Übersetzt aus: il programma comunista, Januar/Februar 2026

Der Frontalangriff auf die Arbeiterklasse bei Volkswagen – warum sich Verzicht nicht lohnt und Widerstand notwendig ist

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung Nr. 9 berichteten wir 2025 über die Krise bei Volkswagen und die Kürzungspläne des Konzerns: „So plant VW erstmals in der Geschichte der BRD die Schließung von 3 Werken, die Vernichtung von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen und es werden Lohnsenkungen [...] um die 18 Prozent verlangt“. Ohne dass es zu einem einzigen Streiktag gekommen ist, kam es dann nach Verhandlungen zu einem faulen Kompromiss: „mehr als 35.000 Stellen sollen bis 2030 wegfallen, ‘sozial verträglich’ (d.h. durch Abfindungen, Altersteilzeit, keine Neubesetzungen usw.)“. Außerdem verzichten „die Mitarbeiter auf Lohnerhöhungen für die nächsten 6 Jahre und müssen Einschnitte bei Sonderzahlungen hinnehmen – ein deutlicher Reallohnverlust! Das Werk Osnabrück (ca. 2.300 Beschäftigte) soll verkauft werden, evtl. an einen Rüstungskonzern, das Werk Dresden (ca. 340 Beschäftigte) soll ‘umgewidmet’ werden – es wird hierzu ein alternatives Gesamtkonzept erarbeitet... Das Sparprogramm geht vor allem zu Lasten der Mitarbeiter und löst keines der Probleme des Konzerns.“

Nun ist es aber so, dass das Kapital (die Arbeitgeber) bei Lohnverhandlungen und Tarifrunden kein Innehalten und Entgegenkommen kennen. Nur wer naiv ist glaubt, dass entgangene Lohnerhöhungen (wenigstens als Inflationsausgleich) irgendwann nachgeholt werden (wenn es wieder besser läuft) oder dass eine Verzichtserklärung für Lohnsenkungen und Arbeitsplatzabbau wie ein Staudamm gegen weitere Verschlechterungen wirken würde. Dabei ist natürlich das Gegenteil der Fall: um bei der Metapher „Staudamm“ zu bleiben: wird das Fundament ausgehöhlt und undicht, dann brechen alle Dämme, und das Wasser kann nur umso schneller fließen. Und wer einmal eine Ohrfeige kassiert und nichts unternimmt, bekommt die nächste in kürzester Zeit gratis hinterher.

Genau das ist es, was wir nun bei Volkswagen beobachten können: Waren es zwischen 2024 und 2026 Einsparungen in Höhe von 10 Mrd. Euro (vor allem bei der Kernmarke Volkswagen), die geplant und auch durchgeführt wurden, sollen nun bis 2028 ganze 60 Mrd. Euro konzernweit eingespart werden, das sind 20 Prozent der Kosten. Und das ist kaum vorstellbar ohne weitere umfangreiche Angriffe auf das VW-Proletariat (damit sind natürlich Arbeiter und Angestellte gleichermaßen gemeint)! Statt wie bisher 35.000 Arbeitsplätze (vor allem bei der Kernmarke Volkswagen) wird bereits darüber diskutiert, dass konzernweit über 50.000 Arbeitsplätze wegfallen sollen und auch Werksschließungen, die bis auf Osnabrück und Dresden noch verhindert werden konnten, sind wieder im Gespräch. Als Grund hierfür werden Renditesorgen angesichts der Flaute in China, der US-Zollpolitik und der schwierigen wirtschaftlichen Lage genannt. Im Jahr 2025 ist der Betriebsgewinn um knapp die Hälfte auf rund 8,9 Milliarden Euro eingebrochen und die Gewinnmarge auf 2,8 Prozent zurückgegangen bei fast gleichbleibendem Umsatz. „Der Sparplan soll VW 2026 eine Gewinnmarge von bis zu 5 Prozent beschaffen. ‚Wir werden jeden Stein umdrehen‘, sagte Blume. ‚Und wir werden uns auch die Werke anschauen.‘“ (taz vom 10.03.2026)

Wir möchten an dieser Stelle gar nicht all das wiederholen, was wir bereits in unserer vorigen Ausgabe geschrieben haben; das Meiste davon ist immer noch gültig. Aber nach wie vor gilt: Der Betriebsrat um die Vorsitzende Daniela Cavallo von der Gewerkschaft IG Metall vermeidet es konsequent, auf Konfrontationskurs zu gehen. Die aktuellen Meldungen beschreibt sie „eher als eine Zustandsbeschreibung der längst laufenden Effizienzprogramme“ und übernimmt damit auch



Die Beschäftigten bei VW kämpfen um eine Zukunft für sich und ihre Arbeitsplätze.



In Osnabrück gab es Proteste dagegen, dass VW in die Rüstungsproduktion einsteigt.

die Sprache der Manager, die Entlassungen und Lohnkürzungen ebenfalls gerne als „Effizienzprogramme“ bezeichnen. Auch von den zuständigen IGM-Funktionären ist nichts anderes zu erwarten.

Dabei gilt jetzt wie 2024, dass sich die Beschäftigten bei VW und den einzelnen Konzernsparten bereits jetzt auf weitere Angriffe einstellen und vorbereiten müssen. Nur durch die gemeinsame Organisation und kollektive Maßnahmen, die in erster Linie die Durchfüh-

rung von unbefristeten Streiks beinhalten, kann auf die nächste Angriffswelle seitens des VW-Konzerns reagiert und diese zurückgeschlagen werden!

Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 9 • Sommer 2025 Preis: 2 Euro / 2 CHF

Was unsere Partei kennzeichnet:
Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Die Zeitenwende – die Kriegsvorbereitungen sind im vollen Gange.....Seite 6

Kommunistisches Programm
Nr. 9 • Sommer 2025

**Jetzt bestellen oder
online als PDF lesen!**

Aus dem Parteileben:

Berlin

Die Themen unserer Veranstaltungen waren:

24.04.2025: Zeitenwende ohne Ende ? – Der logische Weg vom Neoliberalismus zur Kriegswirtschaft

26.06.2025: Imperialismus und Klassenkampf

25.09.2025: Imperialismus und Krieg – ist dies immer noch aktuell?!

27.11.2025: Widerstand gegen den Kriegskurs der Gewerkschaften! Aber wie?

10.01.2026: Gegen den weltweiten imperialistischen Krieg gibt es nur eine Alternative: Die weltweite proletarische Revolution!

29.01.2026: Venezuela: Das Scheitern des Chavismus und das Banditentum der imperialistischen Mächte

26.02.2026: Die iranische Entwicklung in der marxistischen Perspektive

26.03.2026: Das Kriegssystem muss zerschlagen werden!

1. Mai 2025

Wie auch in Italien haben wir im deutschsprachigen Raum unser Flugblatt „Die Proletarier haben kein Vaterland!“ verteilt.

Am 1. Mai in Berlin haben wir uns vormittags an der Gewerkschaftsdemonstration beteiligt (ca. 11.000 Demonstrierende). Wir haben zahlreiche Flyer verteilt, unsere Zeitung verkauft und einige interessante Diskussionen geführt. Auf der abendlichen „Revolutionären Demonstration“ (laut Veranstalter ca. 30.000 Demonstrierende) haben wir ebenfalls Flyer verteilt und unsere Zeitung verkauft sowie mit einigen Demoteilnehmern diskutiert. Was positiv war ist die Tatsache, dass auf beiden Demonstrationen der Zusammenhang zwischen Krise, Krieg und sozialen Angriffen thematisiert wurde. Insbesondere die „Revolutionäre Demonstration“, die in den vergangenen Jahren oft von einer undifferenzierten Palästina-Solidarität geprägt war (Nationalismus, wenig Klassenbezug, isolierte Betrachtung des Nahost-Konflikts und mangelhafte Kapitalismuskritik), erschien dieses Jahr sehr kämpferisch und thematisierte die Aufrüstung, die Kriegsmilliarden, die sozialen Angriffe und die allgemeine Tendenz zu einem neuen weltweiten Konflikt. Dies bestätigt den wenn auch nach wie vor sehr schwachen Trend, dass sich allmählich ein Bewusstsein über das ganze Ausmaß der kapitalistischen Kriegsdynamik in der strukturellen Krise des Kapitals entwickelt und punktuell auch ein erster Widerstand dagegen.



3. Oktober 2025: „Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!“

Unter diesem Motto haben in Stuttgart 15.000 Menschen und in Berlin rund 20.000 demonstriert. Auf der Seite friedenskooperative.de heißt es. „Spätestens seit dem Regierungswechsel wird die soziale

Schiefelage bei der Verwendung von Steuergeldern immer deutlicher: Während angeblich kein Geld für marode Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, das Gesundheitswesen, die Kultur sowie Klimaschutz und globale Entwicklung da ist, werden immer mehr Milliarden fürs Militär freigegeben. Viele Menschen scheinen auf ein Angebot, ihren Unmut auf die Straße zu tragen, gewartet zu haben.“ Auch wenn die Kriegskritik hier relativ diffus formuliert wird und der Generalangriff auf die Arbeiterklasse, mit dem die kapitalistische Krise und die Kriegskosten auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden sollen, sowie der notwendige Widerstand dagegen (z.B. Blockaden und Streiks, um die kapitalistische Wirtschaft zu lähmen und die Profitproduktion zu unterbrechen) bis hin zur Notwendigkeit einer klaren antikapitalistischen Perspektive von der Friedensbewegung nicht begriffen wird, zeigt dies, dass die „Kriegsfrage“ zu einem der zentralen Themen in der öffentlichen Wahrnehmung geworden ist. Wir haben uns an der Demonstration in Berlin beteiligt und unser Flugblatt „Kriegswirtschaft und Krieg – der letzte Rettungsanker des Kapitalismus“ verteilt sowie einzelne Zeitungen verkauft.

Wehrpflicht, Kriegstreiberei und Jugendproteste

Mit der Wiedereinführung einer Erfassung aller kriegstauglichen Männer, der Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht, den höchsten Militärausgaben seit der Zeit des Nationalsozialismus und der immer größeren Kriegshysterie seitens nahezu aller bürgerlichen Kräfte und der Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsökonomie fand in den letzten Monaten eine Politisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anhand der Kriegsfrage statt. Dies artikulierte sich sowohl in der Teilnahme an verschiedenen Demonstrationen gegen die aktuellen Kriege und Konflikte vor allem im Nahen Osten und der Ukraine, an denen auch Deutschland massiv beteiligt ist. Darüber hinaus gab es in der Zwischenzeit bundesweit mehrere sogenannte Schulstreiks mit Schülerdemonstrationen. So fand unter anderem am 5. Dezember 2025 in Berlin ein Schulstreik mit anschließender Demonstration am Oranienplatz statt. Am 5. März 2026 gab es eine Demonstration gegen die Wehrpflicht. Wir haben ein extra für diese Demonstration geschriebenes Flugblatt verteilt.



10./11. Januar 2026: Luxemburg Konferenz und Demo

Auf der alljährlichen Rosa Luxemburg Konferenz der Tageszeitung Junge Welt am 10. Januar 2026, die angesichts der Renaissance der neuen (stalinistischen) K-Gruppen in diesem Jahr beachtlich viele neu politisierte junge Leute angezogen hat, waren wir mit einem eigenen Stand als Zeitschrift „Kommunistisches Programm“ vertreten. Es gab interessante Diskussionen und wir stießen auch dort (wie bei unseren letzten offenen Treffen) auf junge Leute, die die (italienische) kommunistische Linke schon kannten. Neben unserer jahrelangen Arbeit scheint v.a. die leider etwas diffuse Präsenz der „italienischen kommunistischen Linken“ im Internet dazu zu führen, dass unsere theoretischen Positionen heute schon eine größere Reichweite haben, als unsere reale Organisation.

Auf der am nächsten Tag folgenden Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Demonstration trafen wir dann in eisiger Kälte auf das geschlossen aufmarschierte ganz reale stalinistisch-maoistisch-realsozialistische Spektrum und versuchten mühselig unsere Flugblätter zu verteilen.

Zürich

In Zürich haben wir aktiv im Kreis der „revolutionären Klärung“ mitgearbeitet und dort unsere grundlegenden Texte zur Parteifrage (die „Thesen von Lyon“ von 1926, unsere Thesen zur historischen Aufgabe, Aktion und Struktur der Weltpartei von 1965 und den Artikel „Auf dem Weg zur starken und kompakten Partei von Morgen“ von 1978) mit positivem Ergebnis zur Diskussion gestellt. Auf der gewerkschaftlichen 1.Mai-Demo und dem Mai-Fest haben wir nicht nur unser Flugblatt zum 1.Mai verteilt, sondern auch eine Einladung der „revolutionären Klärung“ zu einer Diskussionsveranstaltung am 8.Mai 2025 im Volkshaus: „Die Zeit des Antimperialismus ist vorbei - Es ist Zeit für den globalen proletarischen Klassenkampf“. Die von ca. 40 Personen besuchte Veranstaltung brachte trotz des konfliktreichen Themas (in Zürich ist der Antimperialismus in der linken Szene besonders durch den „Revolutionären Aufbau“ stark vertreten) eine gute Diskussion, auf der unsere Parteiposition über das weltweite Ende der bürgerlich-revolutionären Phase als Ausgangspunkt diente. Mitte August fand in Zürich ein ebenfalls von diesem Kreis organisiertes Treffen gewerkschaftlicher Aktivist*innen statt, in denen vor dem Hintergrund konkreter lokaler Kampf- und Vernetzungserfahrungen unsere grundlegenden

Positionen zur Gewerkschaftsfrage diskutiert wurden. Im Rahmen dieser halböffentlichen Veranstaltung hielt ein italienischer Genosse (mit zeitnahe Übersetzung ins Deutsche) ein Referat zum Thema „Partei und gewerkschaftliches Engagement“ – das das Interesse von etwa zwanzig Teilnehmern weckte. Die halböffentliche Veranstaltung (die von den jungen Sympathisanten, die seit langem in einer heterogenen spontanen Bewegung von Arbeitern und Gewerkschaftsaktivisten aktiv sind, als Ausdruck der Internationalen Kommunistischen Partei beworben wurde) bekräftigte die Notwendigkeit des Kampfes zur wirtschaftlichen und sozialen Verteidigung als Voraussetzung dafür, dass sich das Proletariat unter der Führung der kommunistischen Partei auf die revolutionäre Perspektive der Machtergreifung und der Ausübung seiner Diktatur ausrichten kann. Es wurde auch klargestellt, dass die Aufgabe der Kommunisten vor allem organisatorischer Natur ist: im Rahmen unserer Kräfte innerhalb und außerhalb der regimekonformen Gewerkschaften sowie in allen Organisationen zu arbeiten, die die Klasse zu ihrer Verteidigung gegen die Angriffe des Kapitals zu bilden versucht.

Unsererseits haben wir bekräftigt, dass die territorialen Organe des proletarischen Kampfes, deren Wiederaufleben wir erhoffen, nichts anderes sein können als die dialektische und konkrete Begegnung zwischen der spontanen Kampfbereitschaft der Klasse – die durch die unhaltbaren Bedingungen, die die kapitalistische Produktionsweise selbst geschaffen hat, zum Kampf gezwungen ist – und der Beteiligung der Partei an ihren Kämpfen. Es geht nicht darum, der Klasse durch Aufklärung, Studienkurse oder Seminare „etwas klarzumachen“, sondern darum, den Klassenkampf zu organisieren, Erfahrungen zu festigen, ihn zu vereinen und die ständigen Spaltungen zu überwinden.

Am darauffolgenden Tag fand eine interne Arbeitssitzung mit Aktivist*innen und Sympathisanten statt, die darauf abzielte, den Sinn und die Notwendigkeit der parteiförmigen Arbeit zu verdeutlichen. Bei dieser Versammlung ging man von einem politischen Bericht aus, der als Grundlage für die zukünftige Arbeit dienen wird, mit der Perspektive einer Parteisektion in Zürich. Neben der Bekräftigung, dass vom einzelnen Sympathisanten wie vom Militanten keine vollständige Kenntnis und Beherrschung des Parteivermögens verlangt wird, sondern die Akzeptanz und Verteidigung des unveränderlichen Kerns aus Doktrin, Prinzipien, Zielen, Programm, Taktik und Organisation, haben wir daran erinnert, dass für uns der Parteibeitritt niemals „gruppiert“, sondern individuell ist, als Folge einer immer stärkeren Einbin-



dung in eine laufende und kollektive Arbeit. Die Militanz ist nichts rein Rationales, denn entscheidend sind die Triebkräfte der Leidenschaft und der Begeisterung.

Weitere Fragen von Sympathisanten betrafen die Weiterentwicklung der Analyse des Kapitalismus, den Kampf gegen den Opportunismus unter Vermeidung der Gefahr, sich in eine Sekte zu verwandeln, die Stärkung der Partei in einer Situation, die nach wie vor von tiefer Konterrevolution geprägt ist, das Verhältnis zwischen der „historischen Partei“ und der „formellen Partei“ (im Sinne von Marx) und folglich die Auswirkungen auf organisatorischer Ebene – alles Fragen, die wir beantwortet haben, wobei wir erneut betonten, dass die kollektive Parteilinie dennoch die beste Antwort ist.

Der theoretische und praktische Prozess der „revolutionären Klärung“, der in Zürich vor drei Jahren begonnen hatte, führte im Januar dieses Jahres zur Formierung der Sektion Deutschschweiz der IKP.

Paris

Am 3. Mai fand in der Bourse de Travail in der Rue du Château d'Eau eine Versammlung statt, die von mehreren Organisationen einberufen wurde, die sich für die Belange der eingewanderten Arbeiter einsetzen: Die Versammlung begann unter dem Eindruck der Ermordung eines afrikanischen Aktivisten ohne Papiere, die sich eine Woche zuvor in einer Moschee ereignet hatte; zu seinem Gedenken wurde ein Text mit dem Titel verfasst: „Nous sommes tous Aboubacar!“. Dies führt uns in das allgemeine Thema und die Atmosphäre der Versammlung ein: Antifaschismus und Antirassismus, miteinander verbunden und natürlich demokratisch. Wir haben die Frage aus einer elementaren klassenpolitischen Perspektive neu beleuchtet und damit das lächelnde Erstaunen der Teilnehmer hervorgerufen (die übrigens zeigten, dass sie dieses seltsame und exotische Wort „Proletarier“ zum ersten Mal hörten!). Wir haben, auch im Zusammenhang mit einem aktuellen Ereignis, das allen Anwesenden bekannt war, an die doppelte Natur der demokratischen Bourgeoisie erinnert, die niemals zögert, sich „im Bedarfsfall“ mit dem Faschismus abzuwechseln oder zu vermischen: gepanzerte Demokratie!

Letztes Beispiel: Am 18. März im Morgengrauen fand unter massiver Polizeigewalt (tausend Polizisten im Einsatz, zahlreiche Verletzte, usw.) die Räumung der Besetzer des Theaters Gaîté Lyrique, zusammen mit „solidarischen“ und auch bloßen Anwesenden Menschen statt: Die Bourgeoisie und ihr Staat

konnten es nicht ertragen, dass diese erfolgreiche Besetzung allen Proletariern ein bemerkenswertes Beispiel und eine Ermutigung bot (anscheinend hat man sogar in den Vereinigten Staaten darüber gesprochen!). Wir befinden uns in einem Klassenkampf, denn die Proletarier („Obdachlose“, „Rechtlose“, „Heimatlose“...) haben zumindest die Zahl und den Mut auf ihrer Seite, und so haben sie, auch zuletzt, gezeigt, dass sie versuchen, sich zu organisieren, wenn auch vorerst vor allem auf lokaler Ebene: die Möglichkeit, unter Klassenbrüdern zu leben, um die Möglichkeit zu erlangen, als Menschen zu leben... Man muss vielleicht hinzufügen, dass die Repression, indem sie die Ausgewiesenen in alle Ecken des Landes schickt, unwissentlich ihre eigenen „Totengräber“ schafft: Heute erlebt die Provinz tatsächlich diese Kämpfe, und auch in kleinen Städten entstehen Komitees, die sich um aktive Solidarität kümmern, und neue prekäre Unterkünfte (tausend Turnhallen) wurden erobert...

Es gelang uns, unsere Flugblätter zu verteilen und mehrmals das Wort zu ergreifen. Ohne die Notwendigkeit zu leugnen, gegen die offenen Feinde zu kämpfen (die Versammlung



war dem Thema „Rassismus und Faschismus“ gewidmet), haben wir darauf bestanden, auch die versteckten Feinde und die falschen Freunde anzuprangern, unter anderem die Demokratie, ohne dabei die sogenannten „linken“ Parteien und Gewerkschaftsführungen zu vergessen. Der klassenorientierte Ansatz unserer Aktionsvorschläge besteht (mangels der Möglichkeit, Fabrikstreiks auszurufen) darin, die bestehende Bewegung zu stärken und auszuweiten, unter anderem durch Besuche in den Foyers der eingewanderten Arbeiter, um von ihnen aktive Solidarität mit den „obdachlosen“ und „papierlosen“ Proletariern zu erlangen: Proletarier, die noch stärker unterdrückt werden als sie selbst. In den 1970er Jahren war der lange „Mietstreik“ der Sonacotra-Foyers (an dem unsere Partei auch mit leitenden und organisatorischen Funktionen beteiligt war) bemerkenswert: Im vergangenen Jahr, ohne noch ein solches Ergebnis anstreben zu können, konnten wir die Möglichkeit erkennen, zumindest einen Anfang von Sympathie und Verständnis bei den „Mieter“ der Foyers zu schaffen, die anfangs nicht die geringste Vorstellung von der Situation der „Obdachlosen“ hatten.

Abgesehen von diesen „unmittelbaren“ Interventionen bestand der Großteil unserer Äußerungen in der Anprangerung des Nationalismus und der materiellen, diplomatischen und ideologischen Vorbereitung des Dritten Weltkriegs, der durch keinen Pazifismus aufgehalten werden kann, sondern nur durch die Revolution, wie das Beispiel der Bolschewiki der guten alten Zeit gezeigt hat. Auch wenn wir die Einzigen waren, die in diesem Sinne sprachen, passten unsere Worte genau zu bestimmten aktuellen Sorgen der Anwesenden und knüpften an den jüngsten Nationalfeiertag vom 14. Juli an, als sie die Gelegenheit genutzt hatten, am Rande des offiziellen Umzugs eine „internationalistische Parade“ zu organisieren, bei der die Teilnehmer als „senegalesische Schützen“ verkleidet waren, um an die bewaffnete Unterdrückung jener zu erinnern, die geglaubt hatten, sich die Dankbarkeit Frankreichs verdient zu haben, indem sie an vorderster Front kämpften.

In diesem Jahr wird es wieder eine ähnliche Parade geben. Wir hingegen nutzten das antifaschistische Umfeld der Versammlung, um ein weiteres bedeutendes Massaker des demokratischen Frankreichs anzuprangern: das von Sétif am 8. Mai 1945, das alle Anwesenden offenbar ignorierten oder vergessen hatten. Die Tatsache, dass wir die Einzigen waren, die darüber sprachen, ermöglichte es uns, am Rande der Versammlung den herzlichen Dank eines Algeriers entgegenzunehmen, der nicht vergessen hat... Es wird also gut sein, am kommenden 14. Juli unsere Stimme zu erheben, antimilitaristisch, weil antikapitalistisch und antidemokratisch.

Rom

„Una piazza per la pace“

Am 15. März 2025 nahm die römische Sektion anlässlich der von den politischen und gewerkschaftlichen Kräften des Regimes organisierten Demonstration an der Gegendemonstration „Una piazza per la pace“ teil, die von Potere al Popolo und Rifondazione Comunista organisiert wurde und auf der Piazza Barberini ihren Höhepunkt fand. Anwesend waren verschiedene Gruppierungen aus Politik und Gewerkschaften: PaP, RC, Fronte comunista, Rete dei comunisti, Risorgimento socialista, Sinistra anticapitalista, PCI, OSA, CARC, Komitee der migrantischen und italienischen Arbeiterinnen, BDS, Ecoresistenza, Beobachtungsstelle gegen Militarisierung, Solidaritätskomitee mit Palästina, USB, CUB, Area alternativa in CGIL... begleitet vom unvermeidlichen Wehen von Regenbogen- und palästinensischen Fahnen. Bei dieser Gelegenheit verteilten die Genossen das zentral für diesen Anlass vorbereitete Flugblatt und die neueste Ausgabe von „Il programma comunista“. Von der Piazza Barberini aus startete dann ein Demonstrationzug, angeführt vom PaP-Transparent „Kein Euro für euren Krieg“, bis nach Santa Maria Maggiore, wo sich die Kundgebung auflöste. Teilnehmerzahl: 10.000 Menschen laut den Organisatoren, etwa 5.000 nach unserer Schätzung. Entlang der Strecke durfte das übliche Ritual des Verbrennens der EU-Flaggen nicht fehlen. Insgesamt war es eine recht heterogene Demonstration, die jedoch durch die Unfähigkeit vereint war, in den jüngsten, scheinbar so unvorhersehbaren

Ereignissen die Kontinuität jenes roten Fadens zu erkennen, der die Normalität der kapitalistischen Ausbeutung mit der „Ausnahme“ des Krieges verbindet. In unserem Leitartikel der Ausgabe Nr. 2 titelten wir: „Die ‘neue Weltordnung’ ist die Unordnung des Kapitalismus in der Krise“, eines Kapitalismus, der sich auf den Krieg vorbereitet, auf ein neues „Jungbrunnenbad“! Wir sagen es seit jeher und mit Nachdruck: Nur die Machteroberung durch das revolutionäre Proletariat kann die Glieder dieser höllischen Kette sprengen.

Zur gleichen Zeit fand auf der Piazza del Popolo die interventionistische Kundgebung der pro-europäischen Kriegstreiber zur Unterstützung des 800-Milliarden-Euro-Projekts zur europäischen Wiederaufrüstung statt. Mit fadenscheinigen und erbärmlichen Unterscheidungen nahmen bürgerliche Intellektuelle mit Helm teil, andere mit Pruderie und Berufung zum „guten Tod“ (natürlich den der anderen!), Journalisten... ups!, Schreiberlinge der schlimmsten Sorte, verblendete Föderalisten und natürlich Pazifisten, die ihre Maske fallen lassen und ihr wahres Gesicht zeigen. Aber hatten wir diesen schändlichen Verrat nicht schon einmal gesehen? Das mehr oder weniger getarnte Ziel ist immer dasselbe: ideologische Vorbereitung auf den Krieg, auf die Konsensbildung, auf die unvermeidlichen Maßnahmen zur Eindämmung und Unterdrückung der proletarischen Kämpfe.

Damit auch ja nichts fehlt, fand am selben Tag auf der Piazza Bocca della Verità die von Italia Sovrana e Popolare organisierte Kundgebung statt: Nationalisten, Souveränisten und Rot-Braune gaben ihr „Bestes“, schwatzten von „nationaler Souveränität“ und „Volksmacht“... und stärkten die Anwesenden mit massiven Dosen der Hymne von Mameli! Wir werden keine weiteren Worte verschwenden...

1. Mai 2025

Am 1. Mai 2025 nahm die Sektion dann an der Demonstration teil (organisiert von S.I.Cobas, zusammen mit anderen Gruppierungen des politischen Widerstands und einigen Mitgliedern von Che Fare?, der Arbeiter-KP...), gegen „Ausbeutung, Prekarität, Aufrüstung, Teuerung“ und für die stets unverzichtbare Parole „Freies Palästina!“. Unter den rund 300 Teilnehmern haben wir in einer guten politischen Atmosphäre sowohl unser 1.Mai-Flugblatt als auch die Zeitung verteilt und dabei Kontakte zu Sympathisanten wieder aufgenommen, die wir seit langem aus den Augen verloren hatten.

Palästina-Demonstration am 29. November 2025

Am Samstag, dem 29. November 2025, fand in Rom die nationale Demonstration für Palästina statt. Sie wurde von den Basisgewerkschaften nach dem Streik am Vortag gegen die Sparmaßnahmen der Regierung organisiert. Auf der Straße waren praktisch alle Gruppierungen der radikalen Linken vertreten. Gerade deshalb war die Teilnehmerzahl von sicherlich über 50.000 um so beeindruckender. Die Dinge kommen langsam in Bewegung, auch wenn, wie wir wissen, viele der von ihnen verwendeten Parolen und Slogans nicht im Einklang mit den Positionen stehen, die den authentischen revolutionären Marxismus auszeichnen. Sie stehen vielmehr im Einklang mit Elementen des parteiischen Nationalismus, des Immediatismus, des Demokratismus ... Aus all diesen Gründen wollten wir dieses Mal unsere Präsenz mit einem Transparent bekunden, auf dem stand: „Weder Krieg noch Frieden des Kapitals – Internationaler Klassenkampf“. Das fand in den Kreisen, in denen wir besser bekannt sind, guten Anklang. Die römische Sektion war vollzählig, unterstützt von einigen Sympathisanten, die bereitwillig die immer noch aktuellen Flugblätter verteilten, die bei der Aktion im letzten Monat verwendet wurden, sowie die neueste Ausgabe der Zeitung.

„No Kings. Gegen Kriege und Aufrüstung“

Am Samstag, dem 28. März 2026, zogen mindestens 30.000 Demonstranten durch die Straßen Roms und erreichten fast die Tangenziale Est. Eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, dass von den über 700 Organisationen, die sich angeschlossen hatten, nur wenige dem institutionellen Bereich angehör-



ten, während der Rest aus der vielfältigen Welt des sozialen und politischen Widerstands stammte: ADL, Attac, BDS Italia, Kammern der Selbstständigen und Prekären, CARC, CLAP, CGIL, FLC und FIOM, Cobas, Anarchistischer Kreis Ponte della Ghisolfia und Cospito, Nationale Koordinierungsstelle „Nein zur NATO“, Emergency, Front der kommunistischen Jugend, Insorgiamo, Leoncavallo, Bewegung für das Recht auf Wohnen, Non una di meno, Revolutionäre Kommunistische Partei, Pro Palestina, Rifondazione comunista, Sozialforum Abitare, Arci, Askatasuna und so weiter und so fort...

Wenn die massive Beteiligung eine Stärke dieser „Bewegung“ darstellt, so ist die extreme Heterogenität der beteiligten Kräfte im Gegensatz dazu ihre Grenze. Es reicht nicht aus, um ein Flugblatt von Lotta comunista zu zitieren, das im Umlauf war, „die Einheit aller Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter“ und einen allgemeinen Appell an den Internationalismus zu unterstützen. Es bedarf eines präzisen kommunistischen Programms, wie wir es seit jeher fordern.

Unsere Sektion hat inmitten von Anarchisten, Frontisten, Sozialzentren, CARC, proPalestina usw. unsere Zeitung und ein Plakat mit einer satirischen Karikatur ausgestellt und verteilt, was sehr geschätzt wurde.

Cagliari

Bei allen Gelegenheiten, die sich bieten (Demonstrationen gegen das Sicherheitsdekret, am 25. April, am 1. Mai, zu Umweltfragen oder gegen Militärübungen), haben wir die Verbreitung unserer Presse fortgesetzt, obwohl sich der Klassenkampf noch in einem embryonalen Stadium befindet und die Spannungen sehr gering sind. Derzeit sind die Perspektiven des Kampfes klassenübergreifender und „volksnah“ Natur: Insbesondere auf Sardinien manifestieren sich diese Probleme als Widerstand gegen das Geschäft der multinationalen Konzerne mit falschem Umweltschutz, gegen Militärübungen und gegen die Präsenz von NATO-Stützpunkten. So fand beispielsweise auch in diesem Jahr Anfang Mai in Sardinien die Militärübung „Mare aperto 2025“ statt, die wichtigste Ausbildungsmaßnahme der italienischen Marine, bei der auch der Flugzeugträger Cavour und der amphibische Angriffsflugzeugträger Trieste zum Einsatz kamen; außerdem fanden kürzlich Straßenkundgebungen „zur Verteidigung von Demokratie und Frieden“ statt, als Widerstand gegen das gerade verabschiedete Sicherheitsdekret und gegen die Aufrüstung Europas. Es handelt sich eindeutig um kleinbürgerliche Bewegungen und Demonstrationen, die durch starken Demokratismus, Lokalismus, Pazifismus und Reformismus gekennzeichnet sind. Wir greifen mit Flugblättern und der Zeitung ein, bringen unsere Positionen ein und suchen vor allem junge Menschen, die offen für revolutionäre Antworten sind, Elemente, die den Organisationen und den herrschenden kleinbürgerlichen Parteien fremd sind, die aber auf die Straße gehen, weil es keine anderen Möglichkeiten zum Kampf gibt. Wie wir in den vorangegangenen Ausgaben der

Zeitung berichtet haben, haben wir kürzlich auch das Wort ergriffen. Dies hat, wie wir erwartet hatten, eine Reaktion der Organisationen und des kleinbürgerlichen Publikums ausgelöst. Die Demokraten, die sich fünf Minuten zuvor in ihren Reden als Verteidiger des freien Denkens gegen die faschistische Zensur und als Befürworter der „konstruktiven Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen“ aufspielten, tun alles, um uns zu stören, zu unterbrechen und am Reden zu hindern, sobald sie von Revolution und davon hören, „den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln“. Die Stalinisten und Poststalinisten jeder Generation sind am erbittertsten in ihrer Feindseligkeit gegenüber revolutionären Stimmen: Allein die Andeutung der Diktatur des Proletariats löst bei ihnen die offenkundigste Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Diktatur aus. Die elementare und grundlegende Parole „Die Proletarier haben keine Heimat“ löst bei ihnen eine heftige Reaktion aus, die den ganzen Nationalismus zum Vorschein bringt, der sich hinter „Europa der Völker“, „Verteidigung der Verfassung“, „Freies Sardinien“, „Zwei Völker, zwei Staaten“ versteckt... All das schreckt uns nicht: Die Eroberung des Einflusses auf das Proletariat und auf die proletarisierten sowie in der Proletarisierung begriffenen Mittelschichten muss unweigerlich über den Kampf gegen den Opportunismus aller Art führen. Es ist notwendig, die falschen, kämpferischen Worte zu entlarven und aufzuzeigen, dass sie in Wirklichkeit nur den Kapitalismus verschönern wollen, um... ihn zu erhalten.

Eine ähnliche Situation haben wir erneut in den Arbeiterversammlungen erlebt: In Wirklichkeit handelt es sich um Versammlungen, die von den Gewerkschaftsverbänden gesteuert werden, die per Videokonferenz stattfinden und in denen die Arbeiter selten zu Wort kommen. Bei der geringsten Kritik an der Praxis der Gewerkschaftsverbände zeigen sich die Gewerkschafter der „Triplice“ als die wildesten Handlanger zur Verteidigung des Unternehmens und drohen den Arbeitern und unseren Genossen, die den Mut haben, sie anzugreifen, mit Disziplinarmaßnahmen und der daraus folgenden Entlassung.

Trotz der Bemühungen des Opportunismus, uns zum Schweigen zu bringen, fanden unsere Flugblätter und unsere Zeitung weite Verbreitung, vor allem unter den Jugendlichen. Da es keinen offenen Klassenkampf gibt, können wir mit ihnen natürlich nur den roten Faden wieder aufnehmen und die Lehren aus den Erfahrungen des gesamten vergangenen Klassenkampfes bekräftigen.

Benevento

Im September nahm die Sektion mehrfach an „Pro Pal“-Initiativen teil. Bei der ersten Aktion, die auf einer Fußgängerbrücke zur Unterstützung der Sumud-Flottille stattfand, verteilten wir einige Zeitungen und ein Flugblatt des Komitees für den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, da die Aktion mit anderen internationalistischen Genossen koordiniert war, die diesem Komitee angehören. Anschließend beteiligten wir uns an der anschließenden Debatte und bekräftigten, dass der wahre Feind der Kapitalismus ist, der Massaker an der Arbeiterklasse verübt, um auf seine eigene Krise der Überproduktion von Waren und Kapital (und Menschen!) zu reagieren. Danach nahmen wir an einer Versammlung teil, die von verschiedenen Aktivisten der Flottille einberufen wurde, um weitere Initiativen zu besprechen und die Vorbereitung einer Konferenz zur Lage nicht nur in Palästina, sondern auch in anderen Teilen der Welt anzukündigen. Am 22.9., dem Tag des von der Basisgewerkschaftsbewegung ausgerufenen Generalstreiks, verteilten wir im Rahmen der Demonstration, an der mindestens 1500 Menschen, vor allem Studenten, teilnahmen, 200 Exemplare des Parteiflugblatts mit dem Titel „Gegen die imperialistischen Kriege, immer und unter allen Umständen revolutionärer Defätismus“ sowie einige Exemplare der Zeitung und knüpften dabei Kontakte für zukünftige Zusammenarbeit.

Lest unsere internationale Presse!

the internationalist n.12

A PUBLICATION OF THE INTERNATIONAL COMMUNIST PARTY – 2025-2026

- In Minneapolis and its environs, death comes from the State
- Gaza: The Many Faces of Genocid
- Against imperialist wars, revolutionary defeatism.
- More and more, capitalism is war
- At the heart of the 'incomprehensible' political shift towards tariffs
- The „new world order“ is the disorder of capitalism in crisis
- Capitalism's Magnificent and Unlimited Progress
- From Los Angeles to the whole of America: the answer
- May Day 2025: Proletarians Have No Fatherland
- "Territorial organisms for the proletarian struggle"
- To join our party
- Back to Basics: Party and Class (1921)/Party and Class Action (1921)
- Lenin on Internationalism

Verfügbar auf unserer Webseite und bei uns bestellbar.

il programma comunista

DISTINGUE IL NOSTRO PARTITO: la linea da Marx a Lenin alla fondazione dell'Internazionale comunista e del Partito Comunista d'Italia; alla lotta della sinistra comunista contro la degenerazione dell'Internazionale; contro la teoria del socialismo in un Paese solo e la controrivoluzione stalinista; al rifiuto dei fronti popolari e dei blocchi partigiani e nazionali; la dura opera del restauro della dottrina e dell'organo rivoluzionario a contatto con la classe operaia, fuori dal politicantismo personale ed editoriale.

**organo del partito
comunista internazionale**

www.internationalcommunistparty.org
info@internationalcommunistparty.org

Anno LXXIV n. 2, marzo/aprile 2026
IL PROGRAMMA COMUNISTA
Redazione: Casella Postale 272 20101 Milano

Bimestrale
Una copia € 1,00 -
Abbonamenti: Annuale € 10,00 - Sostenitore € 15,00
Conto corrente postale: 59164889
IBAN: IT29076010160000059164889

Stampazione 7/05 - Milano

Iran, Gaza, Cisgiordania, Ucraina... Questo è il mondo del Capitale!

Gli avvenimenti che si susseguono in Medio Oriente non ci hanno di certo trovati impreparati. Da sempre (anche da

qualcuno) con una terza guerra mondiale già in atto: ma di certo, si prepara anche così un nuovo conflitto inter-imperialistico.

nali, i kurdi – l'abbiamo mostrato molto chiaramente in un recente articolo comparso sul nostro *Kommunistisches Programm* e poi su

vestito, è il nemico da combattere apertamente e senza esitazione, per quanto minoritari si possa essere, al momento, rispetto a tutto

Classe contro classe, dunque, e non "nazione contro nazione" o "popolo contro popolo"! Solo così si potrà uscire dal vicolo cieco del

Kontaktadressen:

Edition Programma,
Rungestraße 20, 10179 Berlin
E-Mail: kommunistisches-programm@riseup.net

Istituto Programma Comunista
Casella postale 272, Poste Cordusio, 20101 Milano
E-Mail: info@internationalcommunistparty.org

www.internationalcommunistparty.org



Telegram



Facebook



X / Twitter

Offenes Treffen in Berlin:

Jeden letzten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr öffnen wir das Café Comunista als offenes Treffen, wo wir über aktuelle Themen diskutieren sowie über linkskommunistische Theorien und Positionen informieren.

Im RAUM, Rungestraße 20, Berlin-Mitte

Impressum

Kommunistisches Programm

Herausgeberin (V.i.S.d.P.): Stefanie Meier, Skalitzer Straße 73, Berlin-Kreuzberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

